

Hätte das Verteidigungskonzept der NATO funktioniert? Was wäre aus der Bundesrepublik im Falle eines Atomkriegs geworden? Wie souverän war dieser Staat eigentlich? Während des Kalten Krieges ist viel über diese Fragen spekuliert worden; sichere Antworten waren aber kaum möglich. Das hat sich mittlerweile geändert. Auf der Grundlage der nun zugänglichen Quellen zeichnet Dieter Krüger ein Bild über die westdeutsche Sicherheitspolitik, das neu ist und auch bestürzend.

Dieter Krüger

Schlachtfeld Bundesrepublik?

Europa, die deutsche Luftwaffe und der Strategiewechsel der NATO 1958 bis 1968

Nach verbreiteter Auffassung hat die Bundesrepublik, unbeschadet mancher Spannungen mit den Großmächten der Nordatlantischen Allianz, durch den Aufbau ihrer Streitkräfte im Rahmen der NATO seit 1956 an Sicherheit und außenpolitischem Gewicht gewonnen. Die „Bündnismitgliedschaft“, resümierte 2005 Helga Haftendorn im Rückblick auf 50 Jahre deutsche NATO-Mitgliedschaft, sei „den deutschen Interessen äußerst förderlich gewesen“. Die Allianz habe sich „stets als Mittler und Krisenmanager bewährt“; erst unter ihrem „lebenswichtigen Sicherheitsschirm“ und in ihrer „von Diskriminierung freien Rahmenstruktur“ habe sich die Bundesrepublik zum „bedeutenden europäischen Staat entwickeln können“. Kein Wunder, dass die Nestorin der deutschen Strategiehistoriker bei so viel positiver Bewährung auch heute keine Alternative zur NATO erkennen mag, schon gar nicht in der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Europäischen Union¹. Auch Bruno Thoß bewertet den Übergang der Allianz

¹ Helga Haftendorn, Der Beitritt Deutschlands zur NATO – 50 Jahre danach, in: NATO-Brief, Sommer 2005, S. 7 f. Vgl. auch Christian Hacke, Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Weltmacht wider Willen?, Berlin ³1997, S. 347 f.; Thomas A. Schwartz, „No harder enterprise“. Politik und Prinzipien in den deutsch-amerikanischen Beziehungen 1945–1968, in: Detlef Junker (Hrsg.), Die USA und Deutschland im Zeitalter des Kalten Krieges 1945–1990. Ein Handbuch, 2 Bde, Stuttgart/München ²2001, hier Bd. 1, S. 59–81, und bezogen auf die hier behandelte Epoche Eckart Conze, Staatsräson und nationales Interesse: Die Atlantiker-Gaulisten-Debatte in der westdeutschen Politik- und Gesellschaftsgeschichte der 1960er Jahre, in: Deutschland, Großbritannien, Amerika. Politik, Gesellschaft und Internationale Geschichte im 20. Jahrhundert, hrsg. von Ursula Lehmkuhl u. a., Stuttgart 2003, S. 197–226, hier S. 206–208, sowie Beatrice Heuser, Alliance of democracies and nuclear deterrent, in: War Plans and Alliances in the Cold War. Threat perceptions in the East and West, hrsg. von Vojtech Mastny u. a., Milton Park/New York 2006, S. 193–217, hier S. 210. Skeptischer dagegen Gregor Schöllgen, Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland, München 1999, S. 225 f.; Ulrich Lappenküper, „Ein Europa der Freien und der Gleichen“. La politique européenne de Ludwig Erhard (1963–1966), in: Wilfried Loth (Hrsg.), Crises and Compromises: The European Project 1963–1969, Baden-Baden 2001, S. 65–91, hier S. 90, und Christof Münzer, Kennedy, die Berliner Mauer und die Kubakrise. Die westliche Allianz in der Zerreißprobe 1961–1963, Paderborn u. a. 2003, S. 379. Dagegen unterstellt Ralph Dietl, Emanzipation und Kontrolle. Europa in

von der angeblich illusionären Strategie der Massiven Vergeltung zur Flexiblen Reaktion ausgesprochen positiv². Unter dem Aspekt der Nuklearstrategie der 1960er Jahre erscheint eine solche Retrospektive allerdings ebenso fraglich wie die gegenwartsbezogene Schlussfolgerung.

Die vorliegende Studie kommt durch Betrachtung der Sicherheits- und Europapolitik im Lichte ihrer nuklearstrategischen und operativen Konsequenzen zu einer anderen Interpretation³: Gerade die Kennedy-Administration nötigte mit den Begriffen der „flexible response“ und des „limited war“ den Westdeutschen eine Bündnisstrategie auf, die deren objektiven nationalen Sicherheitsinteressen widersprach. Der „Kompromiss“ der Bundesrepublik mit dem amerikanischen „Primus inter pares“⁴ bedeutete, dass der Zuwachs an Sicherheit für die Bundesrepublik weit hinter den Kosten zurückblieb, welche sie aufzuwenden hatte, um die strategischen Vorgaben des Bündnisses zu erfüllen. Der Aufbau der Bundeswehr unter geänderten strategischen Vorzeichen musste die Strategie der massiven nuklearen Vergeltung auf Dauer aushöhlen, die im Grunde allein die militärische Sicherheit der Bundesrepublik garantierte. Damit profitierten vor allem die angelsächsischen Führungsmächte⁵ und Frankreich⁶ von der Existenz der Bundeswehr. Die Verknüpfung von Strategiewechsel und Nichtverbreitungspolitik durch die Vormacht des Bündnisses verlieh diesem einen Charakter, den die

der westlichen Sicherheitspolitik. Eine Innenansicht des westlichen Bündnisses, Bd. I: Der Ordnungsfaktor Europa 1948–1958, Stuttgart 2006, und Bd. II: Europa 1958–1963, Ordnungsfaktor oder Akteur?, Stuttgart 2007, der amerikanischen Europapolitik durchgängig das Ziel, ihre Kontrolle über die Westeuropäer zu wahren, deren Emanzipation mittels der NATO und supranationaler Arrangements zu verhindern und am Ende eine gesamteuropäische Ordnung unter bipolarer Aufsicht der Supermächte herzustellen.

² Vgl. Bruno Thoß, NATO-Strategie und nationale Verteidigungsplanung. Planung und Aufbau der Bundeswehr unter den Bedingungen einer massiven atomaren Vergeltungsstrategie 1952–1960, München 2006, S. 740. Vgl. auch ders., Bündnisintegration und nationale Verteidigungsinteressen. Der Aufbau der Bundeswehr im Spannungsfeld zwischen nuklearer Abschreckung und konventioneller Verteidigung (1955 bis 1968), in: Frank Nögler (Hrsg.), Die Bundeswehr 1955 bis 2005. Rückblenden – Einsichten – Perspektiven, München 2007, S. 13–38, hier S. 32–37.

³ Vgl. auch erste Überlegungen von Klaus Naumann, Machtasymmetrie und Sicherheitsdilemma. Ein Rückblick auf die Bundeswehr des Kalten Krieges, in: Mittelweg 36 14 (2005), Dez. 2005/Jan. 2006, S. 13–28. Er streift die Dimension des Bündnisses und lässt die der europäischen Zusammenarbeit unbeachtet. Vgl. dagegen zum letzten Aspekt Matthias Schulz, Integration durch eine europäische Atomstreitmacht? Nuklearambitionen und die deutsche Europa-Initiative vom Herbst 1964, in: VfZ (53) 2005, S. 275–313. In der Tendenz der hier vertretenen Auffassung argumentiert bereits Wolfgang Krieger, Sicherheit durch Abschreckung? Die deutsch-amerikanischen Sicherheitsbeziehungen 1945–1968, in: Junker (Hrsg.), Die USA und Deutschland, S. 283–305 passim.

⁴ Helga Haftendorn, Kernwaffen und die Glaubwürdigkeit der Allianz: Die NATO-Krise von 1966/67, Baden-Baden 1994, S. 347 (Zitat), S. 363 u. S. 367, und etwas differenzierter dies., Deutsche Außenpolitik zwischen Selbstbeschränkung und Selbstbehauptung, 1945–2000, Stuttgart 2001, S. 94.

⁵ Etwas moderater spricht Beatrice Heuser, NATO, Britain, France and the FRG. Nuclear Strategies and Forces for Europe, 1949–2000, Houndmills u. a. 1997, S. 129, von „decisive difference between vital West German and US security needs“.

⁶ So schon Franz Josef Strauß, Die Erinnerungen, Berlin 1989, S. 318 f.

Deutschen nur mit einem gehörigen Maß an fatalistischer Selbsttäuschung als diskriminierungsfrei empfinden konnten⁷.

1. Die NATO-Nuklearstrategie und das kontinentale Dilemma

In seinen Anfangsjahren sah das 1949 gegründete Bündnis eine strategische Arbeitsteilung vor, nach der die Vereinigten Staaten den nuklearen strategischen Luftkrieg und die Europäer die konventionelle Verteidigung zu Lande führten⁸. Freilich hätte der strategische Luftkrieg die sowjetische Armee zunächst kaum daran gehindert, Westeuropa mit überlegenen Streitkräften zu überrennen. Daher beschloss die Nordatlantische Allianz im Februar 1952 eine deutliche Verstärkung ihrer konventionellen Streitkräfte. Die geplanten zwölf deutschen Divisionen spielten dabei eine Schlüsselrolle; sie sollten den Gegner spätestens am Rhein solange festhalten, bis die militärischen und industriellen Ressourcen der Sowjetunion in zahlreichen Nuklearschlägen so weit verglüht waren, dass ihre Offensive am Boden nicht mehr fortgesetzt werden konnte⁹. Die Briten hatten sich schon vor den Beschlüssen von 1952 von einem ambitionierten Rüstungsprogramm verabschiedet. Das wirtschaftlich schwächelnde Frankreich hätte die Masse der Landstreitkräfte stellen sollen, verschliss diese jedoch zunehmend im Indochinakrieg¹⁰.

Die britischen Spitzenmilitärs plädierten 1952 für eine konsequente Strategie der nuklearen Abschreckung. Danach musste der Gegner mit einem raschen und umfassenden Kernwaffeneinsatz rechnen, gegen den es für ihn vorläufig keinen wirksamen Schutz gab. Die vorhandenen Land- und taktischen Luftstreitkräfte sollten mittels taktischer Atomwaffen in die Lage versetzt werden, eine sowjetische Bodenoffensive wirksam zu bremsen. Dieses Konzept ging freilich nur auf, wenn die kontinentalen Landstreitkräfte durch zwölf westdeutsche Divisionen über den Punkt hinaus verstärkt wurden, an dem sie überhaupt wirksam werden konnten. Im Übrigen sollten die künftigen deutschen einen Teil der britischen taktischen Luftstreitkräfte ersetzen. Mit den so eingesparten Mitteln wollte Lon-

⁷ Schnörkellos und bis heute gültig formulierte der Altmeister: „Daß Amerika uns schützt, kostet den Preis des Gehorsams, der umso höher werden wird, je stärker sich die Amerikaner in der Welt belastet sehen und Washington die Anspannung der eigenen Kräfte zu mindern sucht.“ Waldemar Besson, *Die Außenpolitik der Bundesrepublik. Erfahrungen und Maßstäbe*, München 1970, S. 446 (Zitat) u. S. 250–254.

⁸ Vgl. MC 3 bis MC 3/2 sowie DC 6, DC 6/1 und schließlich MC 14/1, in: *NATO Strategy Documents 1949–1969*, hrsg. von Gregory Pedlow, o. O. 1997, S. 6 f., S. 16 f., S. 46 f., S. 54 f., S. 62 f., S. 207 f. u. S. 210–213; SHAPE Historical Office Mons/Belgien, *SHAPE History* (künftig: *SHAPE-History*), July 1953–Nov. 1956, S. 24.

⁹ Vgl. Christian Greiner, *Die Entwicklung der Bündnisstrategie 1949–1958*, in: Ders. u. a., *Die NATO als Militärallianz. Strategie, Organisation und nukleare Kontrolle im Bündnis 1949 bis 1959*, im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes hrsg. von Bruno Thoß, München 2003, S. 17–174, hier S. 49–73 u. S. 82–110; Heuser, *NATO*, S. 30–33.

¹⁰ Vgl. Helmut R. Hammerich, *Jeder für sich und Amerika gegen alle? Die Lastenteilung der NATO am Beispiel des Temporary Council Committee 1949 bis 1954*, München 2003, S. 82–106.

don einen angemessenen Anteil an strategischen Bombern finanzieren, der den eigenen Einfluss auf die Nuklearstrategie sicherstellte. Die Bereitschaft der Europäer, ihre konventionelle Rüstung zu stärken, förderte dies nicht gerade. Doch schloss sich die Eisenhower-Administration unter dem Rubrum „New Look“ 1953 der Hoffnung an, strategische und taktische Kernwaffen könnten den offenkundig unrealistischen, da zu teuren Truppenausbau wenigstens teilweise ersetzen¹¹.

Unterdessen verhandelte die Bundesrepublik über ihre Bewaffnung im Rahmen einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG). Im Bündnisfall wäre die integrierte Europa-Armee unter den Befehl des NATO-Oberbefehlshabers in Europa (SACEUR¹²) getreten¹³. Es hätte sich um konventionell bewaffnete Landstreitkräfte gehandelt. Das entsprach der gültigen Arbeitsteilung zwischen strategischer Nuklearoffensive in der Luft und klassischem Verzögerungsgefecht am Boden. Da die Bundesrepublik mit einigem Erfolg auf Gleichberechtigung bestanden hatte, unterlag auch Frankreich nuklearen Restriktionen. In französischen Augen geriet die EVG spätestens Ende 1953 als Instrument amerikanischer Hegemonie in Verdacht. Offenbar wollten die Angelsachsen die konventionell geführte Landschlacht in ihrem Vorfeld der Europa-Armee überlassen, während sie selbst sich auf luft- und seegestützte Nuklearstreitkräfte konzentrierten. Angesichts der wachsenden Bedeutung der Kernwaffen wurde die vom EVG-Vertrag stipulierte Kontrolle des Nuklearbrennstoffes als Verlust an Sicherheit und Handlungsfreiheit wahrgenommen, der durch die ungewisse Führungsrolle Frankreichs in der EVG kaum aufgewogen wurde¹⁴. Folgerichtig verzichtete Paris 1954 auf eine supranationale europäische Gemeinschaft. Der Aufbau westdeutscher Streitkräfte im Rahmen der NATO hatte im sicherheitspolitischen Gesamtkalkül seinen Schrecken verloren. Denn unter dem Schutz der wachsenden westdeutschen Streitkräfte wollte Frank-

¹¹ Vgl. Defence Policy and Global Strategie. Report by the Chiefs of Staff, 17. 6. 1952, in: Alan Macmillan/John Baylis, A Reassessment of the British Global Strategy Paper of 1952, Department of International Politics, University of Wales, Aberystwyth 1993 (Research Papers Nr. 13), bes. S. 34 f.; John Baylis, Ambiguity and Deterrence. British Nuclear Strategy 1945–1964, Oxford 1995, S. 126–160, S. 164–166 u. S. 174–177; Robert A. Wampler, Ambiguous Legacy: The United States, Great Britain and the Foundations of NATO Strategy 1948–1957, Ann Arbor (Harvard Microfilm Diss.) 1991, S. 305 f., S. 335–348, S. 372–377, S. 389–406, S. 467–473, S. 519 f., S. 524–544 u. S. 551–558; Dietl, Emanzipation, Bd. I, S. 158–168.

¹² Supreme Allied Commander Europe.

¹³ Vgl. Wilhelm Meier-Dörnberg, Die Planung des Verteidigungsbeitrages der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen der EVG, in: Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik 1945–1956, Bd. 2: Lutz Köllner u. a., Die EVG-Phase, München 1990, S. 605–756 passim.

¹⁴ Vgl. Ralph Dietl, Sole Master of the Western European Strength? The United States, Western Europe and the Exclusiveness of a European Defence Identity, 1959–1964, in: Wilfried Loth (Hrsg.), Europe, Cold War and Coexistence 1953–1965, London/Portland 2004, S. 132–172, hier S. 133–135; Gunnar Skogmar, The United States and the Nuclear Dimension of European Integration, Houndmills u. a. 2004, S. 17, S. 37–40 u. S. 49–64; Klaus A. Maier, Die Internationalen Auseinandersetzungen um die Westintegration der Bundesrepublik Deutschland und um ihre Wiederbewaffnung im Rahmen der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft, in: Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik, Bd. 2, S. 188, S. 194 f. u. S. 232; Dieter Krüger, Sicherheit durch Integration? Die wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit Westeuropas 1947 bis 1957/58, München 2003, S. 334–337 u. S. 345 f.

reich einen Teil seiner beschränkten Ressourcen in ein nationales Kernwaffenprogramm investieren. Auf ein vergleichbares Vorhaben hatte Bundeskanzler Konrad Adenauer im Vorfeld des NATO-Beitritts vorläufig verzichtet¹⁵. Einmal mehr hatte die Existenz der NATO als Bremse der europäischen Integration gewirkt¹⁶.

Nach ersten Zielabsprachen zwischen amerikanischen NATO-Offizieren und dem amerikanischen Strategic Air Command seit 1951 begann das Bündnis seit 1953 darüber nachzudenken, wie mit dem Einsatz von bis zu 1.000 taktischen Atomsprengköpfen eine sowjetische Offensive womöglich schon an der Elbe aufzuhalten sei¹⁷. Die Planungen des europäischen Hauptquartiers SHAPE¹⁸ mündeten in das am 17. Dezember 1954 vom Nordatlantikrat verabschiedete Strategiedokument MC 48. Danach galt ein rein konventioneller Angriff als „remote possibility“. Ein künftiger Krieg werde durch einen nuklearen Schlagabtausch eröffnet, der sich vor allem gegen die Atomwaffen und ihre Träger richte. Bewahrten diese ihre Gegenschlagsfähigkeit, werde die sowjetische Offensive unter den Atomschlägen des Bündnisses zusammenbrechen¹⁹. Die amerikanischen strategischen Bomber und die nuklear bewaffneten „Strike Forces“ des SACEUR sollten die Sowjetunion daran hindern, Europa zu überrollen. In der Annahme, dass ein bewaffneter Konflikt rasch eskaliere, sollten die dem SACEUR unterstehenden Kräfte bereits vorab ausgewählte Ziele nuklear angreifen und das Offensivpotential des Gegners schlagartig drastisch reduzieren. Fliegerhorste, Verkehrsknotenpunkte, Truppenkonzentrationen, Häfen, Depots sowie Kommandostellen und Fernmeldeeinrichtungen des Gegners gerieten ins Visier namentlich der Luftangriffskräfte des Bündnisses. Die Überlegungen führten zu einem – zunächst nur amerikanischen Offizieren bekannten – „Saceur’s Atomic Strike Plan 1954“. Schon zu diesem frühen Zeitpunkt ging SHAPE davon aus, dass die Aufrüstung der Streitkräfte für den Atomkrieg ihren dauerhaften konventionellen Einsatz verbiete, andernfalls sie für die wahrscheinlich folgende nukleare Auseinandersetzung nicht mehr zur Verfügung stünden. Die nachgeordneten Stäbe in Europa-Mitte entwickelten daher den Plan, den Gegner zu Truppenkonzentrationen zu zwingen, die man dann nuklear vernichten wollte – zwangsläufig überwiegend auf deutschem Boden. Kaum überraschend, beanspruchten die nachgeordneten Kommandeure mit konkurrierenden Ideen Zugriff auf die taktischen Atomwaffen. Daher übernahm der stellvertretende SACEUR 1956 die Federführung der Atomkriegsplanung für Europa²⁰.

¹⁵ Vgl. Ulrich Lappenküper, *Die deutsch-französischen Beziehungen 1949–1963. Von der „Erbfeindschaft“ zur „Entente élémentaire“*, 2 Bde., München 2001, S. 638–757 passim.

¹⁶ Wie schon von Anselm-Doering-Manteuffel, *Die Bundesrepublik Deutschland in der Ära Adenauer. Außenpolitik und innere Entwicklung 1949*, Darmstadt 1983, S. 81, vermutet und von Krüger, *Sicherheit*, S. 514, durchgängig als These formuliert.

¹⁷ Vgl. SHAPE History, July 1953 – Nov. 1956, S. 27–32 u. S. 35–39; Wampler, *Legacy*, S. 311–323, S. 349–352, S. 496–500 u. S. 561–576.

¹⁸ Supreme Headquarters Allied Powers Europe.

¹⁹ Vgl. Pedlow (Hrsg.), *NATO Strategy*, S. 229–250 (Zitat S. 233); SHAPE History, July 1953 – Nov. 1956, S. 79–82.

²⁰ SHAPE History, July 1953 – Nov. 1956, S. 43–46, S. 48, S. 50, S. 53, S. 63 f., S. 66–68, S. 72, S. 84–90, S. 93–102, S. 115 f. u. S. 118 f.; SHAPE History, 1958, S. 79; SHAPE Central Records

Ende 1955 wurde der Atomic Strike Plan vollständig überarbeitet. Er regelte umfassend das Zusammenwirken des SACEUR mit seinen nachgeordneten Kommandeuren bei der Zielplanung und Durchführung der nuklearen Vergeltung eines Angriffs. Der SACEUR verfügte zunächst über ihm zugeordnete nukleare „Special Strike Forces“: sechs Artillerie-Bataillone mit je etwa sechs nuklearfähigen Geschützen, neun Raketen-Bataillone, 25 Bomber- und Jagdbomber-Staffeln sowie zwei seegestützte fliegende Gruppen. Ergänzt wurden diese Kräfte durch britische nicht-nukleare, leichte Bomberverbände und eine Aufklärungsstaffel. Der SACEUR konnte ferner auf das amerikanische Bomberkommando und das entsprechende britische Kommando der mittleren Bomber zurückgreifen, mit denen er seinen Strike Plan abzustimmen hatte. Freilich entschieden über das Ausmaß dieser Unterstützung – wie im Falle der britischen Bomber – die nationalen Vereinten Stabschefs. Die Special Strike Forces arbeiteten nach Freigabe des Nukleareinsatzes („R[elease]-hour“) durch den SACEUR zunächst automatisch ein Programm vorab geplanter Ziele von europaweiter Bedeutung ab („Saceur’s scheduled program“). Davon waren allein auf (ost-)deutschem Boden 46 Flugplätze betroffen. Gleichzeitig oder in der Folge waren Ziele anzugreifen, deren Vernichtung die Bodenoffensive des Gegners behinderten. Sieben Eisenbahnknotenpunkte im nordöstlichen Vorfeld der Bundesrepublik sowie 20 an der weiteren Westgrenze von DDR und ČSSR befanden sich im Visier der Zielplaner. Dazu kamen 19 Eisenbahn-, 12 Straßenbrücken sowie weitere 17 Eisenbahnknotenpunkte an der Elbe. An Oder und Neisse sollten 13 Eisenbahn- und 11 Straßenbrücken sowie sieben Eisenbahnknotenpunkte bombardiert werden. Der konventionelle Einsatz der britischen leichten Bomber richtete sich gegen die Treibstoffversorgung (Raffinerien, Tanklager u. ä.) der gegnerischen Luftstreitkräfte auf ostdeutschem Gebiet. Die regionalen Befehlshaber oder die ihnen nachgeordneten Kommandeure verfügten ebenfalls über je zwei Kataloge mit für ihren Verantwortungsbereich wichtigen Zielen. Ein Katalog („grün“) umfasste Ziele, die der SACEUR vorab gebilligt hatte. Sie wären unmittelbar nach R-hour ebenfalls ohne weitere Rückfrage durch Kräfte angegriffen worden, die den regionalen Befehlshabern zur Verfügung standen oder die ihnen durch den SACEUR geteilt wurden. Zu diesen Zielen zählten weitere 46 Flugplätze auf ostdeutschem Boden, einschließlich der Flugplätze Tegel und Tempelhof in Westberlin – offensichtlich, sobald diese von Sowjets und Ostdeutschen erobert worden waren. In einem zweiten Katalog („schwarz“) der regionalen Befehlshaber waren weitere Ziele aufgeführt, die erst nach Zustimmung des SACEUR angegriffen werden durften, darunter Punkte mit voraussichtlichen Truppenkonzentrationen des Gegners. Im Fall eines Überraschungsangriffes wären 66 Ziele auf dem Boden

Mons/Belgien (künftig: SCR), 35 mm, P01A R20, L-021, Aircent 6th Tactical Commanders’ Conference, 27. 11. 1958 (Appendix G); vgl. Christian Greiner, Die Eingliederung der Bundesrepublik Deutschland in die WEU und die NATO 1954–1957, in: Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik 1945–1956, Bd. 3: Hans Ehlert u. a., Die NATO-Option, München 1993, S. 561–850, hier S. 727 f.; ferner Greiner, Entwicklung, in: Ders. u. a., Die NATO als Militärallianz, S. 124 f. u. S. 130 f.

der DDR und sogar grenznahe Ziele auf westdeutschem Boden bombardiert worden. Sofern dem Angriff ein Truppenaufmarsch vorausging, erhöhte sich die Anzahl der Ziele entsprechend. Angesichts des Einsatzes von Sprengköpfen mit einer Sprengkraft von 2 bis 750 KT und eines fallweise mehrfachen Angriffs einzelner Ziele²¹ wird die atomare Verwüstung vorstellbar, die, je länger desto sicherer, nicht auf Ostdeutschland und Osteuropa beschränkt geblieben wäre.

Der Nordatlantikatrat verabschiedete im Dezember 1956 seine Auffassung, dass das Risiko nuklearer Vergeltung die Sowjetunion von einer militärischen Auseinandersetzung abschrecken werde. Mithin verbürgte die glaubwürdige Entschlossenheit und Fähigkeit zum Einsatz von Kernwaffen, bevor Bündnisgebiet in nennenswertem Umfang verloren ging, die Sicherheit der NATO-Mitgliedsstaaten. Mit begrenzten örtlichen Angriffen wollte die Allianz auch ohne Rückgriff auf Atomwaffen fertig werden. Die Suche nach der angemessenen Mischung zwischen konventionellen und nuklearen Kriegsmitteln überließ der Rat den militärischen Spitzengremien²². Britische Militärs setzten weiter einseitig auf Abschreckung durch ein konventionelles Schild mäßiger Stärke und ein starkes Schwert nuklearer Luftstreitkräfte. Der SACEUR neigte dieser Auffassung zu, sah darin jedoch kein Sparpotential; schließlich hatte schon sein Vorgänger 1955 gewarnt, „New Look“ bedeute nicht „cheaper look“²³. Der amerikanische NATO-Oberbefehlshaber im Atlantik, der amerikanische Heeresstabschef sowie französische und deutsche Militärs wollten die Fähigkeit des Bündnisses zur begrenzten konventionellen Kriegführung erhalten wissen. Dagegen erkannten Briten und Kanadier gerade darin eine gefährliche Verwässerung der Nuklearstrategie, die den Gegner erst zu begrenzten Aggressionen unterhalb der Schwelle des Atomkrieges ermuntern werde. Angesichts eines sich abzeichnenden atomaren Patts der Supermächte plädierte freilich auch der Nationale Sicherheitsrat in Washington gegen einen nuklearen Automatismus und für hinreichende konventionelle Fähigkeiten des Bündnisses. Sie sollten abgestufte Reaktionen auf sowjetische Aggressionen ermöglichen²⁴. Mit seinen strategischen Grundlegendokumenten MC 14/2 und MC 48/1 schloss der Nordatlantikatrat im Frühjahr 1957 eine rein konventionelle und räumlich beschränkte Kriegführung aus: „in no case is there a NATO concept of limited war with the Soviets“. Die Verteidigung basierte jetzt auf den nuklear bewaffneten strategischen Luftstreitkräften, die freilich unter nationalem Befehl standen. Hinreichende, aber weitgehend präsenzte Schildkräfte

²¹ Verschlussache. In diesem wie in anderen Fällen unterliegen die Bezugsdokumente noch – eher aus administrativen und politischen Gründen als aufgrund materieller Notwendigkeit – der Geheimhaltung.

²² Vgl. C-M(56)138, 13. 12. 1956, in: Pedlow (Hrsg.), NATO Strategy, S. 269–276.

²³ SHAPE History, July 1953–Nov. 1956, S. 225.

²⁴ Vgl. Reiner Pommerin/Johannes Steinhoff, Strategiewechsel. Bundesrepublik und Nuklearstrategie in der Ära Adenauer–Kennedy, Baden-Baden 1992, S. 25 f.; Olaf Theiler, Die Rezeption der NATO-Nuklearstrategie durch die Bundeswehr 1954–1956, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen 54 (1995), S. 451–512, hier S. 496; Greiner, Eingliederung, in: Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik, Bd. 3, S. 710 f. u. S. 713 f.; ders., Entwicklung, in: Ders u. a., Die NATO als Militäralliance, S. 147–160; Heuser, NATO, S. 38 f.

sollten eine nukleare Komponente erhalten, um in den Atomkrieg einzusteigen, sobald das Niveau einer lokal begrenzten Aktion überschritten war. In den Augen des Nordatlantikrates blieb Rüstung nur so finanzierbar²⁵.

Das Bündnis hatte eine dem Atomzeitalter angemessene „strategy of differentiated, flexible responses“²⁶ beschlossen. Der nukleare Automatismus griff erst, wenn konventionelle Optionen keinen Erfolg versprachen. Keinesfalls hätte jeder Grenzzwischenfall oder jede lokale Aktion den Atomkrieg ausgelöst, wie später unterstellt wurde²⁷. Allerdings musste der Gegner mit einem raschen, umfassenden und unwiderruflichen Atomschlag rechnen, sobald seine Großverbände kämpfen würden. Der Verzicht auf eine starke konventionelle Komponente machte den defensiven Charakter der Strategie aus²⁸. Sie vermied die endlosen Materialschlachten vergangener Tage, freilich um den Preis, im Ernstfall kollektiv unterzugehen. Wie die erstmals von Thoß umfassend dargestellten westdeutschen Überlegungen zur Zivilverteidigung zeigen, wären – von erheblichen Bevölkerungsverlusten durch Waffenwirkung einschließlich radioaktiver Verstrahlung einmal ganz abgesehen – die Infrastruktur, die Produktionsstätten und die staatliche Verwaltung weitgehend zerstört worden. Die Versorgung der verbleibenden, aber zu Millionen durch das Kampfgebiet nach Westen strömenden Bevölkerung wäre rasch zusammengebrochen²⁹. Es lag jedoch kaum im objektiven Interesse der Bundesrepublik und anderer exponierter Staaten, sich in einem konventionellen Krieg zu verschleißen, ohne den Verlust großer Teile des eigenen Territoriums verhindern zu können, um dann am Ende unter Einsatz von Atomwaffen wieder „befreit“ zu werden. Das Bündnis hätte kaum mehr als die nukleare Wüste zurückeroberert, die auch ein von Anfang an total geführter Krieg hinterlassen hätte. Allerdings belasteten mehrere Hypothesen die Strategie der „massiven Vergeltung“. Dabei war die Koordination der konventionell und mit taktischen Atomwaffen kämpfenden Bodentruppen nebst taktischen Luftstreitkräften mit den überwiegend nuklear auftretenden strategischen Luftstreitkräften kein kleines, aber eben nur ein operatives Problem³⁰.

Vorläufig erfreuten sich die Vereinigten Staaten noch eines Vorsprungs an atomaren Sprengkörpern gegenüber der Sowjetunion. Spätestens wenn dieser Vorsprung schmolz, musste sich ein Problem aufdrängen, das Amerikaner, Briten und Kanadier im Vorfeld der Verabschiedung von MC 48 noch hatten umgehen können: Die Abschreckung funktionierte nur, wenn dem SACEUR gewährt wurde, was dieser schon im Juli 1953 gefordert hatte, nämlich die Befugnis, im Notfall unverzüglich den Einsatz von Atomwaffen freizugeben – und zwar ohne zeitraubende Konsultationen mit den Mitgliedsstaaten. Damit schien nicht nur

²⁵ Pedlow (Hrsg.), NATO Strategy, S. 291.

²⁶ Heuser, NATO, S. 40.

²⁷ Vgl. Marc Trachtenberg, A Constructed Peace. The Making of the European Settlement, 1945–1963, Princeton/NJ 1999, S. 180 f.

²⁸ Vgl. Marco Carnovale, The Control of NATO Nuclear Forces in Europe, Boulder u. a. 1993, S. 169.

²⁹ Vgl. Thoß, NATO-Strategie, S. 643–645, S. 672 f., S. 683 f., S. 689–691 u. S. 708.

³⁰ Vgl. Greiner, Entwicklung, in: Ders u. a., Die NATO als Militärallianz, S. 121 f.

ein präventives Vorgehen möglich. Auf dem Spiel stand auch die Souveränität der Bündnismitglieder. Sie hatten die Verantwortung für das Schicksal ihrer Völker an einen amerikanischen General als Sachwalter der europäischen Interessen abgetreten. Dessen amerikanisch dominierte Kommandobehörden hätten im Falle eines Überraschungsangriffs Kernwaffen auch ohne Rücksprache eingesetzt. Mit zunehmender nuklearer Aufrüstung der Sowjetunion gewann die anhaltende Verwüstung großer Teile des europäischen Bündnisgebietes an Wahrscheinlichkeit. Als die alliierten Luftflotten in der Bundesrepublik im Juni 1955 den Atomkrieg übten, wurden fiktiv 345 Atomsprengköpfe eingesetzt. Angenommene 1,7 Millionen Tote und 3,5 Millionen Verletzte schockierten die westdeutsche Öffentlichkeit nachhaltig. Proteste gegen die Atombewaffnung prägten von da an – mal stärker, mal schwächer – die öffentliche Auseinandersetzung in der Bundesrepublik bis zum Ende des Kalten Krieges. Freilich blieb auch der nukleare Ersteinsatz durch das Bündnis bis zum Ende des Kalten Krieges die zwingende Konsequenz, solange dessen vermeintlich oder tatsächlich unterlegene Streitkräfte einem konventionellen Großangriff nicht Stand zu halten vermochten³¹.

Das Bundesverteidigungsministerium trug das NATO-Konzept mit, warnte aber vor dem „gefährlichen Irrtum“, so der Abteilungsleiter Gesamtstreitkräfte Hans Speidel, die konventionellen Kräfte übermäßig auszudünnen. Der Gegner werde verleitet, mit der Furcht des Bündnisses vor dem Einsatz von Kernwaffen zu spekulieren und lokale Auseinandersetzungen zu wagen³². Der Militärausschuss forderte denn auch 1958 in seinem Dokument MC 70 eine Vermehrung der Bündnisstreitkräfte bis 1963. Der SACEUR sollte unter anderem über acht zusätzliche präsenste Divisionen, davon sieben deutsche, verfügen. Der Nordatlantikat akzeptierte die Empfehlung der Spitzenmilitärs am 9. Mai 1958 unter dem Vorbehalt steten Abgleichs der eigenen Fähigkeiten und derjenigen des Gegners³³. Deutlich formulierten die Autoren einer deutschen Grundlagenstudie im November 1956: Die Bundesrepublik sei als dessen Mitglied an das strategische Konzept des Bündnisses gebunden. Sie müsse sich auf die Bedingungen des Atomkrieges einstellen, auch wenn die Entscheidung, diesen zu führen, nicht in ihrem Ermessen stehe. Zusätzlich sollten die eigenen Streitkräfte in der Lage sein, ohne große

³¹ Vgl. Detlef Bald, Die Atombewaffnung der Bundeswehr. Militär, Öffentlichkeit und Politik in der Ära Adenauer, Bremen 1994; Georg Meyer, Adolf Heusinger. Dienst eines deutschen Soldaten 1915 bis 1964, Hamburg u. a. 2001, S. 508 f.; Thoß, NATO-Strategie, S. 354–370 u. S. 735 f.; Carnovale, Control, S. 45 f.; Dietl, Emanzipation, Bd. I, S. 364; Greiner, Entwicklung, in: Ders u. a., Die NATO als Militärallianz, S. 111–115, S. 126 f., S. 134 f. u. S. 138–141; ders., Eingliederung, in: Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik, Bd. 3, S. 608–613 u. S. 625–627; Heuser, NATO, S. 35; dies., Alliance, in: Mastny u. a. (Hrsg.), War Plans and Alliances, S. 205–207; Klaus A. Maier, Die politische Kontrolle über die amerikanischen Nuklearwaffen. Ein Bündnisproblem der NATO unter der Doktrin der massiven Vergeltung, in: Greiner u. a., Die NATO als Militärallianz, S. 253–420, hier S. 328 f., S. 332 f. u. S. 337–351; Strauß, Erinnerungen, S. 364; Trachtenberg, Peace, S. 160–172, S. 179 f., S. 188 f. u. S. 191 f.; Wampler, Legacy, S. 600–653.

³² Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg (künftig: BA-MA), BW2/2656a, Speidel an AA, 3. 10. 1956.

³³ NATO Archives Brüssel, International Military Staff (künftig: IMS), CD03, MC 70 (Final Decision), 9. 5. 1958.

Schwierigkeiten auf eine konventionelle Kriegführung umzustellen³⁴. Die Bundesregierung stand vor der Quadratur des Kreises. Sie musste um der Existenz ihrer Bevölkerung willen den Kernwaffeneinsatz vermeiden. Zugleich musste sie aber eine möglichst niedrige Schwelle des Atomwaffeneinsatzes anstreben, um ihre territoriale Integrität zu wahren. Der eigenen Öffentlichkeit gegenüber verschleierte Bundesverteidigungsminister Franz Josef Strauß 1957 das Dilemma. Er stellte die amerikanischen Atomwaffen auf deutschem Boden – auf welche insbesondere die neue Luftwaffe im Ernstfall zurückgegriffen hätte – als ultima ratio für den Notfall dar³⁵. In Wahrheit hätte das Bündnis nur im Ausnahmefall lokaler Zusammenstöße mit dem Gegner darauf verzichten können.

2. Das Scheitern einer europäischen Verteidigungsidentität³⁶

Wenn Verteidigungsminister Strauß und Kanzler Adenauer spätestens 1957 die Atombewaffnung der Bundeswehr anstreben³⁷, so folgten sie einer Einsicht, aus der Briten und Franzosen längst die Konsequenzen gezogen hatten: Im Atomzeitalter stand oder fiel die Souveränität in letzter Instanz mit der Verfügung über Kernwaffen. In Großbritannien kamen erste Zweifel auf, ob man sich auf den amerikanischen Nuklearschirm unter allen Umständen verlassen konnte. Das Sonderverhältnis zu den Vereinigten Staaten bestimmte auch hier die Lösung. London strebte eine enge nukleare Zusammenarbeit an, um am Ende über eine eigene Atomstreitmacht zu verfügen. Sie sollte so wirksam wie nötig und so unabhängig von Amerika wie möglich sein³⁸. Nur für einen kurzen Moment hatte der britische Außenminister Selwyn Lloyd um die Jahreswende 1956/57 erwogen, mit den Europäern zusammen eine Wasserstoffbombe zu bauen. Einerseits wollte er sich aus der amerikanischen Abhängigkeit lösen. Andererseits fürchtete er, die nuklearen Ambitionen könnten entweder im wirtschaftlichen Bankrott des Landes oder in der Erosion seines militärischen Nuklearprogramms enden. Lloyd wurde von seinen Kabinettskollegen sofort zurückgepfiffen – unter anderem mit dem Argument, man dürfe den Deutschen keine Atomwaffen in die Hand

³⁴ BA-MA, BW17/44, Verschlusssache.

³⁵ Vgl. Greiner, Eingliederung, in: Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik, Bd. 3, S. 742 f.

³⁶ Zu dem erst in der Gegenwart aufgekommenen, mittlerweile zur „Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ mutierten Begriff vgl. Dietl, Master, in: Loth (Hrsg.), Europe, S. 132 f., der diesen Begriff freilich schon auf den Brüsseler Pakt von 1948 anwendet. Vgl. Ralph Dietl, Towards a European „Third Force“? Reflections on the European Political and Security Cooperation, 1948–1964, in: Transatlantic Relations At Stake. Aspects of NATO, 1956–1972, hrsg. von Christian Nuenlist und Anna Locher, Zürich 2006, S. 23–50, hier S. 28.

³⁷ Vgl. Hans-Peter Schwarz, Adenauer und die Kernwaffen, in: VfZ 37 (1989), S. 567–593, hier S. 579–581; Peter Fischer, Die Reaktion der Bundesregierung auf die Nuklearisierung der westlichen Verteidigung (1952–1958), in: Militärgeschichtliche Zeitschrift 52 (1993), S. 105–132, hier S. 116–118 u. S. 120–122; Dietl, Emanzipation, Bd. II, S. 248 f.

³⁸ Vgl. Baylis, Ambiguity, S. 160–164, S. 182–188, S. 234–238 u. S. 250–277; ders., Anglo-American Defense Relations 1939–1984, London/Basingstoke 1984, S. 70–72 u. S. 88–94; Dietl, Emanzipation, Bd. I, S. 392 f., S. 415 f. u. S. 449 f.

geben³⁹. Die französische Vierte Republik erwärmte sich 1955 für das Projekt einer europäischen Atomgemeinschaft. Die Deutschen sollten sich am Bau einer gemeinsamen Urananreicherungsanlage beteiligen, aus der Frankreich – unabhängig von den Angelsachsen – nicht zuletzt waffenfähiges Material zu beziehen gedachte. Dagegen erkannten die Vereinigten Staaten in einer von ihnen Uranlieferungen abhängigen Atomgemeinschaft das Instrument, um Deutsche und Franzosen gleichermaßen von Kernwaffen fernzuhalten. Mit der Offerte günstigen Brennstoffmaterials torpedierten sie die französischen Bestrebungen. EURATOM degenerierte in der Konsequenz zu einer Aufsichtsbehörde für die zivilen Brennstoffkreisläufe ihrer Mitgliedsstaaten. Damit unterlagen namentlich die Deutschen der Kontrolle, während Frankreich seine militärische Handlungsfreiheit auf diesem Feld gewahrt hatte⁴⁰.

Parallel zu den EURATOM-Verhandlungen versuchten Franzosen und Deutsche, die Chancen einer militärischen Nuklearzusammenarbeit auszuloten. Bonn sah den sicherheitspolitischen Wert seiner konventionell gerüsteten Streitkräfte zusehends infrage gestellt, zumal deren Aufstellung stagnierte. 1957 kam es zu einem ersten Abkommen zwischen Bundesverteidigungsminister Strauß und seinem französischen Amtskollegen. Die bilaterale sollte zu einer trilateralen Zusammenarbeit mit Italien erweitert werden. Die Eisenhower-Administration signalisierte Wohlwollen, solange das Unternehmen im Rahmen der Allianz blieb. Allerdings hätten alle drei die bilaterale Zusammenarbeit mit den Amerikanern vorgezogen. Die Briten reagierten mit halbherzigen Angeboten zur Zusammenarbeit im Rahmen der Westeuropäischen Union. Als Charles de Gaulle im Mai 1958 an der Seine die Regierung übernahm, endete das trilaterale Projekt im deutsch-französischen Katzenjammer. Nach erfolglosen Bemühungen um eine Nuklearkooperation mit den Angelsachsen entschied sich Frankreich für eine nationale Atomstreitmacht; der deutsche Verteidigungsminister war düpiert⁴¹.

³⁹ Vgl. Mervyn O'Driscoll, „Les Anglo-Saxons“, F-I-G and the Rival Conceptions of „Advanced“ Armaments Research & Development Co-operation in Western Europe, 1956–58, in: *Journal of European Integration History* 4 (1998), S. 105–130, hier S. 112 f.; Dietl, *Emanzipation*, Bd. I, S. 367–369; Krüger, *Sicherheit*, S. 475–477; Skogmar, *United States*, S. 239–241.

⁴⁰ Vgl. Lappenküper, *Beziehungen*, S. 1152 f. u. S. 1158 f.; Ginevra Andreini, EURATOM: An Instrument to Achieve a Nuclear Deterrent? French Nuclear Independence and European Integration during the Mollet Government (1956), in: *Journal of European Integration History* 6 (2000), S. 109–128; Mathieu L. L. Segers, *Zwischen Pax Americana und Pakt Atomica: Das deutsch-amerikanische Verhältnis während der EURATOM-Verhandlungen 1955–1957*, in: *VfZ* 54 (2006), S. 433–458; Dietl, *Emanzipation*, Bd. I, S. 302–308 u. S. 330 f.; Skogmar, *United States*, bes. S. 182–185 u. S. 248–252.

⁴¹ Vgl. Georges-Henri Soutou, *L'alliance incertaine. Les rapports politico-stratégiques franco-allemands 1945–1996*, Paris 1996, S. 73–80, S. 83–112 u. S. 133–139; Susanna Schrafstetter/Stephen Twigg, *Avoiding Armageddon. Europe, the United States, and the Struggle for Nuclear Nonproliferation, 1945–1970*, Westport/London 2004, S. 99–101; Burkhard Schmitt, *Frankreich und die Nukleardebatte der Atlantischen Allianz 1956–1966*, S. 51–64; Dietl, *Emanzipation*, Bd. I, S. 371–374, S. 443 f. u. S. 451–484, Bd. II, S. 19–27; Fischer, *Reaktion*, S. 125–129; Lappenküper, *Beziehungen*, S. 1162–1172, S. 1178–1199, S. 1609–1614 u. S. 1620–1626; O'Driscoll, *F-I-G*, S. 114–130; Strauß, *Erinnerungen*, S. 313–315; Trachtenberg, *Peace*, S. 205–211.

Dabei war die in den 1960er Jahren aufgebaute „Force de Frappe“ ohne die Schildstreitkräfte des Bündnisses in seinem Vorfeld und ohne dessen Frühwarninformationen kaum funktionstüchtig.

Frankreich entschied sich wie Großbritannien gegen eine europäische Lösung. Diese hätte den europäischen Mächten gemeinsam und damit auch den Deutschen eine eigenständige Verteidigungsidentität innerhalb des Nato-Bündnisses ermöglicht: „eine enge Zusammenarbeit in Übereinstimmung [...] mit den Richtlinien der NATO und entsprechend den besonderen Problemen der europäischen Staaten der Allianz“⁴². In ihr hätte auch der Gegensatz von nuklearer Beteiligung einerseits und der Kontrolle und Nichtverbreitung von Atomwaffen andererseits aufgehoben werden können⁴³. Für die Bonner Republik hieß dies, dass sie mittelfristig die Masse der Schildstreitkräfte und womöglich auch das künftige „Niemandland“ zwischen den beiden Lagern stellte, aber die strategischen Entscheidungen der Angelsachsen kaum zu beeinflussen vermochte. Eine mehr als unerquickliche Situation. Die Erwartung, über integrierte europäische Einrichtungen – möglichst mit britischer Beteiligung – mehr Mitsprache und mehr Sicherheit zu erlangen, zerschellte an den Ambitionen de Gaulles. Frankreich sollte als kontinentale Führungsmacht in einem globalen Direktorium des Westens das Gewicht der Angelsachsen in der Allianz austarieren und eine eigenständige Rolle gegenüber der Sowjetunion spielen⁴⁴. Die Bundesrepublik blieb folgerichtig mehr denn je Glacis der atomar gerüsteten angelsächsischen Festungen. Ihnen begann sich nun eine weitere, französische, hinzuzugesellen.

3. Der „Atomic Strike Plan“ und die Bundeswehr

Kaum verwunderlich, richteten sich die Hoffnungen der Deutschen auf den amerikanischen Kommandanten des Festungsglacis, Lauris Norstad. Seit November 1956 SACEUR, konsolidierte Norstad die Nuklearstrategie des Bündnisses im Sinne seiner operativen Gesamtverantwortung für den Kernwaffeneinsatz, über den politisch allein der amerikanische Präsident entschied. Gegenüber den Abgeordneten des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages vernebelte er im März 1957 diesen Unterschied zwischen operativer Verantwortung und politischer Entscheidung. Da er über 400 bis 450 Flugzeuge zuzüglich ballistischer Raketen für den Nukleareinsatz verfüge, so Norstad, sei er unabhängig von den Strategischen Bomberkommandos der Vereinigten Staaten und Großbritanniens. Faktisch verfügte jedoch nicht das Bündnis über die Sprengkörper. Sie lagen in Depots unter Aufsicht amerikanischer Kustodial-Abteilungen, bestehend aus sechs amerikanischen Offizieren und 50 weiteren Soldaten. Erst nach Erhalt der

⁴² So das französisch-deutsch-italienische Protokoll vom 25. 11. 1957, in: Documents Diplomatiques Français, Paris, später Brüssel 1991 ff. (künftig: DDF) 1957, t 2, S. 762.

⁴³ Vgl. das Resümee von Skogmar, United States, S. 253–257.

⁴⁴ Vgl. Frédéric Bozo, Two Strategies for Europe: De Gaulle, the United States and the Atlantic Alliance, Lanham/Oxford 2001, S. 15–19; Dietl, Emanzipation, Bd. I, S. 428–430; Lappenküper, Beziehungen, S. 1456 f., S. 1469–1471 u. S. 1480–1485; Krüger, Sicherheit, S. 479–506 passim.

R-hour traten sie unter NATO-Befehl⁴⁵. Schließlich appellierte Norstad an die Hoffnung der Abgeordneten, dass es im Ernstfall so schlimm nicht kommen werde. Da sich ein nuklearer Überraschungsangriff angeblich zwingend gegen Ziele sowohl in Europa wie in Nordamerika richte, besäße die Allianz dank ihres im Aufbau befindlichen Frühwarn- und Luftmeldedienstes ausreichende Vorwarnzeit, um ihrerseits durch einen Angriff auf bestimmte Schlüsselpositionen des Gegners „den Krieg in ziemlich kurzer Zeit unter Kontrolle“ zu bringen. Begrenzte Kriege im NATO-Bereich hielt Norstad ohnehin für unwahrscheinlich. Sollte es dennoch dazu kommen, hoffte er, dass die Allianz sich auch konventionell wehren könne, sofern sie dann über die angestrebten 30 Divisionen verfüge. Andernfalls sei auch in diesem Fall der Kernwaffeneinsatz unausweichlich⁴⁶. Tatsächlich war dieser in jedem Fall unausweichlich, denn die Ausdünnung der französischen und britischen Verbände in Westdeutschland wurde durch den schleppenden Aufwuchs der Bundeswehr kaum wettgemacht⁴⁷. Um der naheliegenden Vermutung vorzubeugen, die Deutschen hätten nur zweitklassig ausgerüstetes Kanonenfutter zu stellen, ventilierte Norstad in Fernsehinterviews die Atombewaffnung der Bundeswehr⁴⁸, ohne freilich in die entscheidenden Details zu gehen.

Unterdessen wurde die Planung des Kernwaffeneinsatzes mit dem Strike Plan 1959 weiter verfeinert. SHAPE forderte angesichts der Zerstörungskraft der Kernwaffen deren zentrale Kontrolle durch den SACEUR. Nur so seien die kollateralen Schäden auf das militärisch unumgängliche Minimum zu beschränken und Verluste namentlich der Truppen und Bevölkerung des Bündnisses zu vermeiden. Tatsächlich wurden Atomwaffen aller Art auf der vergleichsweise beschränkten Fläche Westeuropas disloziert. Diese Waffen und die für ihren Einsatz zuständigen Gefechtsstände waren durch konventionelle und vor allem nukleare Attacken hochverwundbar. Die Fernmeldeverbindungen als Grundlage des Kommandostranges waren heterogen und namentlich anfällig für den Elektromagnetischen Impuls. Dabei nahm die Verzahnung der für nukleare und konventionelle Aufgaben vorgesehenen Truppen laufend zu. Je komplexer und anfälliger das gesamte System geriet, desto schwieriger wurde dessen zentrale Kontrolle. Der Rückgriff nachgeordneter NATO-Stäbe auf Atomwaffen lag nicht nur in der Logik der Stationierung von immer mehr und immer mehr taktischen Sprengköpfen. Vermutlich wäre im Ernstfall die zentrale Führung rasch zusammengebrochen. Nachgeordnete Stäbe hätten dann selbstständig handeln müssen; zumal sie ohnehin meist annahmen, die Verhältnisse vor Ort besser beurteilen zu können als die

⁴⁵ BA-MA, BLI/1909, Vermerk: NATO Special Ammunition Storage Program Custodial Detachments, (1960).

⁴⁶ BA-MA, BWI/54931, Vortrag General Norstad vor dem Sicherheitsausschuss des Deutschen Bundestages, 21. 3. 1957. Ähnlich hatte bereits SACEUR Alfred M. Gruenther im Vorjahr vor demselben Gremium argumentiert. Vgl. Greiner, Eingliederung, in: Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik, Bd. 3, S. 717 f.

⁴⁷ Vgl. Thoß, NATO-Strategie, S. 72–74 u. S. 556–568.

⁴⁸ Vgl. Robert S. Jordan, Norstad: Cold War NATO Supreme Commander. Airman, Strategist. Diplomat, London/New York 2000, S. 108–110.

Zentrale⁴⁹. Selbst die amerikanischen Teilstreitkräfte hatten anfangs der 1960er Jahre alle Mühe, sich auf eine integrierte nationale Nuklearplanung zu verständigen⁵⁰.

Folgerichtig sollten die beim SACEUR monopolisierte Freigabeentscheidung und dessen Richtlinienkompetenz für die Durchführung des Nukleareinsatzes die nachgeordneten Kommandos binden. Der nukleare Befehlsstrang führte über die „Major Subordinate Commands“, d. h. über die Regionalbefehlshaber für Mittel-, Nord- und Südeuropa. Auf der operativen Ebene der Luftflotten und Heeresgruppen wurden „Joint Command and Operations Centers“ (JCOC) eingerichtet, um den Kernwaffeneinsatz zu koordinieren. Zwischen ihnen und den Kampfverbänden übten die „Combat Operations Centers“ (COC) die taktische Kontrolle aus⁵¹. Bei der Durchführung des Scheduled Program und bei den mit seiner Ausführung im Überraschungsfall befassten „quick reaction alert forces“ (QRA) griff der SACEUR direkt nach unten durch. Jede Staffel hatte ein bis zwei Flugzeuge zu stellen, die innerhalb von 15 Minuten einsatzbereit waren. Bei den ballistischen Raketen galt für alle einsatzfähigen Systeme dieselbe Bereitschaft⁵². Neben den amerikanischen und britischen „external forces“ verfügte der SACEUR im Bereich Europa-Mitte mit seinen zwei multinationalen taktischen Luftflotten 2. ATAF und 4. ATAF⁵³ über insgesamt 14 nuklearfähige Staffeln, darunter jetzt eine deutsche Staffel mit F 84 F-Jagdbombern. Dazu kamen ein britisches Flugkörperregiment und etwa 36 amerikanische Bataillone mit Flugkörpern und nuklearfähigen Geschützen. Der Befehlshaber der 4. ATAF, bei dem vorläufig der Löwenanteil der nuklearfähigen Waffensysteme in Europa-Mitte angesiedelt war, führte seine strike forces mittels eines „US Air Forces Central Europe Tactical Control System“, das durch kanadische und französische Flugmelde- und -leiteinrichtungen ergänzt wurde⁵⁴.

Entsprechend der wachsenden Bedrohung durch Mittelstreckenraketen änderten sich im Zuge der Vorbereitung des Strike Plan 1959 die Prioritäten der Zielplanung. Unter dem Stichwort „Counter-Nuclear“ wurden in der Reihenfolge

⁴⁹ Vgl. Francis J. Gavin, *The Myth of Flexible Response. United States Strategy in Europe during the 1960s*, in: *The international history review* 23 (2001), S. 847–875, hier S. 857 f.; Carnovale, *Control*, S. 17–27, S. 55 f. u. S. 104 f.; Heuser, *Alliance*, in: Mastny u. a. (Hrsg.), *War Plans and Alliances*, S. 199.

⁵⁰ <http://www.gwu.edu/~nsarchiv/nukevault/ebb236/index.htm> (= National Security Archive Washington): *History of the Joint Strategic Planning Staff: Background and Preparation of SIOP-62 u. Preparation of SIOP-63*, Jan. 1964.

⁵¹ SHAPE History, July 1953–Nov. 1956, S. 252 f. Zur Zielzuweisung vgl. auch Christian Tuschhoff, *Deutschland, Kernwaffen und die NATO 1949–1967. Zum Zusammenhalt von und friedlichem Wandel in Bündnissen*, Baden-Baden 2002, S. 162 f.

⁵² Vgl. dazu auch Bernd Lemke, *Konzeption und Aufbau der Luftwaffe*, in: Ders. u. a., *Die Luftwaffe 1950 bis 1970. Konzeption, Aufbau, Integration*, München 2006, S. 71–484, hier S. 223 f. u. S. 235.

⁵³ Die britisch geprägte 2. Allied Tactical Air Force (ATAF) im Norden und die amerikanisch geprägte 4. ATAF im Süden der Bundesrepublik.

⁵⁴ SCR, 35 mm, P01A R20, L-021, Aircent 6th Tactical Commanders' Conference, 27. 11. 1958 (Appendix G).

ihrer Wertigkeit folgende Ziele aufgeführt: Basen der Nuklearstreitkräfte, Stellungen ballistischer Raketen, Gefechtsstände und Kriegshauptquartiere, Fernmeldeknotenpunkte sowie elektronische Führungseinrichtungen, Häfen mit Treibstofflagern und/oder Pipelineverbindungen, Radarstellungen. Erst danach folgten jetzt die Ziele (Verkehrseinrichtungen u. a.), deren Zerstörung das Gefechtsfeld abriegeln sollte („air interdiction“) ⁵⁵. Nach dem Scheduled Program genoss ein „Regional Program“ höchste Priorität, ihm folgten ein „Regional Counter Atomic Program“ gegen weitere Nuklearkriegsmittel des Gegners und „Other Regional Programs“ mit der Bekämpfung von Truppenkonzentrationen, interdiction- und Seezielen. Beim Scheduled Program wies der SACEUR den Regionalbefehlshabern Ziele zu, die diese wiederum nachgeordneten Kommandobehörden übertrugen. Danach unterstanden die JCOC und COC hinsichtlich der Ausführung des Nukleareinsatzes dem SACEUR direkt. Die Raketentruppen unterstanden ihm ebenfalls unmittelbar. Die zuständigen Kommandeure hatten Pläne für den Einsatz gegen die zugewiesenen Ziele, die Regionalkommandeure Pläne für die Unterstützung dieser Einsätze zu erstellen. Dafür bestand 1958/59 bei der 4. ATAF eine amerikanisch besetzte Planungszelle, zu der auch ein französischer und ein kanadischer Vertreter gehörten. Die schon im Frieden zu leistende sorgfältige Planung für das einzelne Flugzeug und für die einzelne Rakete galt als Voraussetzung des raschen und wirkungsvollen Einsatzes.

Abweichend vom früheren Strike Plan lagen 1959 die Ziele des Scheduled Programs mit höchster Priorität – die Stufen 1 und 2 auf einer bis 8 reichenden Skala – alle auf sowjetischem Territorium. Dagegen besaßen die 44 Ziele auf ost-deutschem Boden nur noch Prioritätsstufen zwischen 3 und 8 ⁵⁶. In dieser veränderten Zielplanung mögen sich erste Rücksichten auf die Befindlichkeit des deutschen Bündnispartners niedergeschlagen haben, hatte eine Stabsrahmenübung der NATO im März 1957 doch den erstmals eingebundenen Bundeswehroffizieren die katastrophalen Konsequenzen einer nuklearen Kriegführung für das eigene Land offenbart ⁵⁷. Die Ziele der Regionalpläne lagen 1966 freilich immer noch überwiegend auf deutschem Boden ⁵⁸. Die Luftwaffe stellte nach Verabschiedung der MC 70 und der Zustimmung des Deutschen Bundestages im Frühjahr 1958 im Folgejahr erst 25, dann 50 Strikeflugzeuge ⁵⁹. Im November 1959 erwartete SACEUR Norstad von den Deutschen, dass sie bei den Verbündeten für den Ausbau raketengestützter strike forces eintraten. Sie sollten selbst geeignete Verbände aufstellen und ihre Dislozierung gegen den Widerstand der lokalen west-

⁵⁵ SCR, 35 mm, P12C R04, L-002, SHAPE an SG, 8. 2. 1958.

⁵⁶ Vgl. Verschlussache; SCR, 35 mm, P01A R20, L-021, Aircent 6th Tactical Commanders' Conference, 27. 11. 1958 (Appendix G) und dazu die anschaulichen Graphiken bei Lemke, Konzeption, in: Ders. u. a., Luftwaffe, S. 208–211.

⁵⁷ Vgl. Axel F. Gablik, Strategische Planungen in der Bundesrepublik Deutschland 1955–1967. Politische Kontrolle oder militärische Notwendigkeit?, Baden-Baden 1996, S. 131 f.; Heuser, NATO, S. 55; Thoß, NATO-Strategie, S. 344–353, S. 371 f., S. 606 f. u. S. 609 f.

⁵⁸ Vgl. Helmuth Groscurth, Dienstweg. Rückblicke eines Generalstabsoffiziers der Bundeswehr, Waiblingen 1994, S. 44 f., der im Stab der Heeresgruppe Nord (NORTHAG) eingesetzt war.

⁵⁹ IMS, CD03, MC 70 (Final Decision), 9. 5. 1958; vgl. Gablik, Planungen, S. 147–149.

deutschen Bevölkerung vorantreiben. Bundesverteidigungsminister Strauß sagte die Einrichtung von zwei Flugkörperverbänden zu, die Norstad neben den künftigen F 104-Strikeflugzeugen in seinen Atomic Strike Plan einbauen wollte. Allerdings forderte Strauß prompt, dass die Bundeswehr mindestens hinsichtlich der Planung von in Deutschland gelegenen Atomzielen zu beteiligen sei. Norstad beharrte jedoch auf seiner alleinigen Verantwortung für den Atomic Strike Plan, der den nationalen Verteidigungsministerien nicht zur Kenntnis gegeben werde. Allenfalls über die alliierten Stäbe – und damit namentlich über General Speidel, mittlerweile Befehlshaber der Landstreitkräfte in Mitteleuropa – würden die Deutschen mitwirken. Der Generalinspekteur der Bundeswehr sollte über die Zielplanung in Deutschland und seinem östlichen Vorfeld unterrichtet werden, allerdings ausschließlich mündlich. Anregungen der Deutschen wollte man immerhin berücksichtigen. Folgerichtig verfügten die nicht-nuklearen Bündnispartner auch noch 1966 nur über sehr vage Kenntnisse des Atomic Strike Plan des SACEUR⁶⁰.

Die beiden deutschen F 48 Jagdbomberstaffeln in Büchel und Nörvenich und zwei Aufklärungsstaffeln stellten je zwei Maschinen als Teil der QRA Strike Force. Die verbleibenden Kräfte sollten die QRA-Anteile in einem Zeitraum von drei Stunden ergänzen. Jeder Pilot hatte seinen persönlichen Auftrag im Rahmen des Scheduled Program soweit zu kennen und zu beherrschen, dass allenfalls nur wenige Minuten benötigt wurden, um ihn auf seinen Einsatz vorzubereiten („Briefing“). „Sein“ Primärziel und „sein“ Reserveziel wurden im Rahmen einer jährlichen Zielkonferenz bei SHAPE ausgewählt. Der nationale deutsche Befehlsstrang hörte für diese Flugzeugführer beim Geschwaderkommodore auf. Dieser behielt formal den Oberbefehl, seine tatsächliche Verantwortung beschränkte sich jedoch auf die Herstellung der Einsatzbereitschaft der Strike-Flugzeuge und der dazu gehörigen amerikanischen Kustodial-Verbände. Die Revision des Atomic Strike Plans für das Jahr 1960 brachte eine Klärung des Befehlsweges für diesen Einsatz. Danach unterstand die QRA Strike Force den Befehlshabern der Luftflotten als „executing commanders“. Die QRA-Verbände – die im Übrigen erst 1968 ihre geplante Zahl erreichten – hatten ihren Einsatzklarstand täglich an das „Combat Operations Center“ der 4. ATAF zu melden, das in seiner nuklearen Rolle direkt und bereits im Frieden dem SACEUR unterstand. Mancher deutsche Strike-Pilot mag sich folgerichtig als Angehöriger einer Art „Atomkriegselite“ des Bündnisses den amerikanischen Kameraden näher gefühlt haben als dem Rest der Luftwaffe⁶¹.

Im Frühjahr 1963 waren etwa dem Jagdbombergeschwader 33 in Büchel in der Eifel neben Zielen im polnischen Schlesien und in der ČSSR auch solche in der

⁶⁰ BA-MA, BL1/1908, Norstad/Strauß, 20. 11. 1959; Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland, München 1994 ff. (künftig: AAP) 1966, S. 426, Grewe an AA, 1. 4. 1966; Strauß, Erinnerungen, S. 376 f.; Thoß, NATO-Strategie, S. 374 f., S. 450–453, S. 470 f. u. S. 504–506.

⁶¹ BA-MA, BL1/8542, FÜ L III 8 an COMAIRCEN, 15. 11. 1960, BL1/1753, FÜ L II: Vortragsnotiz, 28. 12. 1959, und BL1/1909, Verschlussache; SHAPE History, 1966, S. 257; vgl. Pommerrin/Steinhoff, Strategiewechsel, S. 38–41.

DDR und in Grenznähe zur Bundesrepublik zugewiesen worden. Letztere sollten teilweise mit 28 Kilotonnen angegriffen werden. Das Geschwader bat den Bundesverteidigungsminister ausdrücklich um Genehmigung, insbesondere hinsichtlich der Ziele in Ostdeutschland und in Grenznähe. Der Führungsstab der Luftwaffe hielt „eine grundsätzliche Ablehnung der Zuweisung von Zielen in der SBZ [...] im Hinblick auf die bisher verfolgte Konzeption der Aufstellung deutscher Strike-Verbände als Teil der atomaren Gegenschlagskräfte der NATO sachlich nicht für gerechtfertigt und taktisch für unzumutbar“. Der Bundesverteidigungsminister billigte denn auch die Zielplanung für das Geschwader⁶². Diese Haltung war nur konsequent, wollte man den Strike Plan nicht infrage stellen, auf dessen Glaubwürdigkeit in letzter Instanz die Sicherheit der Bundesrepublik beruhte.

Da es vorläufig keine zuverlässige Abwehr atomar bestückter Flugzeuge und Raketen geben werde, war der Inspekteur der Luftwaffe, Generalleutnant Josef Kammhuber, im Mai 1958 überzeugt, dass mit dem entscheidenden nuklearen Gegenschlag der Luftstreitkräfte alle Bodenoperationen zum Erliegen kämen. Er warnte, sich durch Zu- und Ausrüstung der Streitkräfte für alle denkbaren militärischen Optionen finanziell zu übernehmen und damit den Kalten Krieg zu verlieren. Das war eine klare Absage an eine konventionelle Strategie und damit verbundene Rüstungswünsche des Heeres. Folgerichtig fiel im Sommer 1958 die Entscheidung, statt der französischen Mirage III die amerikanische F 104 G „Starfighter“ – eine Art bemannte Rakete – als künftigen Jagdbomber und Jäger der Luftwaffe zu beschaffen. Die Bundesregierung vollzog damit, so Verteidigungsminister Strauß, die „Abkehr von betont defensiver zu offensiver Taktik bzw. Strike-Kapazität“⁶³. Frankreich war nicht nur ein lukrativer Auftrag entgangen; de Gaulle hatte auch die Quittung für seine Absage an die europäische Nuklearkooperation erhalten⁶⁴.

Dass die Atombombe offenkundig die Luftstreitkräfte in den Rang der „Königin der Waffen“ erhoben hatte, wollten die Inspektoren des Heeres und der Marine nicht widerspruchslos hinnehmen. Auch Generalinspekteur Adolf Heusinger mahnte ausgewogene Streitkräfte an. Er wollte die Bundesrepublik davor bewahren, weitgehend überrannt zu werden, bevor die nukleare Gegenoffensive wirksam wurde. Die Schildstreitkräfte sollten den Gegner nötigen, seine Kräfte offensiv zu konzentrieren, um sie dem Risiko der Vernichtung durch die strike forces des Bündnisses auszusetzen. Gleichwohl hoffte er, die Schildstreitkräfte müssten nicht zwangsläufig Atomwaffen einsetzen⁶⁵ – ein frommer Wunsch. Pate standen weniger ethische Skrupel gegen den Kernwaffeneinsatz als Erfahrungen

⁶² BA-MA, BL1/2132, FÜ L II 4 an StvInspLw, 20. 3. 1963, FÜ L III 1 an BMVg, 11. 4. 1963 (Zitat), StvInspLw an LwGrp Süd, 15. 6. 1963; vgl. Lemke, Konzeption, in: Ders. u. a., Luftwaffe, S. 236.

⁶³ BA-MA, BL1/1908, Norstad/Strauß, 20. 11. 1959.

⁶⁴ Vgl. Gerd Schmückle, Ohne Pauken und Trompeten. Erinnerungen an Krieg und Frieden, Stuttgart 1982, S. 198 f. u. S. 203–213; Lemke, Konzeption, in: Ders. u. a., Luftwaffe, S. 327–329, S. 334–343 u. S. 348–350; Strauß, Erinnerungen, S. 315–317.

⁶⁵ BA-MA, BW17/24, Verschlussache; BA-MA, BW2/2530, Besprechungspunkte GInspBw Washington, 15. 10. 1959; vgl. dazu Lemke, Konzeption, in: Ders. u. a., Luftwaffe, S. 105,

aus dem Zweiten Weltkrieg, gepaart mit dem Widerwillen, das Heer auf eine bessere Wach- und Schließgesellschaft zu reduzieren. An der Zonengrenze nachzuschauen, wie ernst der Gegner es meinte, und im Übrigen landseitig die Fliegerhorste und Raketenstellungen der Luftstreitkräfte zu schützen, war keine besonders heroische Aufgabe. In Speidel und Heusinger, beide Generalstabsoffiziere der ehemaligen Wehrmacht, hatte sich die Überzeugung verfestigt, dank der angenommenen Überlegenheit des deutschen operativen Denkens werde man im offensiven Bewegungskrieg gepanzelter Großverbände auch eines deutlich überlegenen Gegners Herr werden. Schließlich wusste man die materiellen Ressourcen der Vereinigten Staaten und des Commonwealth künftig nicht gegen, sondern hinter sich. Tatsächlich sollte die US Army je länger desto erkennbarer operative und organisatorische Vorstellungen des deutschen Heeres adaptieren⁶⁶. Raumgreifende Gegenangriffe bis an Elbe und Oder lagen in der Logik einer offensiven Verteidigung so weit östlich wie möglich. Die Existenz der Atomwaffen und ihre – in den Strike Plans unmissverständlich dokumentierte – zentrale Bedeutung für die Bündnisstrategie konnten die Referenten der Bonner Führungsstäbe allerdings nicht mehr ausblenden. Schlanke, gepanzerte und mit taktischen Nuklearwaffen ausgerüstete Brigaden und Divisionen sollten weitgehend selbstständig das Gefecht in einer von zahllosen nuklearen Detonationen gezeichneten Kampfzone weiterführen⁶⁷. Angesichts erheblicher operativer Probleme des frontnahen Einsatzes taktischer Atomwaffen einerseits und der Versorgungsführung unter atomaren Bedingungen bei gleichzeitig fehlender Vereinheitlichung der Logistik der verschiedenen Kontingente auf deutschem Boden andererseits⁶⁸ waren solche Vorstellungen wenig realistisch. Das blieb selbst dem laienhaften militärischen Sachverstand des Bundeskanzlers nicht verborgen⁶⁹. Insgesamt jedoch mussten die vermeintlichen oder tatsächlichen operativen Stärken des deutschen Heeres zwangsläufig umso stärker zur Geltung kommen, je weniger Kernexplosionen im Kilo- oder gar Megatonnenbereich die Kampfhandlungen prägten.

Die späte Eisenhower-Administration hoffte weiter, dank deutscher Soldaten und nuklearer Bestückung die teure Präsenz amerikanischer Truppen in Europa abzubauen. Die US Air Force wollte 1959 gar 14 Staffeln abziehen. Mit Argus-

S. 151 f., S. 171–175 u. S. 212–214; Greiner, Eingliederung, in: Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik, Bd. 3, S. 716 f.

⁶⁶ Vgl. Ingo W. Trauschweizer, *Creating Deterrence for Limited War: the U. S. Army and the Defense of West Germany, 1953–1982*, Phil. Diss. Univ. of Maryland 2006, S. 411–413.

⁶⁷ Vgl. Helmut R. Hammerich, *Kommiss kommt von Kompromiss. Das Heer der Bundeswehr zwischen Wehrmacht und U. S. Army (1950–1970)*, in: Ders. u. a., *Das Heer 1950–1970. Konzeption, Organisation, Aufstellung*, München 2006, S. 27–351, hier S. 86, S. 98 f., S. 102 f., S. 106–110, S. 116 f. u. S. 140–142; Meyer, Heusinger, S. 485–496, S. 500–503, S. 592 f. u. S. 600 f.; Gablik, *Planungen*, S. 106–113, S. 132–136, S. 151–153 u. S. 159–162; Schmückle, *Pauken*, S. 226 f.; Strauß, *Erinnerungen*, S. 368–373; Thoß, *NATO-Strategie*, S. 333–339, S. 379–383, S. 386 f., S. 389 f., S. 401–405, S. 513–515, S. 578 f. u. S. 726 f.; Lemke, *Konzeption*, in: Ders. u. a., *Luftwaffe*, S. 105–111.

⁶⁸ Vgl. Thoß, *NATO-Strategie*, S. 479–482 u. S. 612 f.

⁶⁹ Vgl. AAP 1963, S. 112, Gespräch zwischen Adenauer und de Gaulle, 21. 1. 1963.

augen betrachtete man weiterhin gleichgerichtete britische Pläne, lag doch eine Kettenreaktion der kontinentalen Verbündeten auf der Hand. Diese und SACEUR Norstad leisteten halbwegs erfolgreichen Widerstand⁷⁰. Gleichzeitig strebte letzterer eine eigene nukleare Abschreckungsfähigkeit seines europäischen Kommandobereiches an⁷¹. Sie hätte die Rolle des SACEUR aufgewertet, die Abhängigkeit von den amerikanischen strategischen Luftstreitkräften gemindert und einen Ersatz für die gescheiterte europäische Verteidigungsidentität geboten. Im günstigsten Fall sollte das eigene Abschreckungspotential das Dilemma der Europäer kompensieren. Denn amerikanische Diplomaten und Militärs stellten angesichts der sich abzeichnenden nuklearen Parität der Sowjetunion immer eindringlicher die Frage, ob man sich mit der massiven Vergeltung womöglich selbst mehr abschrecke als den Gegner. Zweifel an der Bereitschaft der Vereinigten Staaten, ihre Verbündeten im Ernstfall nuklear zu verteidigen, nährten das deutsche und europäische Verlangen nach nuklearer Teilhabe. Gleichzeitig perhorreszierten alle Bündnispartner den deutschen Finger am atomaren Drücker. Im Dezember 1958 forderte Norstad ein eigenes Potential ballistischer Mittelstrecken mit einer Reichweite von ca. 2.800 km und Sprengköpfen bis zu einer Megatonne. Sie hätten von Stationierungsräumen in Großbritannien, Frankreich, Italien und im östlichen Mittelmeer einen Großteil der europäischen Sowjetunion erreichen können. Ballistische Raketen waren zeitgemäßer als die verwundbaren und teuren bemannten Flugzeuge. Im Juni 1960 forderte Norstad vom Nordatlantikrat 300 Mittelstreckenraketen, andernfalls büße sein Kommandobereich ab 1963 die Fähigkeit zur nuklearen Abschreckung ein. Angesichts der Überlegungen, im Rahmen der sogenannten „Force goals 1966“ die Luftstreitkräfte des Bündnisses weiter zu reduzieren, sattelte Norstad noch drauf. Er forderte 650 Raketen: zehn Unterseeboote mit 160 „Polaris“-Raketen, drei Staffeln ballistischer Boden-Boden-Flugkörper zusätzlich zu den 45 „Jupiter“-Raketen, die in Italien und der Türkei stationiert wurden.

Die amerikanischen Außenminister John Foster Dulles und sein Nachfolger Christian Herter unterstützten die von Norstad angestrebte Verfügung der NATO über die Atomsprengköpfe, während die amerikanischen Vereinten Stabschefs bilaterale Abkommen mit den Stationierungsländern bevorzugten. Die britischen Stabschefs forderten eine gemeinsame angelsächsische Kontrolle, was die europäische Dimension im Vorschlag Norstads konterkarierte. Im Dezember 1960 schlug Herter eine multinationale Atomstreitmacht vor. Sie sollte nicht zuletzt Frankreich einbinden, das im Februar 1960 eine eigene Atombombe gezündet hatte. Der Einsatzvorbehalt des amerikanischen Präsidenten hätte freilich in bei-

⁷⁰ Vgl. Byron R. Fairchild/Walter S. Poole, *History of the Joint Chiefs of Staff*, Bd. 7: 1957–60, Washington 2000, S. 101–104; Francis J. Gavin, *Gold, Dollars, and Power. The Politics of International Monetary Relations, 1958–1971*, Chapel Hill/London 2004, S. 40–48; Hubert Zimmermann, *Money and Security. Troops, Monetary Policy, and West Germany's Relations with the United States and Britain, 1950–1971*, Washington/Cambridge 2002, S. 105–112; Diel, *Emanzipation*, Bd. I, S. 375 u. S. 379 f.

⁷¹ BA-MA, BL1/1753, Vermerk Steinhoff, 19. 6. 1959.

den Fällen weiter gegolten. Großbritannien und später auch Italien sowie die Türkei schlossen bilaterale Abkommen und genehmigten die Aufstellung von Mittelstreckenraketen auf ihrem Territorium.

Frankreich galt nukleare Gleichberechtigung mit den Briten – die einem Einsatz von Kernwaffen von ihrem Territorium aus zustimmen mussten – als Minimalforderung, die sich bald zum Streben nach nationaler Verfügungsgewalt über Atomwaffen verhärtete. Angesichts der britischen Absicht, sich auf die strategischen Luftstreitkräfte zu konzentrieren und die eigenen Kräfte in der 2. ATAF abzubauen⁷², wählte man in Paris eine dem eigenen Selbstverständnis diametral widersprechende Vorstellung der Angelsachsen von „balanced forces“, in der diese „die vornehme (Atom-)Kavallerie (arme noble) und die anderen [...] das Fußvolk“ stellten. Eine tragende Rolle des gemeinsamen Oberkommandierenden bei der Einsatzentscheidung von Kernwaffen war für exponierte Frontstaaten wie die Bundesrepublik allemal einer einsamen Entscheidung durch Politiker im fernen Washington und London vorzuziehen. Adenauer brachte es gegenüber de Gaulle auf den Punkt: „Général Norstad muss das Recht haben, ohne Rücksicht auf eine Stimmenmehrheit zu entscheiden.“⁷³ Norstads Pläne stießen nicht nur in Bonn, sondern auch in Rom und Ankara auf positive Resonanz, in Paris und London dagegen zwangsläufig auf Skepsis⁷⁴.

4. Die Aufweichung der Bündnisstrategie

Im Herbst 1960 nahm der Paradigmenwechsel, auf den das deutsche Heer gehofft hatte, Konturen an. Dem zuständigen Stabsabteilungsleiter des Führungsstabes der Bundeswehr, Oberst Cord von Hobe, galt die ausschließlich auf strategische Atomwaffen gestützte Abschreckung mittlerweile als untauglich. Unter den Vorzeichen des atomaren Patts würden die Staatsmänner zögern, in den all-

⁷² Vgl. dazu Thoß, NATO-Strategie, S. 562 u. S. 567.

⁷³ DDF 1960, t 2, S. 480, Dt.-frz. Verhandlungen, 7. 10. 1960. Vgl. auch Lappenküper, Beziehungen, S. 1689 f.; Tuschhoff, Deutschland, S. 164–168. Diese Auffassung kontrastierte im Übrigen bemerkenswert mit der festen Absicht des Kanzlers, seiner eigenen Generalität gegenüber den Primat der Politik durchzusetzen.

⁷⁴ Vgl. SHAPE History, 1960–1965, 1, S. 107–112; BA-MA, BW2/2804, fol. 51–54, Vermerk v. Hobe, 6. 5. 1960; ebenda, BW2/20053, Nordatlantikrat, 10. 2. 1960; Maurice de Chabot, L'OTAN: Intégration ou Coopération?, in: Revue Militaire Générale, 1959, H. 7, S. 149–159, hier S. 153; Christoph Hoppe, Zwischen Teilhabe und Mitsprache. Die Nuklearfrage in der Allianzpolitik Deutschlands 1959–1966, Baden-Baden 1993, S. 37–44; Maurice Vaïsse, Intra-Alliance Conflict Related to Nuclear Weapons Politics: The French Case (1957–63), in: A History of NATO. The First Fifty Years, hrsg. von Gustav Schmidt, 3 Bde., hier Bd. 3, Houndmills u. a. 2001, S. 141–154, hier S. 146–154; Dietl, Master, in: Loth (Hrsg.), Europe, S. 142; ders., Emanzipation, Bd. II, S. 19, S. 24, S. 129, S. 134–136, S. 141 f. u. S. 158 f.; Fairchild/Poole, History, S. 105–112; Gablik, Planungen, S. 211–213; Jordan, Norstad, S. 104–107; Lappenküper, Beziehungen, S. 1648–1650 u. S. 1673 f.; Jan Melissen, The Struggle for Nuclear Partnership. Britain, the United States and the Making of an Ambiguous Alliance 1952–1959, Groningen 1993, S. 63–86 u. S. 103 f.; Schmitt, Frankreich, S. 45–51, S. 61–64 u. S. 84–97; Pommerin/Steinhoff, Strategiewechsel, S. 105–111 u. S. 122–124; Trachtenberg, Peace, S. 177 f. u. S. 212–215; Thoß, NATO-Strategie, S. 438–444, S. 454–457, S. 506–511, S. 518 u. S. 521–529.

gemeinen Atomkrieg einzusteigen. Sie wären im Ernstfall bestrebt, so lange wie möglich konventionell, und erst dann unter Einsatz taktischer Nuklearwaffen zu verteidigen. Im Übrigen entscheide in letzter Instanz der amerikanische Präsident über den Atomwaffeneinsatz. Damit werde ein auf Europa begrenzter Einsatz taktischer Nuklearwaffen immer wahrscheinlicher. Hobe erkannte darin eine wesentliche Schwäche des Bündnisses. Als dessen „Festungsglacié“ müsse die Bundesrepublik jede Form von Krieg verhindern. Den Weg zur Wiederherstellung der Abschreckung erkannte er in einem – dank deutscher Truppen – starken Schild und in ausgewogenen Streitkräften mit ausreichend konventioneller Bewaffnung und nuklearen Mehrzweckwaffen für den taktischen Einsatz wie auch für die strategische Vergeltung⁷⁵.

Wenig später, im November 1960, warb SACEUR Norstad – mit Unterstützung des deutschen Befehlshabers der Landstreitkräfte in Mitteleuropa Hans Speidel – öffentlich für eine Lockerung der massiven Vergeltung im Sinne einer Pause vor dem Übergang vom konventionellen zum Kernwaffeneinsatz⁷⁶. Am 13. Dezember 1960 folgte eine Strategische Grundsatzweisung des SACEUR. Sie wies in die gleiche Richtung wie die deutsche Denkschrift. Allerdings haftete ihr auch eine ähnliche Unentschiedenheit an. Wenn sich das Bündnis ausschließlich auf die nukleare Gegenoffensive vorbereite, werde seine Strategie missverstanden, so Norstad. Die Schildstreitkräfte seien dafür ausgelegt, eine „all or nothing response“ zu vermeiden. Bei optimaler Ausbildung, Ausrüstung, Organisation und Dislozierung reichten die vorhandenen und noch geplanten Streitkräfte des Bündnisses aus, konventionell zu reagieren, solange dies der militärischen Lage angemessen war. Selbst wenn selektiv Atomwaffen eingesetzt würden, werde dies nicht zwangsläufig in einem totalen Atomkrieg enden. Gleichwohl müssten die eigenen Nuklearstreitkräfte gegnerische Attacken überleben, solange sie nicht eingesetzt wurden⁷⁷. Der Führungsstab der Bundeswehr wollte im Einklang mit SHAPE die bislang von bemannten Luftangriffsverbänden auszuführenden Einsätze gegen die Einrichtungen der Luftstreitkräfte des Gegners („counter air“) und dessen rückwärtige Verbindungen („air interdiction“) atomar bestückten Mittelstreckenraketen übertragen. Die deutsche Luftwaffe nahm diesen Gedanken angesichts mangelnder Zielgenauigkeit der ballistischen Flugkörper reserviert auf⁷⁸. Für den SACEUR war der Kernwaffeneinsatz ohne die vorgesehene politische Entscheidung nur in bestimmten Fällen der Selbstverteidigung zulässig. Grundsätzlich gelte das Prinzip der Angemessenheit, d. h., konventionelle An- und Übergriffe unterhalb der Schwelle des allgemeinen Atomkrieges seien möglichst konventionell und durch selektive Atomschläge abzuwehren. Der Gegner

⁷⁵ BA-MA, BW2/2718, Denkschrift v. Hobe, 15. 9. 1960.

⁷⁶ Vgl. Hans Speidel, Die Verteidigung Europas. Vortrag vor der Association of the United States Army, 8. 10. 1960, in: Wehrkunde 9 (1960), S. 476–480, hier S. 478 f.; ders., Aus unserer Zeit. Erinnerungen, Berlin u. a. 1977, S. 390; Pommerin/Steinhoff, Strategiewechsel, S. 62–65.

⁷⁷ IMS, CD10, MCM-17-61, SG Memo, 2. 2. 1961 (Einschluss: Runderlass SACEUR „Basic Strategic Guidance for Allied Command Europe“, 13. 12. 1960).

⁷⁸ Vgl. AAP 1963, S. 601, Vermerk Krapf, 4. 6. 1963; Gablik, Planungen, S. 166–177.

sollte sich vor der Alternative sehen: Rückzug oder totaler Atomkrieg⁷⁹. Norstad hatte sich damit auf den im November 1960 gewählten John F. Kennedy eingestellt, der im Januar 1961 sein Amt antrat. Er appellierte an die Skeptiker in der neuen Administration, die Flexibilität der gültigen Strategie nicht zu unterschätzen. Zugleich warnte er vor ihrer allzu schematischen Anwendung. Am Grundproblem – dem Mangel an Bodentruppen und der voraussichtlichen Verteidigung eher am Rhein als an Weser und Neckar⁸⁰ – änderte sich indessen nichts.

Die neue Administration war entschlossen, die in Unordnung geratenen Klötzen des sicherheitspolitischen Baukastens neu zusammenzusetzen. Wahrung der nuklearen Alleinverantwortung, Nichtverbreitung von Atomwaffen, Begrenzung der nuklearen Rüstung, räumliche Begrenzung und Re-Konventionalisierung eines möglichen bewaffneten Konflikts mit der Sowjetunion waren die Eckpunkte der angestrebten Konsolidierung der eigenen Rolle als europäischer Ordnungsmacht. Mit dem Projekt eines multilateralen Nuklearverbandes der NATO („Multilateral Force“ = MLF) verfolgte Washington jetzt folgende Ziele: Es sollten erstens die französischen und deutschen Nuklearbestrebungen konterkariert, zweitens die Forderung der Verbündeten nach nuklearer Mitbestimmung absorbiert und drittens den Mittelstreckenplänen des SACEUR der Wind aus den Segeln genommen werden; schließlich wollte man, viertens, den Europäern die Sorge vor einem auf ihren Kontinent begrenzten Krieg nehmen⁸¹. Der erste Schritt galt freilich der Anhebung der Schwelle zum Nukleareinsatz, um das Risiko eines vorschnellen Atomschlags zu mindern⁸². Der neue amerikanische Außenminister Dean Rusk suggerierte den Bündnispartnern Teilhabe an der nuklearen Einsatzentscheidung im Gegenzug für konventionelle Aufrüstung. Die Europäer sollten die konventionelle Stärke der Sowjetunion durch erweiterte eigene konventionelle Fähigkeiten ausgleichen und dafür auf den Ausbau ihrer nuklearen Fähigkeiten verzichten. Im Gegenzug werde sich der amerikanische Präsident bei seiner nuklearen Einsatzentscheidung an noch zu beschließenden Richtlinien des Bündnisses orientieren. Großbritannien plädierte jetzt ebenfalls für Ausgewogenheit. Dabei war man selbst freilich nicht gewillt, auf den Ausbau der nuklearen zugunsten konventioneller Aufrüstung zu verzichten. Rusk gab vor, die Strategie der NATO nur neu zu interpretieren. Niederländer, Belgier, Italiener und Griechen bekundeten gleichwohl ihr Unbehagen gegen eine Strategie, welche die Initiative dem Gegner überließ. Türken und Franzosen lehnten den Vorstoß rundweg ab. Die Türken warnten vor

⁷⁹ Vgl. SHAPE History, 1960–1965, Vol 1, S. 50–54; ebenda, 1967, Vol. II, S. 85 f.

⁸⁰ Vgl. Thoß, NATO-Strategie, S. 576–578 u. S. 586.

⁸¹ Vgl. Foreign Relations of the United States (künftig: FRUS) 1961–1963, Vol. 13, Washington 1994, S. 253–256, S. 268, S. 271, S. 287–290, S. 333–335, S. 362 u. S. 366–368, Memos, 1. 2. u. 15. 3. 1961, Dowling an State Dpt., 10. 4. 1961, Policy Directive, 20. 4. 1961, Rusk an McNamara, 29. 10. 1961, Gespräch zwischen Kennedy, Stikker u. a., 6. 2. 1962, Memo, 15. 3. 1962.

⁸² Vgl. FRUS 1961–1963, Vol 13, S. 347–349 u. S. 353–355, Lemnitzer an Kennedy, 20. 12. 1961, Runderlass Rusk, 8. 1. 1962; Dietl, Emanzipation, Bd. II, S. 129 f., S. 171 f., S. 218–220, S. 239 f., S. 250–252 u. S. 283 f.; Gablik, Planungen, S. 213–215 u. S. 222–225; Haftendorn, Kernwaffen, S. 35–37; Heuser, NATO, S. 45; Hoppe, Teilhabe, S. 46–52; Pommerin/Steinhoff, Strategiewechsel, S. 76–81.

mehr oder minder unklaren Vorstellungen eines „limited war“, den zu führen dem Bündnis die Voraussetzungen fehlten. Die Franzosen kritisierten, dass die Angelsachsen dem Bündnis offenkundig keine eigenständige Abschreckung zubilligten. Tatsächlich hatte der Einsatz von Mittelstrecken aus dem Schild heraus für Briten und Amerikaner plötzlich keinen Sinn mehr; hätte er doch die Begrenzung des Schlachtfeldes auf den europäischen Kontinent konterkariert. Die Deutschen betonten zunächst, allenfalls den Angriff eines verstärkten Regiments noch konventionell abwehren zu können – sofern denn die in Deutschland stationierten 20 sowjetischen Divisionen überhaupt für einen konventionellen Einsatz vorgesehen seien! Andernfalls sei die Debatte der Allianz müßig. Später räumte man ein, dass das Bündnis mit ausreichenden operativen Reserven an motorisierten, gepanzerten Verbänden auch rein konventionell die Oberhand behalten werde⁸³. Den vorläufigen Verzicht der NATO auf eigene Mittelstreckenraketen nahm die Bundesrepublik hin⁸⁴.

Der Führungsstab der Bundeswehr teilte zwar die türkische Auffassung, glaubte sich aber – ganz auf der Linie von Heusinger und Speidel – zusehends befähigt, begrenzte Kriege zu führen⁸⁵. Damit kamen die deutschen Spitzenmilitärs den Intentionen der Kennedy-Administration entgegen. Diese hatte in den Augen des Deutschen Militärischen Vertreters bei der NATO das Bündnis mit einer einseitig entwickelten Strategie überrumpelt, welche den Schwerpunkt jetzt auf Kriegführung statt auf Kriegsverhütung legte – im Gegensatz zu deutschen und selbst britischen Vorstellungen⁸⁶. Tatsächlich waren die Briten nach anfänglichen Vorbehalten ihrer Militärs gegen begrenzte Kriege angesichts der nationalen Verfügung über Atomwaffen auf den amerikanischen Kurs eingeschwenkt⁸⁷. Der Pressesprecher des Bundesverteidigungsministers warf den Strategen der Kennedy-Administration öffentlich gar eine „heimliche Gier nach Krieg“ vor und löste damit im In- und Ausland einen Sturm der Entrüstung aus⁸⁸. Sie war ein Indiz, wie sehr selbst die Entscheidungsträger die bittere Wahrheit über die strategische Lage Kontinentaleuropas verdrängten.

Mit der Tagung des Nordatlantikrates im Mai 1962 zog die Allianz eine vorläufige Bilanz der Auseinandersetzungen zwischen den Atommächten und den exponierten Mitgliedsstaaten, die sich im Ernstfall zunächst auf die konventionel-

⁸³ BA-MA, BW2/20070, Verschlussache; ebenda, BW2/20055, Nordatlantikrat 23. 6. u. 18. 9. 1961; FRUS 1961–1963, Vol 13, S. 283 u. S. 304 f., Gavin an State Dpt., 19. 4. 1961, Finletter an Kennedy, 29. 5. 1961; Nato Archives Brüssel, International Staff (künftig: IS), CD23, PO/61/449, Statement, 26. 4. 1961; ebenda, CD14, C-R(61)23, Nordatlantikrat, 6. 6. 1961; ebenda, CD16, C-R(62)1, Nordatlantikrat, 5. 1. 1962; IMS, CD09, LOSTAN 3771, SG Repr. an SG, 7. 6. 1961, LOSTAN 3856, SG Repr. an SG, 2. 8. 1961.

⁸⁴ BA-MA, BW2/20055, Nordatlantikrat, 31. 10. 1961.

⁸⁵ BA-MA, BW2/2546, FÜ B III an Cds FÜ B, 9. 6. 1961; vgl. Hammerich, Kommiss, in: Ders. u. a., Heer, S. 112–117.

⁸⁶ BA-MA, BL1/1027, DMV (= Deutscher Militärischer Vertreter bei der NATO)-Bericht 1962/I, 15. 4. 1962, S. 25 f., S. 38 f. u. S. 43.

⁸⁷ Vgl. Christoph Bluth, *Britain, Germany, and Western Nuclear Strategy*, Oxford 1995, S. 130–140; Baylis, *Ambiguity*, S. 281, S. 290, S. 300–307 u. S. 332–337.

⁸⁸ Schmückle, *Pauken*, S. 243.

len Kräfte auf ihrem Boden verwiesen sahen⁸⁹. Der niederländische Generalsekretär hatte in Absprache mit Washington eine Beschlussvorlage vorbereitet, um den „German nationalism“ einzuhegen. Offenbar verkannte er die existenzielle Dimension, welche die Sorge vor dem Wackeln der amerikanischen Nukleargarantie und der Anspruch auf nukleare Mitbestimmung für die Deutschen befaßen⁹⁰. Verhandlungsgrundlage war die Garantie der Vereinigten Staaten, mit ihren strategischen Truppen das gesamte auf das Vertragsgebiet gerichtete sowjetische Nuklearpotential abzudecken. Ohnehin könne der SACEUR, so der amerikanische Verteidigungsminister Robert McNamara, nur den kleinsten Teil seiner Nuklearziele mit eigenen Kräften erreichen. Die Allianz solle Kernwaffen nur noch einsetzen, wenn die Sowjetunion selbst unmissverständlich mit Atomwaffen angriff. Diesen Fall schloss McNamara jedoch aus, weil er keine rationale sowjetische Option darstelle. Ein konventioneller Großangriff sollte nach Konsultationen der Bündnispartner mit selektiven Atomschlägen beantwortet werden. Ein begrenzter Angriff sei zunächst konventionell zu bekämpfen. Nur wenn er so nicht zu stoppen sei, sollten nach ausreichenden Konsultationen der Mitgliedsstaaten Kernwaffen eingesetzt werden. Zugleich warnte McNamara, selbst ein selektiver Ersteinsatz der Allianz könne einen umfassenden Vergeltungsschlag des Gegners provozieren. Folgerichtig gelte es, die konventionellen Fähigkeiten im frontnahen Bereich zu verstärken. Nur so könne man verhindern, dass die Sowjets konventionelle Handstreichs in jenem Zeitfenster durchführten, das sich zwischen der Wahrnehmung von Ziel und Umfang einer sowjetischen Aggression durch das Bündnis und dessen Entscheidung über den Einstieg in den Kernwaffeneinsatz auftrat. Die Vereinigten Staaten sicherten schließlich zu, vor dem Einsatz von Atomwaffen außerhalb des Bündnisgebietes den Nordatlantikrat zu konsultieren. Eine echte nukleare Mitbestimmung über den Einsatz der zu 90 Prozent außerhalb Europas stationierten nuklearen Gegenschlagskräfte („second-strike forces“) des Bündnisses schloss McNamara jedoch aus. Im Gegenteil unterstrich er die „indivisibility of control“ durch den amerikanischen Präsidenten. Aus diesem Grund zweifelte er – wie im Übrigen auch Kennedy – an der Praktikabilität immer kleinerer nuklearer Gefechtsfeldwaffen. Die Allianz beschloss, die skizzierten Grundsätze als „Athener Richtlinie“ in den „Emergency Defence Plan“ des SACEUR aufzunehmen⁹¹. Als einziges Mitglied lehnte Frankreich den

⁸⁹ Vgl. Haftendorn, Kernwaffen, S. 37–40; Heuser, NATO, S. 11–13; Soutou, Alliance, S. 214–221; Pommerin/Steinhoff, Strategiewechsel, S. 92–100; Tuschhoff, Deutschland, S. 216–221; Gablik, Planungen, S. 263 f.; Tuschhoff, Deutschland, S. 171–178; US Nuclear Strategy. A Reader, hrsg. von Philip Bobbitt u. a., Houndmills u. a. 1989, S. 205–222.

⁹⁰ Vgl. FRUS 1961–63, Vol 13, S. 358–360, S. 362–364 (Zitat S. 363) u. S. 452 f., Gespräch zwischen McNamara, Stikker u. a., 5. 2. 1962, Gespräch zwischen Kennedy, Stikker u. a., 6. 2. 1962, Gespräch zwischen Kennedy, Adenauer u. a., 14. 11. 1962; IS, CD15, C-M(62)48, Special Report, 17. 4. 1962.

⁹¹ IS, CD16, C-R(62)23, C-R(62)25, Nordatlantikrat 5. 5. 1962; ebenda, CD15, C-M(62)55, Statement McNamara, 5. 5. 1962 (Zitate); SHAPE History, 1960–1965, Vol 1, S. 55–57; FRUS 1961–1963, Vol 13, S. 380, Gespräch zwischen Kennedy, Rusk, McNamara u. a., 16. 4. 1962.

Beschluss ab. In seinen Augen verwehrten die Angelsachsen den Europäern eine eigene strategische Abschreckung⁹².

Mit MC 100 vom 24. Januar 1963⁹³ lieferte der Militärausschuss die zur „Athen-er Richtlinie“ passende Bedrohungsanalyse nach. Die Standing Group entwarf mit MC 100/1 bis Jahresende darauf aufbauende, neue strategische Grundsätze. Ein von den Sowjets bewusst vom Zaun gebrochener umfassender Atomkrieg galt jetzt als nahezu ausgeschlossen. Dagegen drohten begrenzte Aggressionen. Vor allem West-Berlin sowie Skandinavien und die Türkei galten als gefährdet. Könne die Allianz darauf ausschließlich durch Eröffnung des allgemeinen Atomkrieges reagieren, verliere sie angesichts der selbstzerstörerischen Konsequenzen ihre Glaubwürdigkeit. Um dem Gegner zuverlässige Annahmen über die voraussichtlichen Reaktionen der NATO zu verwehren, sollte die NATO in die Lage versetzt werden, alle Formen von Aggressionen ebenso angemessen wie wirkungsvoll zu beantworten. Zwar wurde eine nukleare Selbstbeschränkung des Bündnisses verworfen. Allerdings sollten vor einem Kernwaffeneinsatz die politischen, wirtschaftlichen und konventionell-militärischen („lesser military actions“) Möglichkeiten ausgeschöpft werden. Ein Stolperdraht mit schwachen konventionellen Kräften am Eisernen Vorhang sei ebenso unangemessen wie eine rein konventionelle Strategie, welche das Bündnis wirtschaftlich überfordere. Folgerichtig bildeten „nationally controlled external strategic nuclear forces“ und „nuclear forces under NATO commanders“ weiter den Kern der westlichen Abschreckung.

Frankreich vermisste klare Kriterien, nach denen umfassende von begrenzten Angriffen zu unterscheiden waren. Das lasse „too much room for ambiguity and indecision“. Dabei sei die Bandbreite möglicher Optionen für die Nationen in Mitteleuropa erheblich schmäler als für die USA. In der Konsequenz sollte der Begriff der „limited aggression“ durch den der „local aggression“ ersetzt werden. In diesem Fall sahen freilich auch die bislang gültigen strategischen Dokumente konventionelles Vorgehen vor. Nach französischer Auffassung erforderte die Glaubwürdigkeit, dass bei aller Flexibilität der operativen Pläne diese ein erkennbares Maß an Automatik in der Durchführung besitzen müssten. Dem Gegner sei unmissverständlich zu signalisieren, wie groß sein Risiko ab einem bestimmten Punkt sei. Es war mithin weniger die Flexibilität der Reaktion als die Idee des begrenzten Krieges, welche die Franzosen ablehnten⁹⁴. In eine ähnliche Richtung zielte die türkische Sorge, Flexibilität münde am Ende in verzögerte politische Entscheidungen und in militärisch fatale Zeitverluste. Die Bundesregierung lehnte eine lange konventionelle Phase ebenfalls ab. Sie unterstützte gleichwohl den Entwurf. Die Amerikaner hatten gehofft, die Deutschen würden sich mit der neuen Strategie befreunden, wenn ihrem Wunsch nach Verteidigung möglichst nahe der innerdeutschen Grenze Rechnung getragen werde. Dieses Kalkül war aufgegan-

⁹² Vgl. DDF 1962, t 2, S. 31–33, Gespräch zwischen de Gaulle und Adenauer, 4. 7. 1962.

⁹³ IMS, CD10, MC 100 (Military Decision), 24. 1. 1963; SHAPE History, 1967, Vol. 2, S. 89 f.; vgl. Gregory Pedlow, The Evolution of NATO Strategy, 1949–1969, in: Ders. (Hrsg.), NATO Strategy, S. IX–XXV, hier S. XXIII.

⁹⁴ Vgl. auch Bozo, Strategies, S. 127 u. S. 150 f.

gen⁹⁵. Bonn hatte offenkundig keine Chance gesehen, gemeinsam mit anderen exponierten Staaten eine Gegenposition gegen die Vereinigten Staaten aufzubauen.

Im Auswärtigen Amt erkannte man rasch, dass mit dem Einschwenken auf die amerikanische Linie wenig gewonnen war⁹⁶. Ein verspäteter Atomwaffeneinsatz, nachdem die Bundesrepublik bereits konventionell überrollt worden war, galt im Führungsstab der Bundeswehr weiter als „Schreckenszenario“⁹⁷. Versagte die konventionelle Abwehr, sollten früh selektiv militärische Ziele im Bereich der begrenzten Aggression nuklear angegriffen werden. Das Risiko einer Eskalation in den allgemeinen Atomkrieg wurde damit wahrscheinlicher. Die Allianz musste daher die Nuklearkriegsfähigkeit ihrer Schildstreitkräfte auch während einer konventionellen Eröffnungsphase sicherstellen. Andernfalls begab sie sich hinsichtlich einer umfassenden nuklearen Vergeltung in vollständige Abhängigkeit von den strategischen Luft- und Seestreitkräften der Amerikaner und Briten. Praktisch bedeutete dies, dass die Luftstreitkräfte der Allianz zunächst Ziele und Umfang eines Angriffs aufzuklären hatten. Neues Gewicht erhielt die Luftunterstützung der eigenen Bodentruppen. Problematisch wurde dagegen das bislang dominierende „counter air“, der Angriff auf die Einrichtungen der gegnerischen Luftstreitkräfte am Boden. Die Luftverteidigung des Bündnisses vermochte die eigenen Kräfte und Einrichtungen nicht hinreichend zu schützen. Solange der Gegner jedoch einen begrenzten Angriff wirkungsvoll aus der Luft unterstützten konnte, wurden die eigenen Landstreitkräfte erheblich behindert. Folglich mussten die eigenen Luftstreitkräfte die Fähigkeit besitzen, konventionelle Operationen gegen alle Kräfte und Einrichtungen des Gegners vorzutragen, die an einem begrenzten Angriff beteiligt waren. Allerdings sollten dadurch „NATO's nuclear capabilities [...] not be eroded to ineffectiveness“. Die Luftangriffsverbände durften sich nicht so weit in konventionellen Operationen verschleißen, dass sie am Ende keine Atomschläge mehr ausführen konnten. Das hätte den SACEUR seiner ultima ratio beraubt. Diese war jedoch auch für die Autoren der MC 100/1 ausschlaggebend; sei doch „the major deterrent to limited aggression [...] the danger of escalation“. Sie räumten im Übrigen ein, dass konventionelles counter air auch die gegnerischen Nukleareinheiten bedrohe, was ebenfalls die Gefahr der Eskalation berge. Man tröstete sich mit dem weitaus höheren Risiko der Eskalation, wenn die für ein wirksames counter air erforderlichen konventionellen Fähigkeiten fehlten und das Bündnis daher rasch Atomwaffen einsetzen müsse⁹⁸.

Die Vieldeutigkeit der MC 100/1 hätte einen deutsch-französischen Kompromiss ermöglicht, den de Gaulle jedoch blockierte. Daher wollte der Vorsitzende der

⁹⁵ IMS, CD10, MC 100/1 (Draft), 3. 5. 1963; ebenda, MC 100/1 (Draft), 11. 9. 1963; ebenda, CD15, SGM-517-63, SG, 27. 11. 1963 nebst Einschlüssen; DDF 1963, t 2, S. 585 f., Note, 7. 12. 1963; AAP 1964, S. 1105, Vermerk Carstens, 3. 10. 1964; FRUS 1961–1963, Vol 13, S. 368–373, Taylor an Kennedy, 3. 4. 1962.

⁹⁶ Vgl. AAP 1964, S. 1168 f., Vermerk Frank, 21. 10. 1964.

⁹⁷ Hammerich, Kommiss, in: Ders. u. a., Heer, S. 116.

⁹⁸ IMS, CD10, MC 100/1 (Draft), 3. 5. 1963; ebenda, MC 100/1 (Draft), 11. 9. 1963 (Zitate); ebenda, CD15, SGM-517-63, SG, 27. 11. 1963 nebst Einschlüssen (Zitate); DDF 1963, t 2, S. 585 f., Note, 7. 12. 1963; AAP 1964, S. 1105, Vermerk Carstens, 3. 10. 1964.

Standing Group den Entwurf nicht zum Strategiedokument adeln; und am Ende ließen ihn auch die Amerikaner fallen⁹⁹. Bei aller Kritik an MC 100/1 teilte de Gaulle die angelsächsische Sicht der Bundesrepublik als „forward area“. Er unterschied ebenfalls den allgemeinen Atomkrieg von einem Konflikt unterhalb dieser Schwelle. Nur die „battle in Germany“ werde integriert geführt werden. Danach stünden Frankreich, Großbritannien und die übrigen europäischen Länder für sich selbst. Gleichzeitig deutete er jedoch eine strategische Reserve an, mit der die „national entity“ gewahrt werden sollte¹⁰⁰. Das konnte nach Lage der Dinge nur die angestrebte Bombe sein. Zum Leidwesen Bonner Politiker galt de Gaulle die integrierte Militärorganisation in letzter Instanz nur als Vorfeldveranstaltung, die er schon mittelfristig zugunsten einer Art Koalitionskriegführung unter deutschem bzw. französischem Kommando aufgeben wollte¹⁰¹. Auch ohne den Segen des Bündnisses für MC 100/1 zeigte die Tagung des Nordatlantikrates im Mai 1963, dass sogar die Türken das neue strategische Paradigma eines zunächst konventionell geführten und auf das Territorium der Deutschen, Skandinavien, Italiener und Türken begrenzten Krieges geschluckt hatten. Das Bündnis plante einen konventionellen Eingreifverband zur Verstärkung der Flankendeckung. Offenkundig dämpfte das die Sorgen der Europäer, dass die angelsächsischen See- und Luftmächte in der rückwärtigen Position mehr oder minder autonom über den Zeitpunkt entschieden, zu dem sie mit dem Einsatz von Atomwaffen das Risiko der nuklearen Verwüstung der eigenen Länder eingingen¹⁰². Bundesverteidigungsminister Kai-Uwe von Hassell stimmte in die Kritik an der vermeintlich fehlenden Glaubwürdigkeit der gültigen Strategie ein¹⁰³. Dagegen urteilte der Deutsche Militärische Vertreter, Luftwaffengeneral Johannes Steinhoff, nüchtern, es sei dem Verteidigungsminister McNamara gelungen, die gültige NATO-Strategie aufzuweichen und durch die Athener Richtlinien in Teilen „außer Kraft“ zu setzen¹⁰⁴. Letztlich

⁹⁹ IMS, CD15, SGM-407-63, SG an SACEUR u. a., 19. 9. 1963, Einschluss 1: Statement, 16. 9. 1963; DDF 1963, t 2, S. 436 f., S. 442 f. u. S. 576 f., Direktive, 25. 10. 1963, Note, 28. 10. 1963, Gespräch zwischen Couve de Murville und Bohlen u. a., 30. 11. 1963; SHAPE History, 1967, Vol 2, S. 90 f.; vgl. Gablik, Planungen, S. 366 f.; Haftendorn, Kernwaffen, S. 47–51 u. S. 192–195; Pedlow, Evolution, in: Ders. (Hrsg.), NATO Strategy, S. XXIIIff.; Pommerin/Steinhoff, Strategiewechsel, S. 174; Soutou, Alliance, S. 267 f.

¹⁰⁰ FRUS 1958–1960, Vol 7/1, Washington 1993, S. 567, Gespräch zwischen de Gaulle, Norstad u. a., 21. 1. 1960.

¹⁰¹ Vgl. DDF 1963, t 1, S. 98 f.; AAP 1963, S. 120 f., Gespräch zwischen Adenauer und de Gaulle, 21. 1. 1963; AAP 1964, S. 246 f., Dt.-frz. Regierungsbesprechung, 15. 2. 1964; AAP 1965, S. 1018, Gespräch Erhard und de Gaulle, 11. 6. 1965; Lappenküper, Beziehungen, S. 1659–1661 u. S. 186 f.; Schmückle, Pauken, S. 214; Soutou, Alliance, S. 248 f., und dagegen Bozo, Strategies, S. 50–53 u. bes. S. 133.

¹⁰² IS, CD18, C-R(63)27f., Nordatlantikrat, 22. 5. 1963; AAP 1963, S. 64 f., Schmöller an AA, 12. 1. 1963; AAP 1965, S. 1516, Vermerk II A 7, 27. 9. 1965.

¹⁰³ Vgl. Mark Speich, Kai-Uwe v. Hassel – Eine politische Biographie, Diss. Bonn 2001, S. 267 u. S. 273 f.

¹⁰⁴ BA-MA, BL1/1753, Steinhoff an Panitzki, 15. 3. 1963. Vgl. dagegen die positivere Wahrnehmung des Außenministers Schröder vom 4. 8. 1964, in: AAP 1964, bes. S. 936 f.

teilte selbst der Bundeskanzler diese Sicht¹⁰⁵. Die Konsequenz, die de Gaulle schon 1961 gezogen hatte, war kaum von der Hand zu weisen: Die Amerikaner würden die nukleare Eskalation möglichst lange vermeiden und sie im Zweifel auf Europa begrenzen wollen. Präsident Kennedys Dementi überzeugte nicht – im Gegenteil¹⁰⁶. Der General warnte Adenauer gar vor einem stillschweigenden Einvernehmen („tacite accord“) der Supermächte, keine Atomwaffen einzusetzen. Der Kanzler konterte – bei allem Misstrauen gegen Washington – mit der Annahme, dass die Amerikaner sich kaum ein kommunistisches Westeuropa würden leisten können¹⁰⁷.

Erfahrungen aus der Berlin- und der Kuba-Krise (1958 bis 1962) sollten die Idee des begrenzten Krieges plausibel machen¹⁰⁸. Chruschtschow hatte den Aufbau der EWG in Verbindung mit der Ausstattung der Bundeswehr mit Kernwaffenträgern als Bedrohung zumindest seines osteuropäischen Herrschaftsbereiches wahrgenommen. Er reagierte mit seinem Berlin-Ultimatum. Beide Seiten waren sich im Klaren, dass konventionelle Truppen allenfalls als Mittel des Nervenkrieges taugten, die einer militärischen Auseinandersetzung vorangingen. Brach diese erst einmal aus, eskalierte sie zwangsläufig in einen nuklearen Schlagabtausch. Die operative Planung des Warschauer Paktes zielte denn auch seit der Berlinkrise auf ein offensives Vorgehen gegen Westeuropa unter massivem Einsatz von Kernwaffen. Das Risiko, den nuklearen Automatismus auszulösen – den die Strike Plans verbürgten, dämpfte auf beiden Seiten den Drang zu übertriebenem Säbelrasseln. Dennoch geriet der in Wahrheit stabilitätsstiftende nukleare Automatismus bei den britischen und amerikanischen Staatsmännern in Verruf. Plötzlich stand nämlich die Frage im Raum: Mourir pour Berlin? Am Ende akzeptierten die Westmächte, dass Ost-Berlin abgeriegelt und damit die DDR stabilisiert wurde. Die Sowjetunion ihrerseits tastete den Status quo West-Berlins nicht an¹⁰⁹. In Kuba versuchte die Sowjetunion, mit ihrem Kontrahenten auf strategischer

¹⁰⁵ Vgl. AAP 1963, S. 112, Gespräch zwischen Adenauer und de Gaulle, 21. 1. 1963.

¹⁰⁶ Vgl. DDF 1961, t 1, S. 690, S. 693, S. 695 f. u. S. 704 f., Gespräch zwischen de Gaulle und Kennedy, 1. 6. 1961; FRUS 1961–1963, Vol. 13, S. 309–316 u. S. 665–667, Kennedy/de Gaulle, 1. u. 2. 6. 1961; Schmitt, Frankreich, S. 124–126; Soutou, Alliance, S. 184.

¹⁰⁷ DDF 1962, t 2, S. 42 f. (Zitat), Gespräch zwischen de Gaulle und Adenauer u. a., 5. 7. 1962; vgl. ebenda, S. 181–184, Gespräch zwischen de Gaulle und Adenauer, 6. 9. 1962; DDF 1963, t 1, S. 92 f., Gespräch zwischen de Gaulle und Adenauer, 21. 1. 1963; AAP 1963, S. 697 u. S. 1205–1207, Gespräch zwischen Adenauer und de Gaulle, 4. 7. u. 22. 9. 1963.

¹⁰⁸ Vgl. DDF 1963, t 2, S. 255, Alphant an Couve de Murville, 11. 9. 1963.

¹⁰⁹ Vgl. Vojtech Mastny, Imagining war in Europe. Soviet strategic planning, in: Ders. u. a. (Hrsg.), War Plans and Alliances, S. 15–45, hier S. 23–29; Rolf Steininger, Der Mauerbau. Die Westmächte und Adenauer in der Berlinkrise 1958–1963, München 2001, S. 98–107 u. S. 359–365; Bruno Thoß, Information, Persuasion, or Consultation? The Western Powers and NATO during the Berlin Crisis, 1958–1962, in: Nuenlist/Locher (Hrsg.), Transatlantic Relations, S. 73–94; Matthias Uhl, Storming on to Paris. The 1961 Buria exercise and the planned solution of the Berlin crisis, in: Mastny u. a. (Hrsg.), War Plans and Alliances, S. 46–71, hier S. 52–58; Besson, Außenpolitik, S. 210–217, S. 232 u. S. 261–266; Hammerich, Kommiss, in: Ders. u. a., Heer, S. 129–131; Hoppe, Teilhabe, S. 57–64; Jordan, Norstad, S. 136 f., Münger, Kennedy, S. 74–82 u. S. 87–92.

Ebene gleichzuziehen. Vom Territorium eines Verbündeten aus sollte das amerikanische Staatsgebiet bedroht werden. Zum Rückzug veranlasste Chruschtschow einzig die Angst, die Automatik des atomaren Schlagabtausches und der wechselseitigen Vernichtung auszulösen. Kennedy honorierte das Einlenken durch den Abzug amerikanischer Mittelstreckenraketen aus der Türkei und Italien. In das Krisenmanagement waren diese Länder freilich ebenso wenig einbezogen worden wie die übrigen NATO-Partner, abgesehen vielleicht von Großbritannien. Dafür verzeichneten beide Staatenlenker eine bemerkenswerte Eigendynamik ihrer nationalen Sicherheitsapparate. Sie sprach gegen die fortschreitende Dezentralisierung nuklearer Entscheidungsbefugnisse. Das Atomtestsperrabkommen von 1963 – dem Bundeskanzler nach dem „Motto ‚Vogel friss oder stirb‘“ serviert¹¹⁰ – besiegelte das Ergebnis des Kräftemessens. Kein Wunder, dass de Gaulle seine Skepsis gegenüber nuklearer Mitwirkung bestätigt sah¹¹¹. In beiden Krisen hatten konventionelle Kräfte gerade keine tragende Rolle gespielt. Freilich hatten die amerikanischen Politiker erkannt, dass sie um der Glaubwürdigkeit der gültigen NATO-Strategie im Zeichen des atomaren Patts willen genau dasselbe Risiko eingehen mussten wie ihre exponiertesten Verbündeten. Präsident Kennedy war dazu nicht bereit. Er wollte die strategischen Kernwaffen aus der im Grundsatz anhaltenden Konfrontation mit der Sowjetunion ausblenden¹¹². Dafür sollte den Verbündeten im Glacis ein höheres Risiko aufgebürdet werden als den angelsächsischen Festungen.

Diesem Ziel diene neben der Aufweichung der Bündnisstrategie die Politik des Kernwaffentestverbots und der Nichtverbreitung. Kaum hatte die Eisenhower-Administration den Briten 1957/58 bevorzugte nukleare Teilhabe eingeräumt, befürworteten auch sie Testverbote und signalisierten den Sowjets Entgegenkommen in der Berlinkrise¹¹³. Washington verweigerte den Franzosen nukleare Gleichberechtigung, da man diese andernfalls den Deutschen nicht werde auf Dauer verwehren können. Alle drei waren sich freilich mit den Sowjets darin einig, den Deutschen keine Verfügung über Kernwaffen zuzugestehen¹¹⁴. Anders als London steuerte de Gaulle in Berlin einen kompromisslosen Kurs. Er tat dies

¹¹⁰ AAP 1963, S. 860, Gespräch zwischen Adenauer und McNamara, 31. 7. 1963; vgl. ebenda, S. 1200 u. S. 1217–1220, Gespräch zwischen Adenauer und de Gaulle, 21. 9. 1963, Gespräch zwischen Schröder und Kennedy, 24. 9. 1963.

¹¹¹ Vgl. Harald Biermann, Die Streitkräfte der USA während der Kubakrise, in: Vor dem Abgrund. Die Streitkräfte der USA und der UdSSR sowie ihrer deutschen Bündnispartner in der Kubakrise, hrsg. von Dimitrij N. Filippovych und Matthias Uhl, München 2005, S. 11–25; Richard M. Pious, The Cuban Missile Crisis and the Limits of Crisis Management, in: Political Science Quarterly 116 (2001), S. 81–105; Bozo, Strategies, S. 86; Gavin, Myth, S. 853 f. u. S. 864; Münger, Kennedy, S. 202–228, S. 230 f. u. S. 306–315.

¹¹² Vgl. Harald Biermann, John F. Kennedy und der Kalte Krieg. Die Außenpolitik der USA und die Grenzen der Glaubwürdigkeit, Paderborn u. a. 1997, S. 210 f., S. 267–269 u. S. 271.

¹¹³ Vgl. Melissen, Struggle, S. 38 f., S. 42–49 u. S. 53 f.; Matthias Küntzel, Bonn und die Bombe. Deutsche Atomwaffenpolitik von Adenauer bis Brandt, Frankfurt a. M./New York 1992, S. 58–62 u. S. 66–69; Baylis, Ambiguity, S. 338–340; Schrafstetter/Twigge, Armageddon, S. 96–99 u. S. 102–107; Dietl, Emanzipation, Bd. I, S. 418–421.

¹¹⁴ Vgl. Schmitt, Frankreich, S. 133–136; Schrafstetter/Twigge, Armageddon, S. 108–114.

nicht aus Liebe zu den Berlinern, sondern aus Sorge vor einem angelsächsisch-sowjetischen Arrangement über seinen Kopf hinweg¹¹⁵. Gleichwohl erschien dem greisen Kanzler der alte General bald als berechenbarer denn der junge amerikanische Präsident. Kein Wunder, denn Kennedy stellte das „Empire by invitation“ und die „Hegemonie durch Integration“¹¹⁶ in Frage, mit denen die Vereinigten Staaten seit 1947 der sowjetischen Herausforderung begegnet waren. Ein wirtschaftlich stabiles und politisch geeintes Westeuropa – einschließlich der darin fest verankerten Westdeutschen – unter der von den Europäern selbst gewollten amerikanischen Führung hatte neben Großbritannien und Kanada stets als Grundlage globaler amerikanischer Machtprojektion gegolten. Wenn die Vereinigten Staaten jetzt Zweifel an ihrer Bereitschaft nährten, jeden massiven sowjetischen Übergriff auf Westeuropa unverzüglich nuklear zu vergelten, stellte sich zwangsläufig die Frage nach einer europäischen Alternative zur transatlantischen Sicherheitsgemeinschaft. Genau diese Karte spielte De Gaulle aus.

5. Die Bündniskrise – verpasste Chance für eine europäische Nuklearstrategie?

1961 versuchte de Gaulle, die Mitglieder der Sechsergemeinschaft auf die politische Zusammenarbeit der Nationalstaaten einzuschwören. Neben der Außen- und Wirtschaftspolitik sollten die Regierungen künftig auch ihre Sicherheitspolitik koordinieren. Die Beneluxstaaten und selbst Italien wähten, Paris wolle die Substanz von EWG und NATO seinen Hegemonialbestrebungen opfern. Eine „communauté stratégique“¹¹⁷ in den Farben der Trikolore war für sie unannehmbar. Der britische Antrag, der EWG beizutreten, kam den Beneluxstaaten gerade recht. Vor dem Beitritt Londons wollten sie nicht über die französischen Pläne verhandeln. Damit war der Anlauf des Generals bereits im Frühjahr 1962 gescheitert. Denn eine britische Mitgliedschaft vertrug sich kaum mit einer französischen Führungsrolle. De Gaulle konzentrierte sich nun auf Adenauer¹¹⁸. Aufmerksam hatte Paris nach dem NATO-Gipfel vom Mai 1962 die wachsende Sorge der Deutschen vor dem sinkenden Wert der amerikanischen Sicherheitsgarantien registriert¹¹⁹.

¹¹⁵ Vgl. Eckart Conze, Die gaullistische Herausforderung. Die deutsch-französischen Beziehungen in der amerikanischen Europapolitik 1958–1963, München 1995, S. 79–87; Besson, Außenpolitik, S. 223–226 u. S. 238 f.; Bozo, Strategies, S. 32–34; Lappenküper, Beziehungen, S. 1247–1253 u. S. 1411–1435; Soutou, Alliance, S. 146 f.

¹¹⁶ Vgl. Geir Lundestad, The United States and Western Europe since 1945. From “Empire by Invitation” to Transatlantic Drift, Oxford/New York 2003; Eckart Conze, Hegemonie durch Integration? Die amerikanische Europapolitik und ihre Herausforderung durch de Gaulle, in: VfZ 43 (1995), S. 297–340.

¹¹⁷ Soutou, Alliance, S. 166.

¹¹⁸ Vgl. Dietl, Emanzipation, Bd. II, S. 194 f. u. S. 209–213; Lappenküper, Beziehungen, S. 1487–1496, S. 1510–1535, S. 1539–1551, S. 1554–1602, S. 1742–1744, S. 1753–1756 u. S. 1760 f.; Soutou, Alliance, S. 186, S. 188, S. 194 f. u. S. 258.

¹¹⁹ Vgl. Münger, Kennedy, S. 164 f. u. S. 186–190; Soutou, Alliance, S. 177 f. u. S. 181 f.

Am 19. Dezember 1962 sagten die Vereinigten Staaten dem Vereinigten Königreich die Lieferung moderner Mittelstreckenraketen zu. Sie sollten mit britischen Atomsprengköpfen bestückt auf vier britische Unterseeboote verteilt werden. Damit verfügten die Briten Ende der 1960er Jahre über ein eigenes nuklearstrategisches Potential. Ihre Zusicherung, es in eine künftige Nuklearstreitmacht der NATO einzubringen, blieb in der praktischen Bedeutung umstritten. Letztlich behielt sich die britische Regierung die nationale Verfügung vor, was ihren Bürgern den angestrebten Beitritt zur EWG erleichtern sollte. De Gaulle wählte hinter der zwiespältigen britischen Außenpolitik – wirtschaftlich mit den Europäern, militärisch mit den Amerikanern – das amerikanische Bestreben, mit britischer Hilfe die Dominanz über das westliche Lager zu stabilisieren. Am 14. Januar 1963 verkündete er sein Veto gegen den Beitritt der Briten zur EWG¹²⁰. Damit platzte die diplomatische Seifenblase einer transatlantischen Gemeinschaft auf der Grundlage von NATO und OECD. Kennedy hatte sie 1962 eilig als Gegenangebot an die Partner de Gaulles, namentlich an die Deutschen, in die Luft gezaubert. Eine um die Briten erweiterte EWG sollte ihre Außenzölle senken. Das versprach bessere Zugangschancen für amerikanische Waren auf einem großen europäischen Markt und die Entspannung des amerikanischen Zahlungsbilanzdefizits. Die MLF hatte im Übrigen gleichfalls den Charme, maßgeblich von den Europäern selbst finanziert zu werden. Die Vereinigten Staaten wollten nicht nur die strategischen Risiken des Bündnisses, sondern auch die Kosten ihrer Rolle als dessen Vormacht reduzieren¹²¹.

Am 22. Januar 1963 unterzeichneten de Gaulle und Adenauer den Elysée-Vertrag über eine bilaterale Zusammenarbeit. Sein Kern war die Sicherheitspolitik. Neben deren Koordination war an die Integration von Strategie und Taktik, an den Austausch ganzer militärischer Einheiten und an intensive Rüstungskooperation gedacht. Präsident Kennedy hatte also allen Grund, mit einer deutsch-französischen Nuklearkooperation zu rechnen, die er als gegen sein Land gerichtet empfand. Er reagierte mit politischem Druck, der selbst in den NATO-Stäben noch zu spüren war¹²². Washington mobilisierte die Bonner Atlantiker. Diese – unter ihnen Außenminister Gerhard Schröder und Wirtschaftsminister Ludwig Erhard – unterstellten den deutschen Gaullisten, die unsicheren Garantien der Supermacht gegen die letztlich ebenso vagen wie vorläufig substanzlosen Ange-

¹²⁰ Vgl. Baylis, *Ambiguity*, S. 320–326 u. S. 355–358; Dietl, *Emanzipation*, Bd. II, S. 255–281; Lapenküper, *Beziehungen*, S. 1762–1772; Münger, *Kennedy*, S. 244–249; Schmitt, *Frankreich*, S. 145–156; Soutou, *Alliance*, S. 232–234. Oliver Bange, *The EEC crisis of 1963*. Kennedy, Macmillan, de Gaulle and Adenauer in Conflict, Houndmills u. a. 2000, S. 47–51 u. S. 73–78, nimmt an, dass Kennedy zu einem ähnlichen Arrangement mit Frankreich bereit gewesen sei.

¹²¹ Vgl. Feffrey G. Giauque, *The United States and the Political Union of Western Europe, 1958–1963*, in: *Contemporary European History* 9 (2000), S. 93–110; Pascaline Winand, *Eisenhower, Kennedy and the United States of Europe*, New York ²1996, S. 161–181, S. 190–195, S. 198–201 u. S. 252–256; Bange, *EEC*, S. 132–134; Bozo, *Strategies*, S. 79–82; Conze, *Hegemonie*, S. 322–333; ders., *Herausforderung*, S. 169–173, S. 227–238 u. S. 253–258; Dietl, *Emanzipation*, Bd. II, S. 287–291; Zimmermann, *Money*, S. 122–126.

¹²² BA-MA, BL1/8549, Verschlussachsen.

bote des französischen Nachbarn eintauschen zu wollen. Tatsächlich war Bundesverteidigungsminister Strauß 1962 bei seinem französischen Kollegen abgeblitzt, als er erneut eine gemeinsame Bombe ventilierte. Der Bundestag stellte dem Elysée-Vertrag schließlich eine Präambel voran, die dem Verhältnis zu den Vereinigten Staaten und der Treue zur NATO Vorrang einräumte sowie obendrein den Briten die Chance zu einem EWG-Beitritt offen hielt. In der Konsequenz machte spätestens die Weigerung, die französischen Truppen in Süddeutschland im Zuge der „Vorneverteidigung“ nach Osten zu verlegen, das vorläufige Scheitern der deutsch-französischen Sicherheitspartnerschaft augenfällig¹²³.

Washington forcierte jetzt die MLF. Während die Atomkräfte ihre Zweitschlagkapazität zusehends auf Unterseeboote stützten, waren 200 Mittelstreckenraketen auf gemischt bemannten Überwasserschiffen vorgesehen. Die Atomsprenkköpfe sollten – wie die an Land – unter Aufsicht eines amerikanischen Kustodialteams bleiben. Damit besaßen die Vereinigten Staaten eine Sperrminorität gegen die mit Stimmenmehrheit zu entscheidende Einsatzentscheidung. Die Briten konterten mit dem Vorschlag einer Zusammenfassung der bestehenden nationalen Strike-Verbände zu Wasser und in der Luft zu einer nicht integrierten, sondern nur operativ koordinierten „Inter-Allied Nuclear Force“ (IANF). Als bündniskonforme Lösung fand sie rasch Anklang in der NATO. Die Deutschen akzeptierten sie jedoch nur als Übergangslösung; zumal der britische Vorschlag einen dauerhaften Kernwaffenverzicht implizierte. Das zusätzliche Nuklearpotential der MLF war vergleichsweise unbedeutend und eine Mehrheitsentscheidung über dessen Einsatz eher lebensfremd. Die vom Bundesverteidigungsministerium angestrebte „pre-delegation“ für den SACEUR, also eine Einsatzermächtigung vorab, war in den Verhandlungen nicht aufgegriffen worden. Bundesaußenminister Schröder hoffte, die MLF werde die gegen Europa gerichteten sowjetischen Mittelstreckenraketen ausgleichen. Er wollte das Glacis wieder mit der Festung verknüpfen. Freilich konnte er seinem französischen Kollegen nicht erklären, inwiefern die MLF bei fortbestehender amerikanischer Einsatzentscheidung die bisherige Situation veränderte. Der im November 1963 neu gewählte Bundeskanzler Erhard sah die Chance, in einen Prozess der nuklearen Teilhabe einzusteigen. Dieser sollte – mit lauwarmer Billigung Washingtons, aber von London vehement abgelehnt – langfristig in eine autonome europäische Atomstreitmacht münden. Bonn wollte die Nichtverbreitungspolitik der Vereinigten Staaten unterlaufen, während diese gerade umgekehrt den Deutschen den dauerhaften Verzicht auf Kernwaffen schmackhaft zu machen hoffte¹²⁴.

¹²³ Vgl. Bange, EEC, S. 144–146 u. S. 148–150; Besson, Außenpolitik, S. 301–303; Bozo, Strategies, S. 83 f. u. S. 131 f.; Conze, Herausforderung, S. 258–260, S. 266–276 u. S. 284–288; Lappenküper, Beziehungen, S. 1775–1781, S. 1786 f. u. S. 1789–1822; Münger, Kennedy, S. 287–289; Soutou, Alliance, S. 204 f., S. 221–224, S. 241–244, S. 246 f. u. S. 269–271; Trachtenberg, Peace, S. 371–377, sowie differenziert zu Atlantikern versus Gaullisten Conze, Staatsräson, in: Lehmkuhl u. a. (Hrsg.), Deutschland, S. 210–226.

¹²⁴ Vgl. DDF 1964, t 2, S. 480 u. S. 546 f., Alphan d an Couve de Murville, 21. 11. 1964, Couve de Murville an de Margerie, 14. 12. 1964; AAP 1964, S. 71, S. 1476 f. u. S. 1504 f., Dt.-Brit. Besprechungen, 16. 1. 1964, Gespräch zwischen Schröder und Couve de Murville, 9. 12. 1964,

Die innere Verwandtschaft zwischen MLF, EVG und EURATOM lag in der amerikanischen Absicht, über transnationale Veranstaltungen den amerikanischen Einfluss auf die Bündnispartner zu stärken¹²⁵. De Gaulle sah, dass die Amerikaner unter anderen Vorzeichen das Gleiche vorhatten wie er selbst, nämlich die Deutschen zum Instrument ihrer Hegemonialbestrebungen zu machen. Als Bonn einen bilateralen Alleingang mit den Vereinigten Staaten erwog, drohte er nicht nur mit dem Ende der Sechsergemeinschaft. Sein Wink mit deutschlandpolitischen Konsequenzen traf die Bonner Regierung an der Achillesferse ihrer Außenpolitik, dem Alleinvertretungsanspruch. Lyndon B. Johnson ließ die MLF im Dezember 1964 fallen. Sie hatte – noch schneller als weiland die EVG – mehr Konflikt als Kohäsion im Bündnis bewirkt. Die Regierung Erhard hielt dennoch bis Sommer 1966 an dem Projekt fest¹²⁶.

Der europäischen Zusammenarbeit fehlte ein konstitutives Element – die europäische Verteidigungsidentität. Diese langfristig zu vermeiden war in den Augen von Strauß geradezu das amerikanische Hauptanliegen hinter dem MLF-Projekt; zumal in der Verbindung von MLF und Kernwaffensperrvertrag. Der Traum des ehemaligen Verteidigungsministers galt der Fusion der britischen und französischen Kernwaffen zu einem europäischen Atompotential als Unterpfand verlässlicher europäischer und deutscher Sicherheit im Rahmen der Allianz. Dass der Aufbau einer von den Amerikanern unabhängigen Nuklearstreitmacht Hand in Hand zu gehen hatte mit der Entwicklung der politischen Union, war Strauß bewusst¹²⁷. Sein Nachfolger von Hassel lehnte solche Visionen strikt ab. Er dachte nicht über den transatlantischen Status quo hinaus¹²⁸. Die Regierung Erhard sah sich 1964 gleichwohl zu einer Initiative aufgerufen, die auf die allmähliche Integration der Außen- und Sicherheitspolitik zielte. Sie sollte der MLF über die Hürden helfen und aus dem gefährlichen Spagat zwischen Washington und Paris herausführen, der sich innenpolitisch im Streit innerhalb der Regie-

Gespräch zwischen Schröder und Gordon Walker, 11. 12. 1964; AAP 1965, S. 1637–1640 u. S. 1774–1779, Knappstein an AA, 21. 10. 1965, Gespräche zwischen Schröder und Stewart, 19. 11. 1965; Dietl, Emanzipation, Bd. II, S. 305–325 u. S. 327–330; Küntzel, Bonn, S. 73 f. u. S. 85–91.

¹²⁵ Vgl. Bange, EEC, S. 235 f., u. zugespitzt John Gillingham, *European Integration 1950–2003. Superstate or New Market Economy?*, Cambridge/New York 2003, S. 66–68 u. S. 75. Noch weiter geht Dietl, *Third Force*, in: Nuenlist/Locher (Hrsg.), *Transatlantic Relations*, S. 38–48, sowie jüngst ders., *Emanzipation*, Bd. II, passim, der annimmt, die Kennedy-Administration habe eine anglo-französisch geführte europäische Verteidigungsidentität regelrecht verhindern wollen, um die bipolare Weltordnung aufrechtzuerhalten.

¹²⁶ Vgl. Bange, EEC, S. 179 f. u. S. 187 f.; Dietl, *Master*, in: Loth (Hrsg.), *Europe*, S. 149–151; ders., *Emanzipation*, Bd. II, S. 334 f. u. S. 338–342; Hoppe, *Teilhabe*, passim; Schmitt, *Frankreich*, S. 165–206; Schrafstetter/Twigge, *Armageddon*, S. 145 f. u. S. 149–151; Winand, *Eisenhower*, S. 242 f., S. 337 f. u. S. 342–356.

¹²⁷ Vgl. Beatrice Heuser, *The European Dream of Franz Josef Strauss*, in: *Journal of European Integration History* 4 (1998), S. 75–103, hier S. 79–83, S. 91–93 u. S. 98–102; Bluth, *Britain*, S. 78 f.; Dietl, *Emanzipation*, Bd. II, S. 196 f. u. S. 199 f.; Hoppe, *Teilhabe*, S. 133 f., S. 170 f., S. 209 f. u. S. 299 f.; Meyer, *Heusinger*, S. 695–699 u. S. 704–706; Schmückle, *Pauken*, S. 169 f.; Strauß, *Erinnerungen*, S. 421 u. S. 435–437.

¹²⁸ Vgl. Speich, *Hassel*, S. 261, S. 272 f., S. 316 f. u. S. 321 f.

rungspartei abbildete. Erhard kam de Gaulle wirtschaftlich sehr entgegen und war sogar bereit, die Frage nach dem britischen Mittun ruhen zu lassen. Damit stieß er freilich unweigerlich auf niederländischen Widerstand. Ende 1964 blieb der Vorstoß im Sperrfeuer der allgemeinen Kritik an einer Nuklearteilnahme der Deutschen liegen, um im Folgejahr zu versenden¹²⁹. De Gaulle hatte sich unterdessen entschlossen, sein Konzept unilateral, also ohne den deutschen Partner zu verfolgen. 1966 drückte er in der EWG auf kaltem Wege das intergouvernementale Prinzip durch. Schon im Sommer 1964 kündigte der französische Außenminister an, dass Frankreich die Militärorganisation des Bündnisses verlassen werde¹³⁰. Der deutsche Traum der politischen Integration war vorläufig ausgeträumt und die amerikanische Dominanz gegenüber den verbleibenden Bündnismitgliedern größer als zuvor¹³¹.

Damit fehlte der politische Rahmen einer denkbaren europäischen Verteidigungsidentität. Sie hätte namentlich das Gefälle im politischen Einfluss zwischen den Vereinigten Staaten und Großbritannien auf der einen und der kontinentalen Bündnispartner auf der anderen Seite abgebaut. Denn dieses Machtgefälle hatte aus den strategisch exponierten Mitgliedsstaaten Zonen minderer Sicherheit gemacht. In diesem Sinne erkannte auch der Deutsche Militärische Vertreter Gerhard Wessel die Lösung der Bündniskrise in der Gleichberechtigung seiner Mitglieder, die freilich die „Einigung Europas“ voraussetze¹³². Eine europäische Verteidigungsidentität hätte das deutsche Sicherheitsinteresse in Ergänzung zum Schutz durch die NATO womöglich besser befriedigt, als die NATO allein es noch vermochte. Allerdings war sie nur unter drei Voraussetzungen vorstellbar: Zum einen bedurfte sie einer hinreichenden eigenen, von der amerikanischen Einsatzentscheidung unabhängigen strategischen Nuklearstreitmacht. Zum zweiten war eine glaubwürdige Strategie der massiven Vergeltung erforderlich. Diese musste, zum dritten, jedem der verhältnismäßig kleinräumigen westeuropäischen Staaten die Gewähr bieten, dass jeder Angriff auf sein Territorium oberhalb einer lokalen Dimension mit strategischen Atomschlägen aus dem europäischen Arsenal gegen die industriellen und administrativen Metropolen des Gegners beantwortet wurde. Da Frankreich ein eigenes Potential anstrebte und an der massiven

¹²⁹ Vgl. AAP 1964, S. 118–120, Stufenplan zur europäischen Einigung, 23. 1. 1964; Gabriele Clemens, ‚Zwischen allen Stühlen‘. Ludwig Erhards Europa-Initiative vom November 1964, in: Nation und Europa. Studien zum internationalen Staatensystem im 19. und 20. Jahrhundert, hrsg. von Gabriele Clemens, Stuttgart 2001, S. 171–192; Carine Germond, La France et l’Allemagne face à l’Europe politique dans les années 1960, in: Le couple France–Allemagne et les institutions européennes, hrsg. von Marie-Thérèse Bitsch, Brüssel 2001, S. 205–227, hier S. 206–220; Dietl, Emanzipation, Bd. II, S. 352–358; Schulz, Integration, S. 289–292 u. S. 306–311; Lappenküper, Europa, in: Loth (Hrsg.), Crises and Compromises, S. 72–75, S. 79–82 u. S. 84–88.

¹³⁰ Vgl. AAP 1964, S. 737, Gespräch zwischen Schröder und Couve de Murville, 3. 7. 1964; Bozo, Strategies, S. 107 u. S. 129 f.

¹³¹ Vgl. das Resümee de Gaulles in: AAP 1968, S. 1220–1225, Dt.-frz. Besprechungen, 27. 9. 1968; Stanley R. Sloan, NATO, the European Union, and the Atlantic Community. The Transatlantic Bargain Reconsidered, Lanham u. a. 2003, S. 44–46; Bange, EEC, S. 237.

¹³² BA-MA, BLI/1028, Bericht I/1967, 5. 4. 1967. Wessel übernahm im Folgejahr die Leitung des Bundesnachrichtendienstes.

Vergeltung festhielt, erfüllte es zwei Voraussetzungen einer wirksamen europäischen Verteidigungsidentität. Mit der dritten Voraussetzung verband sich die Frage: War de Gaulle bereit, seine Nuklearstreitkräfte so weit zu europäisieren, dass die Bundesrepublik darin eine Ergänzung des amerikanischen Atomschirms, wenn nicht sogar einen Ersatz dafür erkennen konnte¹³³? In der Tat war die nukleare Integration der „litmus-test“ für alle Integrationspläne¹³⁴.

Ungeachtet der Überlegungen der NATO erkannte Bundeskanzler Erhard nach wie vor in der Logik von atomarem Schlag und Gegenschlag die zuverlässigste Form wechselseitiger Abschreckung. Zweifel daran arbeiteten nur dem Gegner in die Hand. Einerseits wollte auch er nicht jeden Übergriff sofort nuklear beantworten. Andererseits galt ihm ein konventioneller Krieg als von vornherein verloren und die Idee eines begrenzten Krieges gleichsam als Einladung dazu. Er zweifelte an der Bereitschaft der Nuklearmächte, den auf Europa begrenzten, konventionell und mit taktischen Atomwaffen geführten Krieg zum großen Schlagabtausch zu eskalieren. Folgerichtig stellte er de Gaulle die Frage nach dem Wollen und Können. War Frankreich bereit, die Bundesrepublik nuklear zu verteidigen? Und schreckte das die Sowjets hinreichend vor einem Übergriff auf Westdeutschland ab? Der General wollte zwar seine Kernwaffen einsetzen, wenn die Bundesrepublik angegriffen werde. Im Übrigen sprach er aber davon, dass Frankreich seine Verteidigung dank der Kernwaffen selbst in die Hand nehmen werde. Darin unterscheidet sich die Lage Frankreichs von jener der Bundesrepublik¹³⁵. Im Juli 1964 stellte de Gaulle den Kanzler unverblümt vor die Wahl: entweder mit Frankreich und einem Westeuropa unter dessen Führung oder die fortgesetzte Abhängigkeit von den Amerikanern. Er deutete eine deutsch-französische Verteidigungspolitik im Rahmen des Bündnisses an und lockte sogar mit einer deutschen Beteiligung an der französischen Force de frappe. Diese biete den Deutschen größere Vorteile als die MLF; schließlich werde Frankreich seine Kernwaffen „automatisch“ einsetzen, wenn Europa angegriffen werde. Erhard konterte mit der Frage, ob de Gaulle seine Kernwaffen in eine „echte europäische Nuklearmacht“ einbringen wolle. Er antwortete ausweichend, dies setze die politische Integration, gar eine europäische Regierung voraus, die freilich noch fern sei. Wenig später sollte de Gaulle jedoch die dringliche Bitte Erhards zurückweisen, sich einer europapolitischen Initiative anzuschließen, die genau diesen Prozess der politischen Integration in Gang bringen sollte. Für ihn kam nur eine Zusammenarbeit der Regierungen infrage¹³⁶.

¹³³ Vgl. AAP 1963, S. 1355 f., Vermerk Blankenhorn, 21. 10. 1963.

¹³⁴ Heuser, NATO, S. 169.

¹³⁵ Vgl. DDF 1963, t 2, S. 540–542; AAP 1963, S. 1470–1478, Gespräch zwischen Erhard und de Gaulle, 21. 11. 1963; AAP 1963, S. 1449 u. S. 1676, Gespräch zwischen Erhard und Roberts, 18. 11. 1963, Gespräch zwischen Erhard und Johnson, 28. 12. 1963, sowie AAP 1964, S. 246, Dt.-frz. Regierungsbesprechungen, 15. 2. 1964; AAP 1966, S. 1240, S. 1308–1311 u. S. 1411, Gespräch zwischen Erhard und Rusk, 26. 9. 1966, Gespräch zwischen Erhard und Seydoux, 6. 10. 1966, Gespräch zwischen Erhard und McCloy, 20. 10. 1966.

¹³⁶ Vgl. AAP 1964, S. 713–723, S. 749–762, S. 767–777 (Zitate S. 775) u. S. 790 f., Gespräch zwischen Erhard und de Gaulle, 3. 7. 1964, Carstens, de Gaulle, Couve de Murville, 4. 7. 1963, Gespräch zwischen Erhard und de Gaulle, 4. 7. 1964, u. am 9. 11. 1964 de Gaulle gegenüber

Schließlich lehnte de Gaulle die MLF nicht zuletzt deswegen ab, weil er auf absehbare Zeit eine privilegierte Stellung der Deutschen in der NATO ebenso vermeiden wollte wie einen Prozess, der am Ende womöglich doch in der Verfügung der Deutschen über Atomwaffen endete¹³⁷.

Die Pariser Avancen an die Bonner Adresse waren für den Augenblick also nichts als eine diplomatische Karotte. In der Konsequenz konnte die Bundesregierung nur hoffen, dass ihr lautstark beschworenes Vertrauen in die amerikanischen Garantien nie den Praxistest bestehen musste. Dass Frankreich eine europäische Nuklearstreitmacht angeboten habe, war in der Tat ein „Mythos“ der deutschen Gaullisten¹³⁸. Umgetrieben von der Unberechenbarkeit der Amerikaner, hatten diese hinter dem Nebel der französischen Rhetorik die klassische Machtpolitik des Generals nicht erkannt¹³⁹. Gleichwohl gültig blieb dessen Feststellung, dass mit dem Ende der Massiven Vergeltung die amerikanische Nukleargarantie unsicher geworden und dank taktischer Waffen die Beschränkung des Atomkrieges auf Europa nicht mehr auszuschließen sei. Dagegen hülften nur europäische Atomwaffen, die das sowjetische Territorium erreichten¹⁴⁰. Da deutsche Atomwaffen nicht infrage kamen, hielt die Bundesregierung eben an der MLF fest¹⁴¹. Dabei reagierte selbst die deutsche Diplomatie bemerkenswert reserviert, als Italien die tatsächliche Europäisierung der MLF für den Fall ins Spiel brachte, dass eine Europäische Politische Union doch noch zustande kommen sollte. Bestärkt vom amerikanischen Außenminister Rusk, fürchtete man um die „unlösbare Bindung“ der Bundesrepublik an die Vereinigten Staaten. Diese sollten folgerichtig der Atomstreitmacht einer europäischen Union weiter angehören. Nicht zuletzt wollte man so einer britisch-französischen Hegemonie vorbeugen. Schließlich sollte den Vereinigten Staaten sogar ein fortdauerndes Vetorecht eingeräumt werden. Damit wäre der europäische Charakter der künftigen Streitmacht weitgehend obsolet geworden¹⁴². Mithin stieß die europapolitische Phantasia auch im Auswärtigen Amt rasch an sicherheitspolitische Grenzen.

Adenauer in: Ebenda, S. 1261; Bozo, *Strategies*, S. 113 u. S. 115–117; Heuser, *NATO*, S. 154–156; Strauß, *Erinnerungen*, S. 432–434.

¹³⁷ So im Kern seine Äußerungen gegenüber Außenminister Rusk. Vgl. DDF 1964, t 2, S. 553 f., Gespräch zwischen de Gaulle und Rusk, 14. 12. 1964. Vgl. auch Dietl, *Emanzipation*, Bd. II, S. 325 f. u. S. 367.

¹³⁸ So bereits Schulz, *Integration*, S. 300–303 u. S. 311 f. (Zitat S. 311), und als Zeitzeuge Karl Carstens, *Erinnerungen und Erfahrungen*, Boppard 1993, S. 255, u. S. 272. Vgl. Auch Dietl, *Emanzipation*, Bd. II, S. 362, dagegen Wilfried Loth, *Franco-German Relations And European Security, 1957–1963*, in: Widening, Deepening and Acceleration: The European Economic Community 1957–1963, hrsg. von Anne Deighton und Alan S. Milward, Baden-Baden 1999, S. 41–53.

¹³⁹ Ähnlich der stellvertretende amerikanische Außenminister. Vgl. AAP 1964, S. 1332, Gespräch zwischen Carstens und Ball, 16. 11. 1964.

¹⁴⁰ Vgl. DDF 1965, t 1, S. 709–711; AAP 1965, S. 1003–1006, Gespräch zwischen Erhard und de Gaulle, 11. 6. 1965.

¹⁴¹ Vgl. AAP 1965, S. 1922–1924 u. S. 1936 f., Gespräch zwischen Erhard und Johnson u. Dt.-am. Regierungsbesprechung, 20. 12. 1965; Dietl, *Emanzipation*, Bd. II, S. 334 f.

¹⁴² Vgl. AAP 1963, S. 733, S. 798 f., S. 1165 f. u. S. 1441 f., Runderlass Carstens, 9. 7. 1963, Vermerk Grewe, 26. 7. 1963, Gespräch zwischen Schröder und Rusk, 20. 9. 1963, Vermerk Krapf,

Je deutlicher das Bündnis auf die konventionelle Abwehr begrenzter Übergriffe setzte, desto abhängiger wurden die Deutschen von der Anwesenheit amerikanischer und britischer Truppen auf westdeutschem Boden. Folgerichtig vermochte sich Bonn dem Ansinnen der Angelsachsen kaum zu entziehen, sich – durch Rüstungskäufe – an der Stützung ihrer überbewerteten Währungen zu beteiligen¹⁴³. Wirtschaftlicher Strukturwandel, hohe Kapitalexporte, wachsende Militärausgaben und strukturelle Probleme des internationalen Zahlungssystems nagten an Dollar und Pfund Sterling. Insbesondere den Schutz durch ihren wichtigsten Bündnispartner sollten sich die Deutschen etwas kosten lassen. Bei Verteidigungsminister McNamara war die Forderung nach konventioneller Um- und Weiterrüstung der Bundeswehr eine unheilige Allianz eingegangen mit der Suche nach währungspolitischer Entlastung für die steigenden Kosten des Vietnamkrieges und dem Wunsch nach anhaltenden Absatzchancen der amerikanischen Rüstungsindustrie. Zwangsläufig lief das zu Lasten der deutschen Industrie und der deutsch-französischen Rüstungskooperation. Im November 1966 stolperte die Regierung Erhard auch darüber, dass die amerikanischen Partner ihr einen reduzierten Schutz zu steigenden Preisen verkauften. Dabei standen Truppen der Vereinigten Staaten auch in deren eigenem Interesse in Westdeutschland. Das Konzept des begrenzten Krieges erhöhte die Bedeutung der taktischen Atomwaffen, die nahezu alle unter amerikanischer Kontrolle standen. Insofern beugte die Präsenz amerikanischer Feldverbände mit nuklearer Bewaffnung der deutschen Forderung nach Atomwaffen vor. Die nachfolgende Große Koalition unter Kurt-Georg Kiesinger löste die Zusagen Erhards ein. Als Washington gleichwohl Soldaten zurückzog, mag sich jeder deutsche Gaullist bestätigt gefühlt haben¹⁴⁴. Die Bonner Sicherheitspolitik wies deutlich Schlagseite auf: Der Aufbau der Bundeswehr hatte angelsächsische Hoffnungen auf eine Reduzierung der eigenen Truppen in Deutschland genährt und die Illusion der konventionellen Abwehr gefördert. Dabei war zumindest die Luftwaffe, vermutlich aber die gesamte Bundeswehr der 1960er Jahre, noch weit davon entfernt, das erforderliche Spektrum von der rein konventionellen Kriegführung über den Einsatz taktischer Kernwaffen bis hin zum klassischen nuklearen Schlagabtausch abzudecken.

15. 11. 1963; AAP 1964, S. 120–124 (Zitat S. 122), S. 1163, S. 1291 f. u. S. 1323 f., Vermerk, 23. 1. 1964, Carstens an Grewe, 19. 10. 1964, Vermerk Grewe; ebenda S. 1291 f., Vermerk v. Pfeffer, 16. 11. 1964; AAP 1965, S. 33–35, Vermerk Meyer-Lindenberg, 8. 1. 1965; AAP 1965, S. 16 f., Erlass Carstens, 12. 1. 1966; Carlo Masala, Deutschland, Italien und die nukleare Frage 1963–1969. Das Problem der nuklearen Mitsprache im Rahmen der Atlantischen Allianz, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen 56 (1997), S. 431–470, hier S. 437–447.

¹⁴³ Vgl. AAP 1966, S. 1508, Vermerk Carstens, 14. 11. 1966.

¹⁴⁴ Vgl. Harald Rosenbach, Der Preis der Freiheit. Die deutsch-amerikanischen Verhandlungen über den Devisenausgleich (1961–1967), in: VfZ 46 (1998), S. 709–746, hier S. 712–734 u. S. 737–744; Haftendorn, Kernwaffen, S. 227–252; Zimmermann, Money, passim; Gavin, Gold, S. 66 f., S. 95–97, S. 107–116, S. 138–152 u. S. 154 f.; Sloan, NATO, S. 55 f.; Speich, Hassel, S. 322–327.

6. Atombomber mit Eisenbomben: der Strategiewechsel und die Luftwaffe

Neben der Ausführung des Strike Plan gehörte die bewaffnete Aufklärung zum Auftragspektrum der F 104 G-Jagdbomber. Sie sollten Ziele mit niedrigen Kilotonnen-Werten bekämpfen, deren Lage und Umfang bei Auftragserteilung noch nicht genau bekannt waren¹⁴⁵. Die Teilnahme am Strike war die *raison d'être* des teuren Systems. Sollte es dafür nicht mehr infrage kommen, hatte „die Luftwaffe das falsche Waffensystem ausgewählt“¹⁴⁶. Welche Rolle konnte es dann noch spielen? Die F 104 G sollten zunächst in aufgelockerter und/oder verbunkelter Aufstellung eine konventionelle Auseinandersetzung überstehen, derweil der eigens dafür entwickelte Jagdbomber Fiat G 91 die konventionelle Rolle übernahm. Den konventionellen Einsatz der F 104 G hielten die an der 2. ATAF beteiligten Luftstreitkräfte jedenfalls für unwirtschaftlich¹⁴⁷. Dennoch hatte sich bei SHAPE 1963 – ungeachtet der fehlenden Billigung durch den Nordatlantikrat – stillschweigend der amerikanische Standpunkt durchgesetzt, dass alle Strike-Flugzeuge auch konventionelle Fähigkeiten besitzen sollten¹⁴⁸. Die Luftwaffe reagierte mit der Empfehlung, alle F 104 G-Jagdbomber den strike forces des SACEUR zu unterstellen oder sie diesem als Element der IANF anzubieten, welche die Briten als Alternative zur MLF vorgeschlagen hatten¹⁴⁹. Tatsächlich beschloss der Nordatlantikrat im Mai 1963, dem SACEUR die britischen strategischen Luftstreitkräfte und drei amerikanische „Polaris“-U-Boote zuzuweisen¹⁵⁰. Allerdings fürchtete der Deutsche Militärische Vertreter Steinhoff, dass die Amerikaner künftig keine Atomwaffen für die Ausrüstung der ja noch im Aufbau befindlichen F 104 G-Geschwader mehr zur Verfügung stellen würden, um die strategischen Nuklearfähigkeiten allein den national verantworteten „external forces“ der Angelsachsen vorzubehalten. Die US Air Force habe sich unter dem Druck der Administration bereits von ihrer bisherigen Festlegung auf die Atomkriegführung verabschiedet. Sie behaupte nun, mit der existierenden Jagdbombergeneration konventionell kämpfen zu können. Steinhoff empfahl der deutschen Luftwaffe gleichwohl, sich den Vorgaben aus Washington zu fügen. Alle nuklearen Geschwader sollten für eine konventionelle Zweitrolle und gegebenenfalls Geschwader mit vorrangig konventionellem Auftrag für eine nukleare Zweitrolle ausgerüstet werden¹⁵¹.

Dasselbe Flugzeug samt Flugzeugführer, Bodenpersonal und Logistik musste demnach hinsichtlich Ausrüstung, Bewaffnung und Einsatzgrundsätze auf zwei

¹⁴⁵ BA-MA, BL1/1888, FÜ L II 4 an FÜ L III 5, 8. 11. 1962.

¹⁴⁶ BA-MA, BL1/1908, FÜ L II 1 an FÜ B, 21. 3. 1963.

¹⁴⁷ BA-MA, BL1/1885, Verschlussache; ebenda, BL1/8547, Verschlussache.

¹⁴⁸ BA-MA, BL1/1908, FÜ B III 3 an FÜ B III 1, 6. 6. 1963.

¹⁴⁹ BA-MA, BL1/1888, Runderlass, 29. 1. 1962; ebenda, BL1/1885, Verschlussache; FRUS 1961–1963, Vol 13, S. 559 f., Runderlass, 15. 4. 1963; vgl. Dietl, Emanzipation, Bd. II, S. 308; Gablik, Planungen, S. 268 f.; Tuschhoff, Deutschland, S. 232 f.

¹⁵⁰ Vgl. SHAPE History, 1960–1965, S. 62; Tuschhoff, Deutschland, S. 307–315.

¹⁵¹ BA-MA, BL1/1908, DMV an FÜ B III, 12. 3. 1963; ebenda, BL1/1753, Steinhoff an Panitzki, 15. 3. 1963; vgl. Gablik, Planungen, S. 358–360.

unterschiedliche Luftkriegsaufgaben vorbereitet werden. Bestenfalls kam das System dann – bei deutlich höheren Opportunitätskosten – mit einer zusätzlichen Rolle annähernd so gut zurecht wie mit seiner eigentlichen Aufgabe. Bundesverteidigungsminister von Hassel glaubte zwar nicht, dass die hohen Kosten einer Nachrüstung der F 104 G für den konventionellen Einsatz gerechtfertigt seien. Allerdings wollte Präsident Kennedy dem Verkauf der ballistischen Rakete „Pershing“ an die Deutschen nur zustimmen, wenn im Gegenzug die Jagdbomber für den konventionellen Einsatz umgerüstet wurden. Hassel war dazu bereit, wenn die anderen Nationen mitzögen. Sein amerikanischer Kontrahent sprach dabei schon klar von einer nuklearen Zweitrolle. Der Vorsitzende der Vereinten Stabschefs forderte gar konventionelle counter-air-Einsätze auch für den Fall, dass an der Front bereits nukleare Gefechtsfeldwaffen zum Einsatz kamen¹⁵².

Ähnlich verliefen die Diskussionen auf der operativen Ebene des Bündnisses. Der für die Luftstreitkräfte in Mitteleuropa zuständige Stab AIRCENT wollte neben einer ausreichenden Zahl von bemannten Flugzeugen etwa 300 ballistische Raketen für das Scheduled und das Regional Priority Program einsetzen. Etwa die Hälfte der in Europa-Mitte vorhandenen Flugzeuge sollte für Strike-Aufträge bereitstehen. Hier glaubte niemand, das Nuklearpotential des Gegners durch konventionelle Einsätze schwächen zu können. Die Niederländer wollten ebenfalls die konventionellen Fähigkeiten kleinhalten, um die Strike-Staffeln nicht vorzeitig zu verschleifen. Anders als ihre deutschen Kameraden hielten britische Offiziere einen konventionellen Einsatz der Luftstreitkräfte in einem Zeitraum von drei bis vier Tagen für denkbar. Allerdings forderten sie dafür Flugzeuge mit Senkrecht- oder Kurzstartfähigkeit und Tiefflugeigenschaften. Die F 104 G besaß keine dieser Fähigkeiten. Aufgrund fehlender technischer Ausrüstung musste sie eine Mindesthöhe einhalten und benötigte wenigstens knapp zwei Kilometer Sicht. Sie war zudem nur beschränkt allwetterfähig. Das war bei Strike-Einsätzen weniger problematisch als bei der Verwendung als konventioneller Jagdbomber. In der 2. ATAF galt eine begrenzte Luftabwehr gegen eine begrenzte Aggression als wirkungslos, wenn man, um eine eskalierende Wirkung zu vermeiden, nicht tief in den gegnerischen Raum eindringe. Genau dafür war die F 104 G jedoch konzipiert worden. Für die Erdkampfunterstützung waren die G 91 und F 84 jedoch allemal besser geeignet als die F 104 G. Die Frage war nur, wie lange man eine konventionelle Auseinandersetzung ausschließlich mit diesen Systemen durchhielt. Eher zögernd pflichteten die Briten der deutschen Auffassung bei, dass frühzeitig nukleare Gefechtsfeldwaffen eingesetzt werden sollten, bevor größere Gebiete an den Gegner verloren wurden. Die 2. ATAF war offenbar bereit, eine konventionelle Zweitrolle der Strike-Flugzeuge als Kompromiss hinzunehmen¹⁵³.

¹⁵² BA-MA, BL1/1855, Gespräche Gilpatric/v. Hassel/Schröder, 13. 2. u. 8. 5. 1963; www.isn.ethz.ch/php/collections/coll, Memorandum of Conversations McNamara, v. Hassel u.a., 9. 12. 1963; Tuschhoff, Deutschland, S. 233 f.

¹⁵³ BA-MA, BL1/1885, Verschlussache; ebenda, BL1/8547, Verschlussache; ebenda, BL1/1675, Verschlussache; ebenda, BL1/11151, 4. Dt.-Brit. Generalstabsbesprechungen, 28. 2.–

Notierte das Auswärtige Amt eine gewisse Unsicherheit der deutschen Spitzenmilitärs in der Frage des Einsatzes taktischer Atomwaffen und der Rolle der Luftstreitkräfte¹⁵⁴, beschwor Luftwaffeninspekteur Werner Panitzki noch 1964 die Priorität des Strike¹⁵⁵. Er konnte sich durch den französischen NATO-Oberbefehlshaber in Mitteleuropa (CINCENT) Jean Crepin bestätigt fühlen. Dieser meldete im Oktober 1964 als Erfahrung aus der Übung „Hostage Jaune“, die Sowjets seien in der Lage, Europa-Mitte mit zehn Divisionen einschließlich Luftunterstützung anzugreifen, ohne damit ihre Fähigkeit einzubüßen, einen allgemeinen Atomkrieg zu führen. Er selbst könne dagegen eine derartige Aggression nicht ausschließlich konventionell abwehren und zugleich seine Fähigkeit zur Atomkriegführung aufrechterhalten. Ähnliches berichtete der NATO-Stab Nordeuropa. In der NATO-Stabsrahmenübung „Fallex 1964“ wurden Atomwaffen zum Leidwesen der Deutschen erst eingesetzt, als bereits große Teile ihres Territoriums vom Gegner besetzt worden waren. Mithin waren die französischen Zweifel an den neuen strategischen Vorgaben des Bündnisses mehr als begründet¹⁵⁶. Dagegen unterstrich Lyman L. Lemnitzer, seit Januar 1963 Nachfolger Norstads als SACEUR, dass er grundsätzlich nicht zwischen solchen Kräften unterscheidet, die eingesetzt und solchen, die zurückgehalten würden. Außer einer reduzierten Reserve zur Durchführung seines Strike Plan war alles sofort einzusetzen. Das galt auch für taktische Atomwaffen, freilich erst nach deren Freigabe. Der SACEUR gab sich überzeugt, dass der Verschleiß der eigenen Kräfte in der konventionell geführten Auseinandersetzung durch entsprechende Verluste des Gegners ausgeglichen werde¹⁵⁷. Folgerichtig forderte SHAPE am 4. Oktober 1965 von der Luftwaffe die Umrüstung aller Strike-Flugzeuge auf eine konventionelle Zweitrolle¹⁵⁸.

Von ursprünglich zehn Staffeln F 104 G-Jagdbombern sollten jetzt drei eine konventionelle Erstrolle erhalten. Die Luftwaffe hielt die Befähigung der F 104 G zur Doppelrolle mittlerweile zwar für technisch schwierig, aber machbar, allerdings nach wie vor für unwirtschaftlich. Die Reduzierung ihrer Strike-Flugzeuge gefährde zudem den „machtpolitischen Handlungsumfang“ der Bundesregierung. Angesichts der französischen Haltung hegte man die Hoffnung, die Vereinigten Staaten würden sich die Reduzierung der Strike-Flugzeuge noch einmal

1. 3. 1963, 6. Dt.-Brit. Generalstabsbesprechungen, 21./22. 11. 1963. Die zeitgenössischen Sorgen der Luftwaffe vor einer zu hohen Nuklearschwelle schildert Helmut Bieber, Die deutsche Beteiligung an der NATO. Integration, die moderne Formel für militärische Sicherheit und politisches Vertrauen, in: Jahrbuch der Luftwaffe 3 (1966), S. 19–24.

¹⁵⁴ Vgl. AAP 1963, S. 932, Vermerk Carstens, 5. 8. 1963, und dazu Groscurth, Dienstweg, Dokument Nr. 4.

¹⁵⁵ BA-MA, BW17/25, Verschlussache.

¹⁵⁶ Vgl. auch Soutou, Alliance, S. 268 f.

¹⁵⁷ Vgl. SHAPE History, 1960–1965, Vol 1, S. 58–60 u. S. 75 f.; DDF 1965, T 1, S. 85, Runderlass Couve de Murville, 21. 1. 1965; AAP 1964, S. 1262 f., Krone an Erhard, 9. 11. 1964; SCR, 35 mm, P05, R163, L-017, Development of NATO Strategic and Military Policy (1966), S. 39 f. Vgl. auch AAP 1965, S. 1517, Vermerk II A 7, 27. 9. 1965.

¹⁵⁸ BA-MA, BL1/1885, Verschlussache.

überlegen¹⁵⁹. Die Aufstellung von zwei Flugkörpergeschwadern machte es der Luftwaffe leichter, die Umwidmung der F 104 G hinzunehmen, da man weiter in den strike forces vertreten war. Zugleich nahm Washington mit dem Verkauf der „Pershing“ der Forderung nach einem eigenen Mittelstreckenpotential des SACEUR den Wind aus den Segeln. Bei ca. 740 km Reichweite handelte es sich eher um eine Kurz- als um eine Mittelstreckenrakete. Damit erreichte man die Ostgrenze Polens und blieb letztlich auf „taktischem Niveau“¹⁶⁰. Die Raketen mit dem Balkenkreuz versüßten den Deutschen die bittere Pille, dass sie künftig konventionell zu kämpfen hatten und der Strike voraussichtlich erst stattfand, wenn sich das westdeutsche Vorfeld in jeder Hinsicht verschlissen hatte. Denn Außenminister Rusk unterstrich im Oktober 1963, dass die amerikanischen Pläne eine strategische „Pause“ vorsahen¹⁶¹. Auf Kosten der in Westdeutschland konventionell verteidigenden Bündnistruppen und der hier lebenden Bevölkerung sollte der Sowjetunion eine Frist eingeräumt werden, die dieser Gelegenheit gab, über eine Eskalation in den nuklearen Schlagabtausch nachzudenken. Unter den Vorzeichen des drohenden Abbaus amerikanischer und britischer Truppen in Westdeutschland galt dem Planungsstab des Auswärtigen Amtes das Problem der Umrüstung des F 104 G als Indiz für die Diskrepanz zwischen den sicherheitspolitischen und strategischen Nöten der Bundesrepublik einerseits und den gewandelten Vorstellungen der Vereinigten Staaten und des Bündnisses andererseits. Für den Fall, dass sich die amerikanische Politik noch weiter von den deutschen Interessen entferne, ventilierte der Planungsstab gar eine „eigene deutsche Strategie“ und erkannte in einer europäischen Verteidigungsidentität die gebotene Alternative¹⁶².

In realistischer Einschätzung der deutschen Möglichkeiten akzeptierte der 1966 zum Inspekteur bestellte Steinhoff, dass die Luftwaffe künftig wie das Heer im Festungsvorfeld der Nuklearmächte und nach deren Vorgaben auftrat. Die spezifischen Vorteile der F 104 G, namentlich hohe Geschwindigkeit und Steigleistung, sollten durch taktische Neuausrichtung genutzt werden, um die Nachteile des unwirtschaftlichen Einsatzes in der konventionellen Erstrolle gegen Bodenziele zu kompensieren. Erst gegen Ende der 1960er Jahre zeichnete sich jedoch eine der F 104 G halbwegs angemessene konventionelle Bewaffnung ab. Tatsächlich hätte der teure, moderne Jagdbomber bis dahin vor allem die wenig

¹⁵⁹ BA-MA, BL1/3505, Arbeitspapier: Aufgaben und Ausrüstung der F 104 G/G 91-Verbände der Luftwaffe, 25. 3. 1966 (Zitat), Fül L III 3, Vermerk, 21. 4. 1966, u. Fül L II an Fül L III, 12. 5. 1966; ebenda, BL1/1028, Fül L III Studie, 13. 9. 1965; ebenda, BL1/11151, 13. Dt.-Frz. Generalstabsbesprechungen, 21./22. 1. 1965, Vortrag: Probleme der Dual Role bei den deutschen schweren Jabo-Verbänden, Jan. 1965; vgl. Gablik, Planungen, S. 440 f. u. S. 456 f.; Tuschhoff, Deutschland, S. 267–270; Lemke, Konzeption, in: Ders. u. a., Luftwaffe, S. 229–231.

¹⁶⁰ Vgl. SHAPE History, 1960–1965, Vol 2, S. 155–173 passim; BA-MA, BL1/1908, DMV an Fül B III, 15. 3. 1963; ebenda, BL1/1885, Verschlussachen; Lemke, Konzeption, in: Ders. u. a., Luftwaffe, S. 241–248 (Zitat S. 243).

¹⁶¹ DDF 1963, Tt. II 2, S. 380, Alphanand an Couve de Murville, 8. 10. 1963.

¹⁶² AAP 1966, S. 1082–1089 (Zitat S. 1088), Vermerk Diehl, 17. 8. 1966.

treffsicherer Eisenbomben des Zweiten Weltkrieges geworfen¹⁶³. Die Oderbrücken hatten gute Aussichten, eine derartige Attacke zu überleben, was bei einem Atomsprengkörper nahezu ausgeschlossen war. Ähnlich stellte sich im Übrigen die integrierte Luftverteidigung des Bündnisses dar: Geschaffen für den Schutz der strike forces gegen einen von Fliegern vorgetragenen Überraschungsangriff, taugte sie nicht zur Bekämpfung ballistischer Raketen, war weitgehend tieffliegerblind und hätte vor einem nachhaltigen konventionellen Massenangriff ohne den Einsatz nuklearer Sprengköpfe rasch kapitulieren müssen¹⁶⁴. Konventionelles counter air und konventionelle Luftverteidigung des Bündnisses eröffneten den Luftstreitkräften des Gegners gute Chancen, seine Luftherrschaft über Kontinentaleuropa durchzusetzen. Derweil beschränkte sich die Strike-Kapazität der deutschen Luftwaffe 1966 auf gerade mal 36 Nuklearziele, die man mit F 104 G und Flugkörpern hätte anfliegen können¹⁶⁵.

7. Der Übergang zur Strategie der flexiblen Reaktion und die künftige Rolle der Luftwaffe

Die Unterscheidung von taktischen und strategischen Atomwaffen war für Deutsche und Franzosen letztlich ohne Bedeutung, wie de Gaulle zu Recht unterstrich. Ohne den Einsatz taktischer Atomwaffen ließ sich Europa jedoch nicht verteidigen. Diese Auffassung vertraten noch 1964 alle NATO-Militärs, gleich welcher Nationalität¹⁶⁶. Sie fand ihren Niederschlag im jüngst entdeckten „Emergency Defence Plan“ der in Nordhessen stationierten 2. Panzergrenadierdivision der Bundeswehr vom Dezember 1963. Er sah im Falle eines Überraschungsangriffes den Einsatz von Atomartillerie (mit bis zu 10 Kilotonnen!) gegen vier nukleare Feuerfelder und rund 150 vorbereitete Atomzielpunkte vor, um den Vormarsch des Gegners aufzuhalten¹⁶⁷. Faktisch hatten die strategischen Debatten der Allianz an der operativen Wirklichkeit ihrer Streitkräfte in Europa wenig geändert. Die eigentliche Bedeutung des Strategiewechsels im Übergang von der Eisenhower- zur Kennedy/Johnson-Administration lag in seiner bündnisinternen diplomatisch-sicherheitspolitischen Dimension; militärisch war die Flexible Response vorläufig ein „Mythos“, wie Francis Gavin zutreffend betont¹⁶⁸.

¹⁶³ BA-MA, BL1/4063, Steinhoff an Bundesverteidigungsminister, 18. 7. 1967; vgl. AAP 1965, S. 1386 f., Vermerk Ruete, 17. 10. 1966; Gablik, Planungen, S. 457 f.; Lemke, Konzeption, in: Ders. u. a., Luftwaffe, S. 320 f.; Pommerin/Steinhoff, Strategiewechsel, S. 69.

¹⁶⁴ Vgl. Dieter Krüger, Die Entstehung der NATO-Luftverteidigung und die Integration der Luftwaffe, in: Lemke u. a., Luftwaffe, S. 485–556, hier S. 543–553.

¹⁶⁵ Vgl. Lemke, Konzeption, in: Ebenda, S. 237.

¹⁶⁶ So der NATO-Generalsekretär. Vgl. DDF 1964, t II, S. 209, Gespräch zwischen de Gaulle und Brosio, 3. 9. 1964.

¹⁶⁷ Vgl. Helmut R. Hammerich, Der Fall „Morgengruß“. Die 2. PzGrenDiv und die Abwehr eines überraschenden Feindangriffs westlich der Fulda 1963, in: Nägler (Hrsg.), Die Bundeswehr 1955 bis 2005, S. 297–312.

¹⁶⁸ Vgl. Gavin, Myth, S. 872–875.

Im Oktober 1966 nahm der Militärausschuss der NATO die vor drei Jahren versandete Debatte wieder auf, kaum hatten die Franzosen die Militärorganisation verlassen¹⁶⁹. Die Griechen als schwache und exponierte Bündnispartner trieb die Sorge vor einer Arbeitsteilung um, bei der die Abwehr einer begrenzten Aggression zunächst vor allem die Aufgabe der Frontstaaten war. Sie erkannten in Formeln, die eher auf Zusammenarbeit als auf integrierte Einsatzführung abzielten, die Gefahr, dass die NATO „will gradually deteriorate to an alliance of the pre-World War II type with a simple co-operation of national forces without unified command“¹⁷⁰. Man forderte, sowohl die konventionellen wie die nuklearen Kräfte entschlossen einzusetzen. Darunter verstanden die Griechen nicht zuletzt ein counter air in die Tiefe des gegnerischen Raumes, das sie freilich mit ihren eigenen Kräften nicht hätten durchführen können. Ähnliche Bedenken trugen Italiener und Türken vor. Großbritannien unterstellte den Sowjets weiterhin, keine größere bewaffnete Auseinandersetzung in Erwägung zu ziehen. Einen Überraschungsangriff schloss man aus. Neben einer hinreichenden nuklearen Zweitschlagsfähigkeit hielten die Briten – anders als die Amerikaner – die vorhandenen konventionellen Kräfte für ausreichend, um Zeit für eine politische Entscheidung über den Atomwaffeneinsatz zu gewinnen. Der Ausbau konventioneller Fähigkeiten werde dem Gegner nur den Eindruck vermitteln, das Bündnis werde vor einer nuklearen Eskalation letztlich zurückschrecken. Konsequenter wollte London, so der Eindruck der deutschen NATO-Botschaft¹⁷¹, die Rheinarmee auf einen ‚Stolperdraht‘ herunterfahren, um seine „Polaris“-U-Boot-Flottille aufzubauen und gleichwohl in Deutschland militärisch mitzureden. Die Amerikaner nahmen die Forderung ihrer Verbündeten nach frühzeitigem Kernwaffeneinsatz vornehmlich als Abneigung wahr, mit konventionellen Rüstungsanstrengungen im Allgemeinen und der Förderung der Landstreitkräfte im Besonderen mehr für ihre eigene Sicherheit zu leisten. Tatsächlich plädierte der britische Schatzkanzler im Juli 1966 unter dem Druck schwindender Devisen und Haushaltsmittel nahezu unverblümt für die Rückkehr zur massiven Vergeltung. Der Deutsche Militärische Vertreter notierte die sich „ausbreitende Tendenz, die Integration zu Gunsten nationaler Belange zu lockern“¹⁷².

Ende November 1966 präsentierten die Amerikaner der Allianz ein Papier. Es markierte die mangelhafte nukleare Zweitschlagsfähigkeit und die notorische konventionelle Schwäche der landgestützten Schildstreitkräfte als Problem der flexiblen Reaktion des Bündnisses auf das Spektrum denkbarer Aggressionen. Nur wenn das Bündnis hier entscheidend nachbessere, sei die abgestufte Reak-

¹⁶⁹ IMS, CD20, MCWM-26-66, MCWM-30-66, MCWM-46-66, MCM-143-66, Memos Militärausschuss, 17. 10., 24. 10., 21. 11. u. 29. 11. 1966.

¹⁷⁰ IMS, CD20, MCWM-60-66, Memo Militärausschuss, 23. 11. 1966.

¹⁷¹ Vgl. dazu AAP 1966, S. 1271–1275, Sahn an AA, 28. 9. 1966.

¹⁷² BA-MA, BL1/1028, DMV-Bericht II/1967, 20. 11. 1967 (Zitat); IMS, CD20, MCWM-02-67, Memo Militärausschuss, 3. 1. 1967; vgl. AAP 1966, S. 1040 f., S. 1273 u. S. 1384–1387, Vermerke, 5. 8. u. 17. 10. 1966, Sahn an AA, 28. 9. 1966; AAP 1967, S. 1156–1160, Knapstein an AA, 3. 8. 1967; Edward Drea, The McNamara Era, in: Schmidt (Hrsg.), A History of NATO, Bd. 3, S. 183–195, hier S. 184–187 u. S. 189–192.

tion glaubhafter als die alte Drohung mit sofortiger massiver Vergeltung. Folgerichtig mahnte der SACEUR den angemessenen Ausbau der konventionellen Kräfte an. Alarmiert registrierten die Deutschen, dass die Amerikaner einen auf Europa beschränkten Atomangriff nicht ausschlossen¹⁷³. Parallel zu den Überlegungen der NATO-Gremien verhandelten Amerikaner, Briten und Deutsche seit Ende 1966 trilateral über ein transatlantisches ‚burden sharing‘. Nur „widerwillig“¹⁷⁴ hatten sich die Deutschen auf diesen Weg eingelassen, die fatale Verknüpfung von währungs- und sicherheitspolitischen Problemen zu lösen. Ungeachtet ihrer Forderung nach größeren konventionellen Fähigkeiten wollten die Amerikaner ihre eigenen Truppen in Westdeutschland drastisch abbauen, sollten die Deutschen die amerikanischen Stationierungskosten nicht ausgleichen. Das Drängen der Briten auf Zahlungsbilanzhilfen war beinahe noch ungestümer als das der Amerikaner. Verärgert registrierte McNamara, dass selbst die Briten aus der identischen Beurteilung der politischen Lage andere strategische Schlussfolgerungen zogen als die Amerikaner – nämlich die Notwendigkeit der raschen nuklearen Eskalation, sollte die Entspannungspolitik gegenüber der Sowjetunion wider Erwarten versagen¹⁷⁵. Die Deutschen sahen sich der ersten großen Nachkriegsrezession konfrontiert. Haushaltsprobleme sprachen dafür, den Aufbau der Bundeswehr vorzeitig abzuschließen¹⁷⁶. Sie sollte ihre konventionellen Fähigkeiten verbessern, allerdings nur in den engen Grenzen des haushaltspolitisch Möglichen. Daher forderten die Deutschen frühe selektive Kernwaffeneinsätze, besaßen aber kein klares Konzept dafür. Die Zeit umfangreicher Rüstungskäufe in den Vereinigten Staaten war vorüber; die amerikanische Forderung, den Dollar zu stützen, blieb. Selbst die unabhängige Bundesbank sah sich durch sicherheitspolitische Zwänge genötigt, einen Teil der Dollarflut in ihre Tresore zu lenken und damit indirekt den Vietnamkrieg mitzufinanzieren. Gleichwohl musste Bonn den faktischen Abzug von 35.000 amerikanischen Soldaten und 96 für den Nukleareinsatz vorgesehenen Flugzeugen sowie von 5.000 britischen Soldaten hinnehmen¹⁷⁷. Bonn war der Verlierer der trilateralen Verhandlungen. Dagegen blieben die Zugeständnisse der Angelsachsen eher kosmetischer Natur¹⁷⁸.

Vor dem Hintergrund der im April 1967 abgeschlossenen Verhandlungen legte der Militärausschuss ein überarbeitetes Strategiepapier vor. Es betonte die integrierte Einsatzführung, obwohl die nationalen Vorstellungen weiter auseinander klappten. Briten und Amerikaner gingen von einer Vorwarnzeit von womöglich mehreren Wochen aus. Deutsche, Griechen, Italiener, Niederländer und Türken

¹⁷³ Vgl. SHAPE History, 1967, Vol. II, S. 91–105.

¹⁷⁴ AAP 1966, S. 1316, Grewe an AA, 6. 10. 1966.

¹⁷⁵ Vgl. AAP 1966, S. 1691–1694, Grewe an AA, 22. 12. 1966.

¹⁷⁶ Vgl. AAP 1966, S. 1098–1101, Vermerk Carstens, 24. 8. 1966; AAP 1967, S. 1028 f. u. S. 1115 f., Schütz an NATO-Botschaft, 11. 7. 1967, Gespräch zwischen Schröder und Brosio, 21. 7. 1967.

¹⁷⁷ Vgl. AAP 1966, S. 1517–1520 u. S. 1583–1586, Runderlasse, 14. 11. u. 5. 12. 1966; Gavin, Gold, S. 157–164; AAP 1967, S. 23–25 u. S. 385–387, Schnippenkötter an AA, 4. 1. 1967, Duckwitz an AA, 3. 3. 1967; Haftendorn, Kernwaffen, S. 252–282; Rosenbach, Preis, S. 734–737; Zimmermann, Money, S. 214 f. u. S. 221–233.

¹⁷⁸ Vgl. die im Kern gleiche Wertung bei Haftendorn, Kernwaffen, S. 283–285.

hielten das für unrealistisch. Deutsche, Italiener und Türken forderten auch bei begrenzten Aggressionen einen frühzeitigen selektiven Nukleareinsatz, der ihrer Auffassung nach nicht zwangsläufig in die atomare Eskalation führe. Überhaupt galt in ihren Augen eine konventionelle Reaktion nur dann als glaubwürdig, wenn der Zusammenhang mit der nuklearen Abschreckung stets deutlich blieb. Im Unterschied zu den Europäern gingen die Amerikaner jedoch von einer längeren konventionellen Auseinandersetzung aus. Während die Deutschen vor allem den Grundsatz der Vorwärtsstrategie festzuschreiben versuchten, bezweifelten die Türken nach wie vor, dass die neue Flexibilität den Gegner abschrecke. Nicht nur sie, auch die Niederländer und SHAPE hielten die der Allianz aktuell zur Verfügung stehenden konventionellen Kräfte für völlig unzureichend¹⁷⁹.

Falle der Umfang dieser Kräfte zu mager aus, so SHAPE, bleibe es faktisch bei der bisherigen MC 14/2. Tatsächlich verhehlte SACEUR Lemnitzer dem Militärausschuss gegenüber seine Skepsis nicht. Er rechnete nicht mit zusätzlichen Kräften über die für 1970 geplanten hinaus. Im Übrigen glaubte er nicht, dass politische Indikatoren dem Bündnis genügend Zeit verschafften, sich auf eine bewaffnete Auseinandersetzung vorzubereiten, es sei denn, man setzte politische Warnsignale unverzüglich in militärische Alarmmaßnahmen um. Folgerichtig bleibe es zumindest in der Zentralregion bei der bisherigen Strategie des frühzeitigen Kernwaffeneinsatzes. Zähneknirschend empfahlen das Auswärtige Amt und das Bundesverteidigungsministerium, die neue Strategie hinzunehmen. Man hoffte weiter auf erweiterte politische Mitbestimmung über den Einsatz taktischer Atomwaffen. Am 9. Mai 1967 segneten die Verteidigungsminister der NATO das bisher erreichte Ergebnis im Defence Planning Committee ab. Danach ging das Bündnis weiter davon aus, dass einem sowjetischen Angriff mit 80 Divisionen auf Europa-Mitte voraussichtlich eine Vorwarnzeit von vier bis 15 Tagen vorausgehen werde. Die Stärke der eigenen Truppen in der Zentralregion galt als ausreichend¹⁸⁰. Die Annahme relativ langer Vorwarnzeiten diene Washington als Rechtfertigung seines Rotationsprogrammes, nach dem es Truppen in Krisenlagen rasch aus Nordamerika zuführen wollte¹⁸¹.

Die Annahme der Spitzengremien der Allianz, über längere Zeit eine begrenzte konventionelle Auseinandersetzung durchstehen und zugleich die Atomkriegsfähigkeit bewahren zu können, war eine für die Bundesrepublik gefährliche Lebenslüge, mühsam kaschiert durch den Begriff der bedachten und begrenzten nuklearen Eskalation. Sie sollte dem Gegner erschweren, das voraussichtliche Verhalten der Allianz abzuschätzen¹⁸². Der deutsche Heeresinspekteur

¹⁷⁹ IMS, CD20, MCM-10-67, Memo Militärausschuss, 24. 4. 1967; ebenda, CD18, LOCOM 7938, LOCOM 7948, MC Repr., 25. u. 26. 4. 1967; vgl. AAP 1963, S. 1385 f. u. S. 1442 f., Vermerk Ruete, 17. 10. 1966, Grewe an AA, 27. 10. 1966; Haftendorn, Kernwaffen, S. 78–80.

¹⁸⁰ Vgl. AAP 1966, S. 733–735, Sahn an AA, 31. 5. 1966; AAP 1967, S. 704–710, Vermerk II A 7, 3. 5. 1967; SHAPE History, 1967, Vol 2, S. 105–110; Pedlow (Hrsg.), NATO Strategy, S. 333–344; L. James Binder, Lemnitzer. A Soldier for his Time, Washington/London 1997, S. 334 f.; Haftendorn, Kernwaffen, S. 72–78.

¹⁸¹ Vgl. AAP 1967, S. 1328, Vermerk Schnippenkötter, 4. 10. 1967.

¹⁸² So das zuständige Referat des Auswärtigen Amtes bereits am 27. 9. 1965, in: AAP 1965, S. 1517.

war der Entwicklung vorausgeeilt, als er im Sommer 1966 im Sinne der Amerikaner und gegen die in der NATO verbreiteten Vorstellungen eine restriktive Verwendung taktischer Atomwaffen anordnete. Er sah in diesen Waffen keinen Ersatz für hinreichende konventionelle Kräfte¹⁸³. Da diese aber offenbar nicht ausreichten, versuchte der deutsche CINCENT Adolf Graf Kielmansegg im Sommer 1967 vergeblich, eine „authority for predelegated release“ zu erwirken. Ab 330 gegnerischen Einflügen sollte die Luftverteidigung Nuklearsprengköpfe einsetzen; desgleichen die alliierten Korps, sobald die Bodentruppen des Gegners einen Streifen von 10 Kilometern westwärts der innerdeutschen Grenze überschritten und sich nicht innerhalb von sechs Stunden zurückzogen. SACEUR Lyman L. Lemnitzer lehnte ab, weil er darin zwangsläufig den alten Automatismus erkannte. Am 16. September 1967 nahm der Militärausschuss das neue strategische Konzept als MC 14/3 an. Nach weiterem zähem Ringen mit den Vereinigten Staaten um Formulierungen folgten am 12. Dezember 1967 die Verteidigungsminister der Allianz¹⁸⁴. Aus dem Vergleich zwischen dem Beschluss der Verteidigungsminister vom vergangenen Mai und der MC 14/3 schlussfolgerte der Vorsitzende des NATO-Ausschusses für Verteidigungsplanung, Arthur P. Hockaday, die Amerikaner hätten einen „Durchbruch ihrer strategischen Auffassungen“ erzielt. Freilich sei die neue Strategie „auch in ihrem konventionellen Streitkräfte-Element nicht mehr glaubwürdig“¹⁸⁵.

Im Dezember 1967 wiederholte der scheidende Verteidigungsminister McNamara seine Überzeugung, dass die strategische Überlegenheit der Vereinigten Staaten gegenüber der Sowjetunion erhalten bleibe und die konventionelle Überlegenheit des Warschauer Paktes überschätzt werde. Er forderte die Kampfwertsteigerung der in Europa dislozierten Truppen, ausreichende Reservestreitkräfte und realistische Pläne zum Einsatz taktischer Atomwaffen mit minimal eskalierender Wirkung. Dieses Plädoyer war ein Indiz für die Hoffnung, die Washington mit der Flexible Response verband, nämlich eine bewaffnete Auseinandersetzung auf Europa begrenzen zu können. Folgerichtig unterstrich McNamara die qualitative Überlegenheit der taktischen Luftstreitkräfte der Allianz. Sie könnten mit der nicht-nuklearen Bedrohung fertig werden. Die vom SACEUR vorgeschlagene Reduzierung der gut tausend auf 234 Strike-Flugzeuge belasse dem Bündnis eine ausreichende nukleare Abschreckung. Die Kosten für die Umstellung auf eine Zweitrolle hielt McNamara nach wie vor für vertretbar. Möglicherweise ließen sich sogar Ressourcen der Luft- zu den Landstreitkräften umleiten¹⁸⁶. Der Deutsche Militärische Vertreter Wessel machte sich keine Illusionen über die amerika-

¹⁸³ Vgl. Ulrich de Maizière, In der Pflicht. Lebensbericht eines deutschen Soldaten im 20. Jahrhundert, Herford/Bonn 1989, S. 276–278.

¹⁸⁴ Vgl. Pedlow (Hrsg.), NATO Strategy, S. 345–370; SHAPE History, 1967, Vol 2, S. 115–117 u. S. 149–151; Karl Feldmeyer/Georg Meyer, Johann Adolf Graf v. Kielmansegg 1906–2006. Deutscher Patriot, Europäer, Atlantiker, Hamburg u. a. 2007, S. 63–65; Haftendorn, Kernwaffen, S. 82–91.

¹⁸⁵ AAP 1967, S. 1497–1500 (Zitate S. 1497f.), Grewe an AA, 7. 11. 1967; vgl. Schmückle, Pauken, S. 313.

¹⁸⁶ BA-MA, BW2/20190, Verschlussache; vgl. Bluth, Britain, S. 124–126.

nischen Absichten. Er erkannte in der weitgehenden Herauslösung der Luftstreitkräfte aus dem Atomic Strike Plan und der damit einhergehenden Schwächung der Stellung des SACEUR das Bestreben, „die militärische Integration mit der ihr innewohnenden Automatik aufzulockern“. Die konventionellen Kräfte würden nämlich nicht vermehrt, wie die neue Strategie erfordere, sondern mit Sicherheit noch verringert werden. Gleichzeitig bewirke der Atomwaffensperrvertrag, dass die Sicherheit der nicht-nuklearen Bündnismitglieder in wachsendem Maße von der Bereitschaft der Vereinigten Staaten abhängt, massiv zu vergelten. Wessel erkannte in der Wechselwirkung von Flexibilität, konventioneller Kriegführung und Proliferationsverbot eine Existenzbedrohung¹⁸⁷.

Die in Washington kursierende Sorge, die Deutschen würden zunehmend am Sinn des Bündnisses zweifeln, war demnach alles andere als unbegründet. Bereits die MLF zielte in den Augen ihrer amerikanischen Väter auf eine „satisfaction psychologique aux Allemands“. Sie sollte verhindern, dass die Deutschen ihren ‚rebus sic stantibus‘ erklärten Atomwaffenverzicht von 1954 aufgaben und sich der Gruppe von Staaten zugesellten, die man auf dem Weg zur Bombe wähte¹⁸⁸. Seit 1964 zeichnete sich ein Atomwaffensperrvertrag ab, den insbesondere Großbritannien mit dem Ziel forciert hatte, die Bundesrepublik von der Bombe fernzuhalten. Am Ende verhandelten die Amerikaner direkt mit den Sowjets. Letztere wollten Atomwaffen in deutscher Hand ebenso verhindern wie eine autonome Nuklearstreitmacht der NATO. Zum Ärger von Präsident Johnson kritisierte Bundeskanzler Kiesinger offen die „atomare Komplizenschaft“ von Amerikanern und Sowjets¹⁸⁹. Selbst der italienische NATO-Generalsekretär war überzeugt, dass die Nichtverbreitungspolitik sich letztlich gegen die eigenen Verbündeten, namentlich gegen die Bundesrepublik, richte¹⁹⁰. Während die deutschen Diplomaten im Einklang mit Kiesinger noch die Perspektive europäischer Nuklearstreitkräfte im Atomwaffensperrvertrag zu verankern suchten, sah der neue Außenminister Willy Brandt darin kein dringliches Anliegen mehr. Nur scheinbar schwenkte Kiesinger im Herbst 1967 auf diese Linie ein¹⁹¹.

¹⁸⁷ BA-MA, BL1/1028, DMV-Bericht II/1967, 20. 11. 1967 (Zitat), DMV-Bericht I/1968, 10. 4. 1968.

¹⁸⁸ So der stellvertretende amerikanische Außenminister. DDF 1964, t 2, S. 480, Alphanon an Couve de Murville, 21. 11. 1964. Vgl. auch Küntzel, Bonn, S. 71 f.

¹⁸⁹ Vgl. AAP 1967, S. 397 u. S. 399, Gespräch zwischen Kiesinger und McCloy, 4. 3. 1967.

¹⁹⁰ Manlio Brosio regte sogar eine deutsch-italienische Initiative im Bündnis gegen den Nichtverbreitungsvertrag an. Vgl. AAP 1965, S. 1216, Grewe an AA, 20. 7. 1965; AAP 1967, S. 148–150, Grewe an AA, 19. 1. 1967. Vgl. auch Bruna Bagnato, NATO in the mid-1960s: The View of Secretary-General Manlio Brosio, in: Nuenlist/Locher (Hrsg.), Transatlantic Relations, S. 165–185, hier S. 172–176; Dietl, Emanzipation, Bd. II, S. 350 f., S. 361 f., S. 365 f. u. S. 368 f.; Küntzel, Bonn, S. 102–109, S. 140–144 u. S. 150–152; Haftendorn, Kernwaffen, S. 148–166; Masala, Deutschland, S. 455–469; Münger, Kennedy, S. 298–302; Trachtenberg, Peace, S. 380–391; Schrafstetter/Twigge, Armageddon, S. 152–156, S. 165–167, S. 170–173, S. 175 f. u. S. 183–185.

¹⁹¹ Vgl. AAP 1967, S. 17 f., S. 29–31, S. 41, S. 127 f., S. 142, S. 182 f., S. 203, S. 214, S. 551, S. 603 f. u. S. 1438, Brandt an AA, 3. 1. 1967, Vermerk Grewe, 4. 1. 1967, Gespräch zwischen Brandt und Fanfani, 5. 1. 1967, Gespräch zwischen Kiesinger und McGhee, 16. 1. 1967, Knapstein an AA, 18. 1. 1967, Vermerk Bahr, 26. 1. 1967, Vermerk Schnippenkötter, 30. 1. 1967, Vermerk Diehl,

Um die deutsche Loyalität zum Bündnis zu erhalten, bedurfte es eines neuen „Placebos“¹⁹², das zumindest die vage Chance einer künftigen europäischen nuklearen Verteidigungsidentität wahrte. Neben der Berufung eines belgischen Generals zum DEPUTY SACEUR für Nuklearangelegenheiten im September 1963 sollte das von Verteidigungsminister McNamara 1965 vorgeschlagene „Special Committee“ die Gemüter der nuklearen Habenichtse im Bündnis beruhigen¹⁹³. Bonn wollte in den Willensbildungsprozess einbezogen werden, welcher der Entscheidung des amerikanischen Präsidenten für den Einsatz der strategischen Atomwaffen und der Durchführung des Atomic Strike Plan des SACEUR vorausging¹⁹⁴. Das zur „Nuclear Planning Group“ (NPG) mutierte Gremium verabschiedete 1968/69 Grundsätze zur Konsultation vor dem Nukleareinsatz und zum Einsatz von taktischen Atomwaffen. Letzterem lag ein deutsch-britisches Konzept zugrunde, das den Gegensatz zwischen dem deutschen Wunsch nach verbindlicher nuklearer Abschreckung und dem amerikanischen Streben nach einer hohen Nuklearschwelle zu überbrücken versuchte. Die Annahme, dass in aller Regel genügend Zeit für Konsultationen über den Nukleareinsatz zur Verfügung stehen werde, war ebenso fragwürdig wie der Gedanke demonstrativer Detonationen mit geringen KT-Werten. Sie sollten dem Gegner die Bereitschaft signalisieren, in den finalen Schlagabtausch einzusteigen. Doch wie sollte es dann weitergehen? Der SACEUR und seine nachgeordneten Befehlshaber unterzogen die Plattitüden des deutsch-britischen Papiers einer scharfen Kritik. Nichtsdestoweniger wurde es nach mehreren Überarbeitungen vom Defence Planning Committee am 3. Dezember 1969 verabschiedet. Das Problem der Folgemaßnahmen nach einem selektiven Nukleareinsatz blieb dem Bündnis erhalten. Ebenso ungelöst blieb die Frage, ob man mit taktischen Atomwaffen einen Krieg führen und gewinnen wollte, oder ob sie ein Mittel der Abschreckung darstellten, das man einsetzte, wenn man sich zum totalen Atomkrieg entschlossen hatte¹⁹⁵. Eine enge Absprache mit den Mitgliedsstaaten über die Nuklearplanung vor Ort war nicht vorgesehen; sie stieß folgerichtig auch auf den Widerstand selbst des deutschen CINCENT Jürgen Bennecke¹⁹⁶.

1. 2. 1967, Gespräch zwischen Kiesinger und Humphrey, 5. 4. 1967, Vermerk Schnippenkötter, 14. 4. 1967, Dt.-brit. Regierungsbesprechungen, 24. 10. 1967; AAP 1968, S. 144 f. u. S. 586, Dt.-it. Regierungsbesprechungen, 1./2. 2. 1968, Runderlass Duckwitz, 10. 5. 1968.

¹⁹² Strauß, Erinnerungen, S. 366. Ähnlich auch schon Wessel: „[...] mehr von optischer als sachlicher Bedeutung“, in: BA-MA, BL1/1028, DMV-Bericht I/1967, 5. 4. 1967.

¹⁹³ Vgl. dazu SHAPE History, 1960–1965, Vol 1, S. 63; AAP 1966, S. 14 f., Knapstein an AA, 12. 1. 1966.

¹⁹⁴ Vgl. AAP 1966, S. 429 f., Sahn an AA, 2. 4. 1966.

¹⁹⁵ Vgl. SHAPE History 1969, S. 73–76; AAP 1968, S. 1345 f., Vermerk Sahn, 16. 10. 1968; Bluth, Britain, S. 180–194; Bozo, Strategies, S. 200 f.; Carnovale, Control, S. 52 f. u. S. 59–62; Gavin, Myth, S. 850 f.; Haftendorn, Kernwaffen, S. 166–180; Heuser, NATO, S. 139; Küntzel, Bonn, S. 196–198. Der zwischenzeitlich zum Generalinspekteur avancierte de Maizière, Pflicht, S. 290, begrüßte die Richtlinie als Bestätigung seiner einstigen Entscheidung für den restriktiven Einsatz taktischer Kernwaffen.

¹⁹⁶ Vgl. SHAPE History, 1969, S. 77 f.

Das Einsatzmonopol des amerikanischen Präsidenten wurde jedoch bestenfalls modifiziert. Denn Artikel I und II des Atomwaffensperrvertrags schrieben die Kontrolle der nuklearen Gefechtsköpfe durch die Vereinigten Staaten fest und untersagten ihnen die Weitergabe von Kernwaffen bzw. die Abtretung der Verfügungsgewalt über sie. Der Vertrag konservierte den Statusunterschied zwischen den angelsächsischen Führungsmächten der Allianz und ihren nicht-nuklearen Verbündeten auf dem Kontinent¹⁹⁷. Er schloss eine nuklear hinterlegte europäische Verteidigungsidentität faktisch aus, wie nicht zuletzt die NATO selbst unterstrich¹⁹⁸. Immerhin camouflierte die ständige Mitgliedschaft Bonns (und Roms) in der NPG, dass die Deutschen einmal mehr verloren hatten. Die NPG förderte gleichwohl die Verabschiedung der neuen Bündnisstrategie – in zeitlicher Nähe zur Unterzeichnung des Atomwaffensperrvertrages durch die Bundesrepublik am 28. November 1969. Freilich besaß die Bundesrepublik keine Alternative zum Bündnis, das der deutsche NATO-Botschafter im Frühjahr 1968 im „Zustand langsame Erosion“ wählte¹⁹⁹.

Auch die Luftwaffenführung konnte sich diesem Dilemma nicht entziehen. Folgerichtig nahm Inspekteur Steinhoff die konzeptionelle Neuausrichtung seiner Luftwaffe in Angriff. Er kritisierte die einseitig auf die Unterstützung des Heeres durch die Luftwaffe ausgelegte Führungsweisung Nr. 1 des Führungsstabes der Bundeswehr vom Januar 1967. Sie verordnete einerseits den restriktiveren Umgang mit taktischen Nuklearwaffen. Andererseits sollte dem Gegner ein Kalkül seines Risikos dadurch erschwert werden, dass die Bundeswehr sich eine vorbedachte nukleare Eskalation offenhielt. In der Tat eine „curious dialectic“ aus Anmaßung und Selbstbeschränkung. Jedenfalls hatte die Luftwaffe jetzt vorrangig das Heer durch zeitlich-räumliche Luftherrschaft und durch frontnahe Luftangriffe („close air support“) zu unterstützen²⁰⁰. Allerdings akzeptierte Steinhoff den Grundsatz der Arbeitsteilung im Bündnis und die daraus hergeleitete Forderung des SACEUR, dass die Luftwaffe ihre konventionellen zu Lasten ihrer nuklearen Fähigkeiten erweitere. Folgerichtig stellten die Strikeflugzeuge um die Jahreswende 1969/70 ihre Einsatzbereitschaft in konventioneller Zweitrolle her²⁰¹. Steinhoff war allerdings nicht bereit, „freiwillig die Beteiligung am Strike aufzugeben, ohne dafür eine politische Gegenleistung zu erhalten“²⁰². Die nukleare Teilhabe galt einerseits als Voraussetzung, um auf die Atomkriegführung der Allianz Einfluss zu nehmen. Die Luftwaffe wusste sich darin mit den Kameraden der Benelux-Staaten und Italiens einig. Andererseits erkannte man nüchtern, damit die Freigabeentscheidung der Amerikaner kaum beeinflussen zu

¹⁹⁷ So selbst Haftendorn, *Kernwaffen*, S. 180–182. Vgl. auch Küntzel, Bonn, S. 156–172, S. 184–191 u. S. 198–205.

¹⁹⁸ Vgl. AAP 1966, S. 1722, Knapstein an Brandt, 29. 12. 1966; Küntzel, Bonn, S. 250–252.

¹⁹⁹ AAP 1968, S. 504, Grewe an Noebel, 23. 4. 1968; vgl. ebenda, S. 1096, Grewe an Ruete, 5. 9. 1968.

²⁰⁰ Bluth, *Britain*, S. 127–130 (Zitat, S. 128); vgl. Gablik, *Planungen*, S. 413–416, S. 419 f., S. 424 f., S. 449–453, S. 475 u. S. 469–472; Tuschhoff, *Deutschland*, S. 227 f. u. S. 230 f.

²⁰¹ BA-MA, BL1/1368, FÜ L III 3: Runderlass, 14. 2. 1969.

²⁰² BA-MA, BL1/3505, Protokoll AG „Konzeption Lw“, 15. 11. 1966.

können. Voraussichtlich würden die Atommächte ihre Garantien unter erheblicher Eigengefährdung nur einlösen, wenn sie selbst bedroht waren. Man tröstete sich mit der vagen Hoffnung, die Vereinigten Staaten würden Atomwaffen zur Wahrung deutscher Sicherheitsinteressen einsetzen, wenn „Deutschland bereit ist, die erforderlichen Gegenleistungen in Form starker konventioneller Kräfte zu erbringen“²⁰³. Denn der Führungsstab der Luftwaffe war nach wie vor überzeugt, dass ein konventioneller Großangriff selbst unter Zuhilfenahme defensiver Atomminen und bei nuklearem Erdsatz von Boden-Luft-Raketen kaum abzuwehren sei. Ein selektiver luftgestützter Nukleareinsatz nach den Vorstellungen des Heeres und der Bundeswehrführung werde womöglich daran scheitern, dass die wenigen noch zur Verfügung stehenden Systeme alle im Rahmen des automatischen Atomic Strike Plan des SACEUR gebunden seien²⁰⁴.

Unterdessen versuchten die Vereinigten Staaten, die im Gefolge der MC 14/3 notwendige Revision der MC 48/2 zu nutzen. Die Präferenz für die konventionelle Kriegführung sollte festgeklopft werden. Folgerichtig forderte ein erster Entwurf (MC 48/3) neben maximalen konventionellen Fähigkeiten Reservestreitkräfte mit geringen Mobilmachungszeiten. Sie sollten ein „concept of defence in depth and tactical mobility“ ermöglichen, dessen „emphasis on initial non-nuclear operations“ liege. Den Beitrag der Luftstreitkräfte dachten sich die Autoren ambitioniert. Sie sollten die Luftherrschaft erringen und bewahren. Sie sollten gleichzeitig ihre Fähigkeiten zum Luftangriff, zur Luftnahunterstützung, zur Gefechtsfeldabriegelung, zur Luftverteidigung sowie zum Strike nachhaltig auf angemessenem Niveau halten. Ferner sollten sie rasch von einer konventionellen in eine nukleare Rolle und umgekehrt schlüpfen²⁰⁵. In der Absicht, konventionelle Verteidigung („direct defense“), Eskalation („deliberate escalation“) und „general nuclear response“ als „aufeinanderfolgende Phasen des Abwehrkampfes“ – und dies in der Tiefe des Raums – festzuschreiben, erkannte der Deutsche Militärische Vertreter den Versuch, die Vorverteidigung aufzugeben und wieder an den Rhein zurückzukehren²⁰⁶.

Computersimulationen der für Norddeutschland und den Benelux zuständigen Heeresgruppe NORTHAG bestätigten Ende 1968 die deutschen Sorgen. Sie offenbarten nicht nur die mangelnde Fähigkeit der in diesem Raum zuständigen 2. ATAF, die auf 20 Tage angelegte, bewegliche Abwehrschlacht zu unterstützen. Andere Erkenntnisse waren noch alarmierender: Die Kräfte der Heeresgruppe waren tiefgestaffelt und standen mit Masse westlich der Weser. Dagegen war der Gürtel mit Boden-Luft-Raketen des Typs „Hawk“ östlich der Weser aufgestellt. Ferner sollten kanalisierte Einbrüche des Gegners mit etwa 50 nuklearen Gefechts-

²⁰³ BA-MA, BL1/3508, AG „Konzeption Lw“, 1. 12. 1966.

²⁰⁴ BA-MA, BL1/4050, FÜ L III 1: Vortrag „Konzeption u. Rüstungsplanung der Luftwaffe“ (Briefing v. Butler, künftig stv. Chef der Stabsabteilung Plans and Operations bei SHAPE), 10. 11. 1967.

²⁰⁵ IMS, CD18, IMSWM-214-68, Memo, 12. 8. 1968 (nebst Einschluss).

²⁰⁶ BA-MA, BL1/1028, DMV-Bericht 1968/II, 6. 11. 1968; IMS, CD18, IMSWM-256-68, Memo, 17. 9. 1968 (bes. Einschluss 1).

feldwaffen auf westdeutschem Boden bereinigt werden. Der Führungsstab der Luftwaffe warf der politischen Führung vor, diese Auswirkungen einer unzureichenden konventionellen Kampfkraft nicht bedacht zu haben. Er empfahl daher bei der Überarbeitung der MC 48/3 nicht nur die Vorverteidigung, sondern auch Parameter festzuschreiben, nach denen ein Angriff bei gegebenem Umfang frühzeitig nuklear zu beantworten war²⁰⁷.

Tatsächlich gelang es, in einer Entwurfsversion der MC 48/3 vom Dezember 1968 die Vorverteidigung wenigstens im Grundsatz wieder unterzubringen: „The concept of forward defence with echeloning in depth in suitable tactical locations and tactical mobility with effective forces-in-being“. Die Wahl zwischen konventioneller Abwehr, Eskalation und massiver Vergeltung sollte nach Umfang und Ziel eines Angriffs getroffen werden. Präzise Parameter wurden nicht genannt. 1966 hatte sich der Führungsstab der Streitkräfte mit den Amerikanern verständigt, einen Angriff mit bis zu sechs Divisionen als „begrenzt“ zu verstehen²⁰⁸. Für das Bündnis verbindlich war dies freilich nicht. Immerhin sollte das Überleben der eigenen strike forces ein Kriterium sein. Diese Formulierungen konnten in der Version gehalten werden, die im Mai 1969 vom Militärausschuss und am 4. Dezember 1969 schließlich auch vom Ministerrat gebilligt wurde²⁰⁹. Parallel forderte der SACEUR einen Waffennix aus Mittelstreckenraketen und Allwetterflugzeugen mit hoher Reichweite, hoher Geschwindigkeit und der Fähigkeit, Atombomben im Tiefflug abzuwerfen. Mit den „Pershing“-Raketen und den wenigen, allmählich veraltenden „Starfightern“ allein wurde der Strike Plan als Ultima Ratio der Flexiblen Reaktion bald gänzlich unglaubwürdig. Ferner wurde der Strike Plan selbst überarbeitet, der nun in Anpassung an MC 14/3 um zwei Optionen erweitert wurde: die des nuklearen Zweitschlags und des selektiven Einsatzes²¹⁰.

Die transatlantischen Gegensätze waren damit überbrückt, aber nicht gelöst. Die neue Strategie erhöhte die Abhängigkeit der Deutschen von den Vereinigten Staaten. Zugleich reflektierte sie, dass diese dem Schutz des eigenen Territoriums höhere Priorität einräumten als der Verteidigung Westeuropas²¹¹. Bundesverteidigungsminister Schröder bekannte sich gleichwohl zum begrenzten Krieg. Er wollte ihn so weit östlich und so konventionell wie möglich sowie unter Mobilmachung der eigenen Reserven führen. Er hoffte, dass dafür ausreichend Vorwarnzeit zur Verfügung stehe. In ihrem Weißbuch warnte die Bundesregierung zugleich, dass „optimistische Annahmen bezüglich der Vorwarnzeit heute weniger denn je begründet“ seien²¹². Folgerichtig beschwor Schröder die vermeintliche

²⁰⁷ BA-MA, BL1/3508, FÜ L III 1 an FÜ S III 1, 18. 12. 1968; ebenda, BL1/4050, Vermerk FÜ S IX, 28. 1. 1969, Stellungnahme FÜ L III 1, 7. 2. 1969, Steinhoff an GInspBw, 14. 2. 1969.

²⁰⁸ Vgl. Tuschhoff, Deutschland, S. 239 f.

²⁰⁹ IMS, MC 48/3 (Draft) (Second Revised) (Referral Note), 2. 12. 1968, MC 48/3 (Draft) (Third Revised) (Referral Note), 28. 3. 1969; MC 48/3 Final, 8. 12. 1968, in: Pedlow (Hrsg.), NATO Strategy, S. 371–399 (Zitat S. 376); Haftendorn, Kernwaffen, S. 95–97; de Maizièrre, Pflicht, S. 289 f.

²¹⁰ Vgl. SHAPE History, 1969, S. 84–86, SHAPE History, 1970, S. 71 f.

²¹¹ Vgl. Sloan, NATO, S. 56.

²¹² Man ging von „wenigen Tage oder auch nur Stunden“ aus. Weißbuch 1969 zur Verteidigungspolitik der Bundesregierung, Bonn 1969, S. 13 u. S. 20.

oder tatsächliche Unkalkulierbarkeit der Reaktion des Bündnisses auf einen sowjetischen Angriff als Kern der Abschreckung. Die Bundesregierung legte in Wirklichkeit Lippenbekenntnisse zu einer Strategie ab, von der sie ahnte, dass sie die Sicherheit des Landes schmälerte. Den Beobachtern der deutschen Presse blieb das nicht verborgen²¹³.

Tatsächlich war die Flexibilität des Bündnisses für dessen Mitglieder mindestens ebenso unkalkulierbar wie für deren Gegner: War eine Vorwarnzeit von bis zu zwei Wochen realistisch? Und wurde diese Zeit für Mobilisierungsmaßnahmen genutzt? Einerseits konnte ohne die Mobilmachung des Feldheeres und der Territorialverbände kaum erfolgreich konventionell verteidigt werden; andererseits wirkte jede Mobilmachung eskalierend auf den Gegner und furchterregend auf die eigene Öffentlichkeit. Womöglich löste die Mobilmachung bereits Fluchtbewegungen aus, die den Bezug der Verteidigungsräume behinderten. Wann erfolgte die – selektive oder globale – Freigabe der taktischen Atomwaffen durch den amerikanischen Präsidenten? War die westliche Überlegenheit in der Datenverarbeitungstechnologie hinreichend, um die Funktion der Führungssysteme des Bündnisses auch unter extremen Bedingungen so weit aufrechtzuerhalten, dass die flexible Kriegführung überhaupt noch zentral kontrolliert werden konnte? Oder war die Kontrollierbarkeit der nuklearen Kriegführung selbst eine gefährliche Illusion, die den Gegner zu begrenzten nuklearen Attacken ermunterte? Waren Großbritannien und die Vereinigten Staaten schließlich bereit, ihr strategisches Potential zur Verteidigung des Kontinentes einzusetzen und ihre Bevölkerung dafür zu opfern? Und wann sollte dies geschehen? Womöglich erst, wenn die konventionelle bzw. teil-nukleare Schlacht auf dem Kontinent verloren war und eine Fortsetzung gegen das eigene Territorium drohte²¹⁴?

Immerhin hatte die Allianz parallel zur Verabschiedung des Strategiedokuments MC 14/3 mit dem „Harmel-Bericht“ vom 13./14. Dezember 1967 die Grundlage für eine Entspannung- und Abrüstungsoffensive gegen den Warschauer Pakt geschaffen. Sie zielte sowohl auf die politische Absicht des Gegners wie auf dessen militärischen Fähigkeiten, seine Interessen gewaltsam durchzusetzen. Im Zuge der Vorbereitung des Berichts war einmal mehr deutlich geworden, dass viele Verbündete die Bonner Deutschlandpolitik nicht mehr teilten²¹⁵. Die Integration der Entspannung in die Politik der Allianz bot der sozialliberalen Bundesregierung nach 1969 die Grundlage, die bisherigen Positionen zu räumen. Die Verbündeten hatten diese ohnehin allenfalls verbal unterstützt. In Osteuropa hatten sie – als Revanchismus diffamiert – den Schulterchluss mit der Sowjetunion gefördert. Durch die faktische Anerkennung der existierenden

²¹³ Vgl. Haftendorn, Kernwaffen, S. 97–102.

²¹⁴ Vgl. Carnovale, Control, S. 56, S. 74–76 u. S. 171–175.

²¹⁵ Vgl. www.nato.int/archives, Harmel-Report; Andreas Wenger, The politics of military planning. Evolution of NATO's strategy, in: Mastny u. a. (Hrsg.), War Plans and Alliances, S. 165–192, hier S. 180–182; Haftendorn, Kernwaffen, S. 287–344; Helga Haftendorn, The Adaption of the NATO Alliance to a Period of Détente: The 1967 Harmel Report, in: Loth (Hrsg.), Crises and Compromises, S. 285–322; Sloan, NATO, S. 48–52.

Grenzen sollte Bonn seine Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten mindern und den Helsinki-Prozess ermöglichen. Dieser förderte langfristig die Überwindung der kommunistischen Regime. Am spezifischen Problem, dass die Atom-mächte der Bundesrepublik im Ernstfall den Atomschutz womöglich verweigerten und diese zum Theater einer zunächst konventionell, dann voraussichtlich mit taktischen Atomwaffen geführten begrenzten Auseinandersetzung machten, änderte sich bis zur Stationierung von Mittelstreckenraketen in Westdeutschland ab 1983 wenig. Mit dem Nachrüstungsbeschluss von 1979 setzte die NATO den „Harmel-Bericht“ um. Die Abhängigkeit vom Einsatzentschluss des amerikanischen Präsidenten blieb Bonn erhalten²¹⁶.

8. Zusammenfassung

Zwischen 1958 und 1969 stiegen die Verteidigungsausgaben des Bundes von 8,5 Mrd. auf 19,5 Mrd. Allerdings blieb der prozentuale Anteil am Gesamthaushalt mit einer Spitze 1963 nahezu gleich. Der Personalbestand nahm im gleichen Zeitraum von 174 000 auf 462 700 Soldaten zu²¹⁷. Dem gesellschaftlichen Aufwand für Verteidigung entsprach im Betrachtungszeitraum kein vergleichbarer Zuwachs an militärischer Sicherheit. Das Bündnis wechselte auf Betreiben seiner angelsächsischen Führungsmächte die Strategie, ohne dass die Bundeswehr in der Lage war, die damit verbundenen technischen und operativen Anforderungen zu erfüllen. Am Beispiel der Luftwaffe wurde gezeigt, dass die Bundeswehr in den 1960er Jahren unfähig war, eine rein konventionelle Schlacht auf bundesdeutschem Territorium gemeinsam mit den Stationierungskräften länger als einige Tage durchzuhalten. Erst recht war sie unfähig, in der Phase konventioneller Kampfführung ihre Nuklearkriegsfähigkeit aufrechtzuerhalten. Damit war die oft beschworene Vorverteidigung im Gegenzug zum Konzept des begrenzten Krieges nur ein Linsengericht. Wir wissen erst heute, dass der Warschauer Pakt ab Mitte der 1960er Jahre ein Konzept der umfassenden, raschen, nuklear und konventionell geführten Offensive gegen Westeuropa entwickelte. Sie wäre durch 60 Divisionen in der westlichen Sowjetunion und nochmals 60 Divisionen von unterschiedlichem Wert der osteuropäischen Verbündeten genährt worden²¹⁸. Vor diesem Hintergrund erscheint die Idee des begrenzten Krieges – aus europäischer, nicht so sehr aus nordamerikanischer Warte – noch abwegiger. Der künfti-

²¹⁶ Vgl. ebenda, S. 56–61.

²¹⁷ Die Zivilverwaltung der Streitkräfte ist nicht berücksichtigt. Vgl. Verteidigung im Bündnis. Planung, Aufbau und Bewährung der Bundeswehr 1950–1972, hrsg. v. Militärgeschichtlichen Forschungsamt, München 1975, S. 465 u. S. 471. Dagegen wurden die in Westdeutschland stationierten amerikanischen Truppen von 1962 = 290 000 Soldaten auf 1968 = 210 000 abgebaut. Vgl. Frederick Jr. Zilian, Gleichgewicht und Militärtechnologie in Mitteleuropa, in: Junker (Hrsg.), Die USA und Deutschland, S. 350–362, hier S. 359.

²¹⁸ Vgl. Michail G. Ljoschin, Die Streitkräfte der UdSSR zwischen Berlin- und Kubakrise: Wandlungen strategischer Prinzipien und Einsatzmuster?, in: Filippovych/Uhl (Hrsg.), Vor dem Abgrund, S. 27–38; Uhl, Storming, in: Mastny u. a. (Hrsg.), War Plans and Alliances, S. 58–65; Zilian, Gleichgewicht, in: Junker (Hrsg.), Die USA und Deutschland, S. 357 f. u. S. 361.

gen Forschung wird sich folgende Frage stellen: Vermochten die NATO-Streitkräfte im Allgemeinen und die Bundeswehr im Besonderen ihre konventionellen Fähigkeiten in den 1970er Jahren gegenüber dem Jahrzehnt zuvor so weit zu verbessern, dass sie eine konventionelle Abwehr hätten durchhalten und gleichzeitig die Option, nuklear zu eskalieren, aufrechterhalten können? In den 1960er Jahren jedenfalls besaß die Bundesrepublik weder die Klarheit im strategischen Denken noch die politische Kraft, um den Strategiewechsel zu verhindern, nachdem sie diesen durch Aufstellung der Bundeswehr überhaupt erst ermöglicht hatte. Dagegen profitierten Briten und Franzosen, aber auch die Vereinigten Staaten von der Armierung ihres zentraleuropäischen Vorfeldes; konnten sie selbst doch mehr Ressourcen in die nukleare Bewaffnung investieren.

In der Ära der Massiven Vergeltung galt der Grundsatz, dass bei einer Aggression oberhalb eines lokalen Niveaus der Automatismus der Atomic Strike Plans griff, die hier erstmals vorgestellt wurden. Mit der Flexiblen Reaktion wollten die Nuklearmächte – vor dem Hintergrund eines wachsenden Zweitschlagpotentials der Sowjetunion – Zeit für ein Krisenmanagement gewinnen. Derweil hätte in Westdeutschland bereits die Schlacht getobt – eher mit als ohne taktische Atomwaffen. Die Flexibilität der neuen Strategie stand und fiel mit der Bereitschaft der Nuklearmächte, ihr strategisches Potential in dem Moment einzusetzen, in dem die Schildkräfte sich konventionell aufgerieben gehabt hätten. Mancher deutsche Heeresgeneral glaubte gleichwohl, im begrenzten Krieg besser zu bestehen als im totalen Atomkrieg der Luftstreitkräfte. Das mag die Bonner Entscheidungsträger darin bestärkt haben, die neue Strategie widerwillig hinzunehmen. Viele blieben von der Logik der Abschreckung durch wechselseitige Auslöschung überzeugt und fürchteten zugleich deren schreckliche Konsequenzen. Die historische Bewertung der neuen Strategie als Kompromiss²¹⁹ und der entsprechenden Dokumente als Emanation britischen Pragmatismus²²⁰ ist angesichts ihrer risikoträchtigen Imponderabilien für die Bundesrepublik allenfalls so zu verstehen, dass es den Deutschen gelungen war, wenigstens auf dem Papier Schlimmeres zu verhüten.

Bundeskanzler Erhard musste einsehen, dass sein „verrückter“²²¹ Partner an der Seine nicht bereit war, mit seinen europäischen Nachbarn mittelfristig eine nuklear unterfütterte Versicherungsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit innerhalb der Nordatlantischen Allianz einzugehen. Sie war jedoch die einzige Alternative zu den zusehends unsicheren Garantien der Vereinigten Staaten. In London und Paris dachte man in den Kategorien des Machtstaates, gepaart mit dem allzeit virulenten Misstrauen gegen den einstigen Kriegsgegner. Die britischen und französischen Interessen waren eben nicht europäischer²²², sondern nationaler

²¹⁹ Vgl. Bozo, *Strategies*, S. 202; Haftendorn, *Kernwaffen*, S. 345–349; Heuser, *NATO*, S. 52–54; Wenger, *Politics*, in: Mastny u. a. (Hrsg.), *War Plans and Alliances*, S. 183.

²²⁰ Vgl. Heuser, *Alliance*, in: Mastny u. a. (Hrsg.), *War Plans and Alliances*, S. 208 f.

²²¹ AAP 1965, S. 1125, Gespräch zwischen Erhard und Saragat, 7. 7. 1965.

²²² Wie Dietl, *Emancipation*, passim, unterstellt, dessen Kategorie des „Europäischen“ ziemlich unscharf bleibt.

Natur. Das schloss die europäische Integration der nationalen Außen- und Sicherheitspolitik vorläufig aus²²³. „Eine Art von EVG innerhalb der NATO“²²⁴ hatte selbst nach Einmarsch des Warschauer Paktes in die Tschechoslowakei 1968 keine Chance. Dass der Bundesrepublik schließlich noch der dauerhafte Verzicht auf Kernwaffen aufgenötigt wurde, konnten die europäischen Nuklearmächte als politischen Machtzuwachs gegenüber dem wirtschaftlich überlegenen Partner verbuchen. Die Deutschen hatten sich ohne Ultima Ratio der militärischen Selbstbehauptung im strategischen Vorfeld ihrer wichtigsten Verbündeten einzurichten. Sie konnten nur hoffen, dass der Gegner die Entschlossenheit ihrer Verbündeten, für die Integrität der Bundesrepublik mehr als ein paar Divisionen zu opfern, nie auf die Probe stellte. Vermutlich ließ die Sowjetführung sich auch eher durch das fortbestehende Risiko des globalen atomaren Schlagabtausches als durch die konventionellen Fähigkeiten der NATO-Streikräfte beeindrucken. Der Handlungsspielraum der Bundesrepublik war jedoch schmal. Vielleicht hätte sie das Pfund ihrer strategischen und wirtschaftlichen Bedeutung für die Stabilität ganz Westeuropas selbstbewusster in die Waagschale des bündnisinternen Diskurses legen können. Allerdings hätte sie dafür den Ballast ihrer Deutschlandpolitik rechtzeitig und beherzt abwerfen müssen²²⁵. Insgesamt hatten weder die Bundesregierung noch die Führung der Bundeswehr eine andere Wahl, als die Zusammenarbeit mit den Amerikanern zu deren Bedingungen fortzusetzen. Diese hatten sich im Vergleich zu den 1950er Jahren dramatisch verschlechtert, derweil die deutsche Bevölkerung den amerikanischen Präsidenten („Ich bin ein Berliner!“) enger denn je an ihrer Seite wählte. Steinhoff tat, was nicht zu vermeiden war; er passte die Luftwaffe den neuen strategischen Paradigmen an.

Die naheliegende Schlussfolgerung, die Aufstellung westdeutscher Streitkräfte sei ein kostenträchtiger Irrtum gewesen, schösse weit über das Ziel hinaus. Denn eine europäische Verteidigungsidentität war und ist ohne deutsche Streitkräfte undenkbar. Noch immer unterscheiden sich die Vereinigten Staaten durch die Fähigkeit zu unilateralem Handeln von allen anderen Mitgliedern der Allianz²²⁶. Folglich erscheint die bislang so ferne europäische Verteidigungsidentität mit nuklearer Komponente heute so aktuell wie in den 1960er Jahren²²⁷.

²²³ Vgl. Dietl, *Third Force*, in: Nuenlist/Locher (Hrsg.), *Transatlantic Relations*, S. 48 f., und ähnlich schon der zeitgenössische Beobachter Uwe Nerlich, *Die nuklearen Dilemmas der Bundesrepublik Deutschland*, in: *Europa-Archiv* 20 (1965), S. 637–651, hier bes. S. 649–651.

²²⁴ AAP 1968, S. 1098, Vermerk Bahr, 6. 9. 1968.

²²⁵ Vgl. Nerlich, *Dilemmas*, S. 648.

²²⁶ Vgl. Christian Nuenlist/Anna Locher, *Drifting Apart? Restoring the NATO Consensus, 1956–1972*, in: Dies. (Hrsg.), *Transatlantic Relations*, S. 9–19, hier S. 9 f.; Heuser, *Alliance*, in: Mastny u. a. (Hrsg.), *War Plans and Alliances*, S. 195–197.

²²⁷ Vgl. Carnovale, *Control*, S. 181–199, der eine nukleare Komponente der Europäer innerhalb der NATO vorschlug, die er ausschließlich als Vergeltungspotential konzipierte, damals freilich noch mit Russland als potentielltem Gegner.